

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Thomas Betz **3** Geld: Das letzte Rätsel der
Freiwirtschaftslehre?
- Helmut Creutz **15** Geldschöpfung der Banken? –
Warum die Klärung dieser Frage
wichtig ist.
- Ralf Becker **25** Zur Bedeutung der Giralgeld-
schöpfung durch Geschäftsbanken
- Dirk Löhr **30** Zur Umlaufsicherung von
Buchgeld – Eine kurze Kritik an
entsprechenden Vorschlägen
- Christopher Mensching **33** Umlaufsicherung und Geld-
system – Zur Notwendigkeit einer
doppelten Geldreform
- 39** Anzeige Stiftung
- 40** Bericht – Personalie – Bücher –
Veranstaltungen

Liebe Leserin und lieber Leser,

die Frage nach der Entstehung und dem Wesen des Geldes beschäftigt sowohl orthodoxe als auch heterodoxe Ökonomen seit langem. Die Kontroversen zwischen unterschiedlichen Erklärungsansätzen reichen im Grunde bis zum Streit zwischen den Currency- und Banking-Schulen des frühen 19. Jahrhunderts zurück. Und wie das Zitat auf der Seite 2 des vorliegenden Hefts zeigt, ziehen sie sich bis heute durch die Entwicklung der ökonomischen Theorien.

So ist es nicht verwunderlich, dass die geldpolitisch höchst bedeutsame Frage nach der Geldschöpfung der Geschäftsbanken auch innerhalb der Geld- und Bodenrechtsreformbewegung seit Jahrzehnten zu leidenschaftlichen Debatten geführt hat. Während Karl Walker die Giralgeldschöpfung in Zweifel zog und die Geldreform allein auf das von den Notenbanken geschaffene Bargeld beschränken wollte (in: *Das Buchgeld*, Heidelberg 1951), formulierte Herbert K.R. Müller eine Gegenposition mit der praktischen Konsequenz, dass die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken in eine Geldreform einbezogen werden müsse (in: *Währung und Wirtschaftschicksal*, Bad Godesberg 1959).

Seitdem hat der Konflikt zwischen diesen beiden ‚Lagern‘ immer wieder zu zum Teil sehr hitzigen Debatten geführt, ohne dass er sich dadurch aufgelöst hätte. Deshalb bleiben sachliche Klärungsbemühungen notwendig. Einen erneuten Anstoß hierzu gibt Thomas Betz, der in Anspielung auf Hajo Rieses Bezeichnung des Geldes als „letztes Rätsel der Ökonomie“ die provokative Frage stellt, ob das Geld vielleicht auch noch das „letzte Rätsel der Freiwirtschaft“ sein könnte. Anknüpfend an seine Rezension des Buches „Der Tanz um den Gewinn“ von Bernd Senf (*Zeitschrift für Sozialökonomie* 144. Folge/März 2005, S. 37-39) greift Thomas Betz in seinem vorliegenden Beitrag Impulse aus der Diskussion zwischen Monetärkeynesianern wie Riese und Eigentumstheoretikern wie Heinsohn & Steiger auf – vor allem die Kritik von Heinsohn & Steiger am

„Tauschparadigma“, das der Geld- und Bodenrechtsreform noch genau so zugrunde liegt wie der klassischen und neoklassischen oder auch der marxistischen Ökonomie.

Auf diesen Beitrag antwortet Helmut Creutz, der in seinen Büchern „Das Geldsyndrom“ und die „29 Irrtümer rund ums Geld“ die von Karl Walker ausgegangene Sichtweise vertieft und dabei Vorstellungen entwickelt hat, die einige Jahre danach in der „Vollgeld“-Konzeption von Joseph Huber weiter ausformuliert wurden (vgl. hierzu den Beitrag „Reform der Geldschöpfung“ von Joseph Huber in der 142. Folge/2004 der *Zeitschrift für Sozialökonomie*).

Ralf Becker bezieht sich in seinem Beitrag auf die Argumentationen von Senf, Betz und Creutz und sucht dabei in durchaus eigenständiger Weise nach Möglichkeiten einer Vermittlung zwischen beiden ‚Lagern‘. Dirk Lühr erinnert an einen anderen bislang zu wenig beachteten Vermittlungsvorschlag und in Anknüpfung an Betz erläutert Christopher Mensching seinen Vorschlag einer „doppelten Geldreform“ mit einem „Voll-Freigeld“.

Bei alledem geht es in diesem Heft nicht um eine Entscheidung oder gar um eine ‚Abstimmung‘ über die schwierige Frage, ob und in welcher Form eine Geldschöpfung der Geschäftsbanken bei einer Geldreform mitzubedenken wäre. Vielmehr geht es hier allein um das Sichtbarmachen unterschiedlicher Auffassungen, die gleichberechtigt nebeneinander stehen bleiben. Und es geht darum, Impulse zu geben für einen – auf der Grundlage gegenseitiger Achtung zu führenden – Dialog, der vorläufig offen bleiben kann für weitere theoretische Klärungen (und Annäherungen?).

In übergeordnetem gemeinsamem Interesse sei Ihre Aufmerksamkeit auch besonders auf das Anliegen unserer „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ gelenkt (S. 39-41 im vorliegenden Heft), in genügendem Maße Geld zu generieren, das uns die weitere Fortsetzung unserer Bestrebungen erlaubt.

Ihr Werner Onken

Unterschiede in der Analyse der Rolle der Geldpolitik sowie der Transmission monetärer Impulse

„Ist ein zentrales Postulat der post-keynesianischen Theorie die Endogenität von Geldmenge und Kreditvolumen, so gehen die neu-keynesianischen Ansätze in ihrer Mehrzahl davon aus, dass die Zentralbankgeldmenge exogen und von der Zentralbank steuerbar sei. Der Geldmarktzinssatz ergibt sich durch Marktkräfte auf dem Geldmarkt, das Kreditvolumen ist angebotsdeterminiert und nicht nachfragebestimmt wie in post-keynesianischen Modellen. Die monetäre Transmission läuft über das Angebot von Reserven zum Angebot von Kredit. Zentralbankgeldreserven gelten als Voraussetzung für die Kreditgewährung. Eine Kreditschöpfung aus dem ‚Nichts‘ bleibt ausgeschlossen. Die post-keynesianische Sicht der monetären Transmission geht hingegen von einem exogen durch die Zentralbank steuerbaren Geldmarktzinssatz aus, der den langfristigen Zinssatz und damit die Kreditnachfrage beeinflusst. Hierdurch werden das Kreditangebot, das Kreditvolumen, die Bankguthaben und dadurch die Zentralbankgeldreserven endogen bestimmt. Steht in der Mehrzahl der neu-keynesianischen Modelle die Allokation eines gegebenen Geld- bzw. Kreditvolumens im Mittelpunkt, so stellen post-keynesianische Modelle die Schaffung von Geld und Kredit durch den zweistufigen Bankensektor ins Zentrum der Analyse.

Es sollte jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass innerhalb beider Schulen jeweils Positionen vertreten werden, die deutlich näher beieinander liegen als die hier skizzierten Extreme. So ist bereits im Rahmen der Darstellung der post-keynesianischen Theorie dargelegt worden, dass die ‚horizontalistische‘ Sichtweise, d.h. die Annahme einer strikten Exogenität des Zinssatzes und einer strikten Endogenität des Geld- und Kreditvolumens, nicht unumstritten ist. Umgekehrt spielen in den neu-keynesianischen Modellen, die die Bedeutung des ‚bank lending channels‘ und der Kreditrationierung relativieren, u.a. Finanzmarktinnovationen eine Rolle, wodurch die Bestimmung des Kreditangebotes durch die Geldmengensteuerung der Zentralbank in Frage gestellt wird. Bernanke/Blinder gehen sogar soweit, den Leitzinssatz als politische Steuerungsvariable zu bezeichnen. Zentralbankgeld wird durchaus – zumindest kurzfristig – als endogene Variable betrachtet. Die langfristigen Implikationen bleiben jedoch unklar. ...

Neu-Keynesianische Finanzmarktmodelle betonen genau so wie der Post-Keynesianismus zudem die Bedeutung der Finanzierungsseite für den gesamtwirtschaftlichen Prozess. ... Allerdings unterscheiden sich post- und neu-keynesianische Modelle bereits bei der konkreten Betrachtung monetärer Einflüsse. ... Es bleibt aber als Gemeinsamkeit die Abhängigkeit der Investitionen und des Niveaus der ökonomischen Aktivität von der finanziellen Position der Unternehmen und der Höhe der wesentlich geldpolitisch beeinflussbaren Zinssätze.“

Eckhard Hein, Reale und monetäre Analyse – Post-Keynesianismus und Neu-Keynesianismus im Vergleich,
in: Eckhard Hein, Arne Heise und Achim Truger (Hg.), Neu-Keynesianismus – Der neue wirtschaftspolitische Mainstream?
Marburg 2003, S. 167-169.

Thomas Betz:

Geld: Das letzte Rätsel der Freiwirtschaftslehre?

Die Grünen sind sich selbst treu geblieben. Sie sind nach wie vor dagegen: In den goldenen 70er Jahren, als noch Milch und Honig flossen und die Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes (BSP) Höhen erreichten, die heute gar nicht mehr geglaubt werden würden, war die grüne fundamentale Wachstumskritik nicht nur der Anker des Parteiprogramms, sondern Existenzberechtigung dieser erst gesellschaftlichen und schließlich parlamentarischen Formation schlechthin: „Die grüne Wachstumskritik speiste sich seit Anfang der siebziger Jahre vor allem aus drei Quellen: der Überzeugung, dass es in einem begrenzten System wie der Erde kein unbegrenztes Wirtschaftswachstum geben kann; dem Werturteil, dass Konsum jenseits eines bestimmten Niveaus den Blick auf die wesentlichen Dinge des Lebens eher verstellt; der Einsicht, dass das Bruttosozialprodukt die Zufriedenheit der Menschen nur sehr unzureichend spiegelt.“¹

Heute, nachdem sich das BSP gegenüber damals auch preisbereinigt nochmals verdoppelt hat, aber auch das seinerzeitige Ziel des Nullwachstums ganz offenbar in greifbare Nähe gerückt ist, sind die Grünen nach wie vor dagegen; nur eben diesmal dagegen, dass die Wirtschaft nicht wächst – in völliger Umkehrung bzw. Aufden-Kopf-Stellung des Geistes ihrer Stunde der Geburt: „So wie der Hirsch nach frischem Wasser schreie, schreie unsere Gesellschaft heute nach Wirtschaftswachstum. Eine Lösung hat Bütikofer, immerhin Vorsitzender der grünen Partei, auch schon parat: Der bislang behauptete Widerspruch zwischen ökonomischer Expansion und ökologischen Grenzen müsse aufgehoben werden – durch grünes, durch nachhaltiges Wachstum. Es gehe nicht mehr vorrangig um die Grenzen des Wachstums, sondern um das Wachstum der Grenzen.“²

Wie konnte es dazu kommen, dass diese einstmals emanzipatorische Bewegung, Hoffnungs-

träger einer ganzen Generation, sich selbst kariert, indem sie nicht nur nicht mehr betreibt, wofür sie einst in den Ring gestiegen, sondern gar das gerade Gegenteil? (Das gilt im Übrigen ja nicht nur für die Wachstumsfrage.) Mutmaßlich u.a. auch deshalb, weil augenscheinlich ist, dass wir als nullwachsende Volkswirtschaft auf in der Geschichte der Menschheit bislang unerreichtem Produktivitätsniveau nicht etwa fröhlich vor uns hinstagnieren, sondern weil es die größten Probleme gibt: steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Masseneinkommen, steigende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, sinkende Nachfrage, steigende Unzufriedenheit. In einer Situation der Stagnation des gesamtwirtschaftlichen Produktionsvolumens ist also bei den wesentlichen ökonomischen Parametern nicht etwa Ruhe im Karton, wie so mancher Grüne in den goldenen 70ern naiv annahm, sondern ganz im Gegenteil Mords(!)-Bewegung. Aber warum?

Die wichtigste Größe neben der Wachstumsrate der sog. Realsphäre, eben des BSP bzw. des BIP³, ist die Wachstumsrate der monetären Sphäre, der Geldmenge, welche wesentlich durch die Höhe des Zinssatzes bestimmt wird.⁴ Dem (positiven) Zinssatz wohnt nun ein Polarisierungseffekt inne dergestalt, dass dem (Geld-)Vermögenden gegeben wird, was anderswo abgezweigt werden muss, in letzter Konsequenz bei den Lohnkosten, denn sämtliche Produktionskosten einer Unternehmung – aber auch größerer Einheiten wie einer Volkswirtschaft – lassen sich letztlich auf Lohnkosten und Kapitalkosten reduzieren.⁵ In Boom- und Wachstumsphasen, in denen die Wachstumsrate der Realsphäre den Zinssatz deutlich übersteigt, wirkt der Polarisierungseffekt bereits; allerdings noch vergleichsweise harmlos deshalb, weil zwar der prozentuale Anteil des Kuchenstückes des (Geld-)Vermögenden stärker wächst als der prozentuale

Anteil des Kuchenstücks des Lohnempfängers, aber das Kuchenstück des Lohnempfängers jedenfalls absolut eben doch auch. Anders dann, wenn es Gleichstand gibt zwischen Zinssatz und realem Wachstum: Für ein Anheben der Real-löhne ist jetzt kein Platz mehr. Und wenn schließlich die reale Wachstumsrate dauerhaft und nachhaltig unter den Zinssatz fällt – und das ist in Deutschland mittlerweile seit Jahren der Fall – müssen die Reallöhne sinken und irgendwann dann auch die Nominallöhne. Wer das bislang nicht glauben wollte und an dieser Stelle süffisant lächelte, wird durch die hochaktuellen Tagesereignisse mittlerweile eines besseren belehrt.

Besonders problematisch wird es also dann, wenn die Zinsen höher sind als das BIP-Wachstum.⁶ Was ist also zu tun? Diejenigen, denen die Zinsen ein Sakrosanktum sind, sehen nur die Möglichkeit, das reale Wachstum wieder über das monetäre zu peitschen. Das ist ja auch die offizielle Politik, obwohl im Angesicht eines Brüning-Programmes namens Hartz IV, das die ohnehin schwache Binnennachfrage endgültig kaputt macht, Zweifel aufkommen müssen, ob dieses Ziel denn auch tatsächlich ernsthaft angestrebt wird. Aber auch ohne Hartz IV wird das mit dem Wachstum wohl kaum noch klappen, weil die aggregierte Gesamtnachfrage durch die starke Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen bereits zu schwach ist, weil es trotzdem zunehmend Sättigungstendenzen gibt⁷, weil darüber hinaus die Menschen nachhaltig verunsichert sind und entsprechend „Angst“-sparen.

Bereits für Keynes war klar, wohin die Reise geht: Er sprach von der „sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“⁸, was nichts anderes heißt, als dass in einer gereiften Volkswirtschaft die in der Realsphäre zu erwirtschaftenden Profite der Unternehmen immer geringer werden. Keynes sieht nun, in deutlicher Nähe zu Gesell, jedenfalls in einer solchen Situation eine mögliche Lösung des Problems in einer Anpassung der Zinssätze nach unten, Richtung Null. Geldreformer wissen längst, wie das geht: Weil Geld gegenüber den Waren keinen oder jedenfalls geringeren Zerfalls- und Entwertungsprozessen unterworfen ist, mithin also einen Liquiditäts-

vorteil gegenüber den Waren hat, können Geldbesitzer durch die Möglichkeit der Hortung dieses Geldes, also des Entzugs aus der Zirkulation, beim Erwerb von Waren und deshalb auch beim Verleihen dieses Geldes den sog. Urzins erzwingen. Ergo muss dieses Geld mit einer sog. Umlaufsicherungsgebühr belastet werden, die das Horten unattraktiv macht und entsprechend das Erzwingen des Urzinses verunmöglicht. Der Zinssatz schwankt fürderhin um Null. Der vor der Einführung der Umlaufsicherungsgebühr sich grundsätzlich im positiven Bereich bewegende Zinssatz wird in seiner Funktion als „Enthorter“, als Garant des Geldumlaufs, als Schmiermittel durch die Umlaufsicherungsgebühr ersetzt. Also alles ganz einfach. Oder etwa doch nicht?

Widmen wir uns doch einmal der Frage, was Geld – und gemeint ist hier unser heutiges, gegenwärtiges Geld – eigentlich ist: Unser modernes Geld kommt als Kredit auf die Welt. So, und nur so, und nicht anders kommt unser Geld in die Existenz.⁹ Allem Geld in jedweder Form¹⁰ liegt ein Kredit-Kontrakt zugrunde; typischerweise zwischen einer Geschäftsbank und einem Kreditnehmer, der keine Bank ist. Dabei fungiert die Geschäftsbank keineswegs nur als Intermediär, der Kredite zwischen Gläubigern und Schuldern vermittelt, wie wir es aus unseren frühesten Kindheitstagen zu glauben gewohnt sind, weil es uns erst Eltern und dann Lehrer so erklärt haben, weil es so schön einfach ist und logisch klingt und – last not least – weil es sagenhafterweise die offizielle Version des ökonomischen Mainstreams bis zum heutigen Tage ist.

Was passiert nun wirklich, wenn eine Geschäftsbank einem Kunden einen Kredit einräumt? Zunächst einmal gar nicht so viel: Die Bank verlängert ihre Bilanz um den Betrag des eingeräumten Kredits. Was heißt das? Es heißt, dass die linke Seite der Bilanz, die Aktivseite, die Auskunft gibt über die Mittelverwendung eines Unternehmens, und mithin auch einer Bank, verlängert wird um eine Forderung an den Kreditnehmer in Höhe des Kredites, weil natürlich vom Kreditnehmer gefordert wird, dass er den Kredit eines Tages – zusammen mit den vereinbarten Zinsen – tilgt. Bilanzverlängerung heißt aber auch, dass die rechte Seite der Bilanz, die

Passivseite, die Auskunft gibt über die Mittelherkunft eines Unternehmens, und mithin auch einer Bank, ebenfalls verlängert wird; und zwar um eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreditnehmer in Höhe desselben Betrages. Die Bank „refinanziert“ sich also für diesen Kredit tatsächlich durch die „Einlage“ des Kreditnehmers bei dieser Bank, die dieser aber natürlich nur deshalb hat, weil ihm von dieser Bank ein Kredit in dieser Höhe eingeräumt worden ist. Das Geld, welches dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellt wird, entstammt also bilanztechnisch dem Kreditnehmer selber! Das bilanztechnische Gegengewicht zum eingeräumten Kredit ist also Giralgeld (bzw. Geschäftsbankengeld, kein Zentralbankgeld!), welches *uno actu* – gewissermaßen in der selben logischen Sekunde – mit dem Kredit entsteht.¹¹

Dieses „Geld“ wurde von keiner Zentralbank zur Verfügung gestellt und schon gar nicht musste es vorab von jemandem gespart werden, damit es als Kredit ausgereicht werden kann. Entsprechend kassiert die Geschäftsbank die Zinsen für dieses Kreditgeschäft auch ganz alleine: Weder an die Zentralbank noch an etwaige Einleger müssen die Zinszahlungen des Kreditnehmers durchgereicht werden. Gleichwohl kann dieses Geld nun Nachfrage generieren und seine Wirkung als Zahlungsmittel entfalten: Der Kreditnehmer kann es beispielsweise dafür verwenden, es im Gegenzug zu einer Warenlieferung einem Geschäftspartner zu überweisen, der sein Konto bei der selben Bank unterhält. Für die Bankbilanz – und insbesondere für deren Länge – würde sich dadurch aber nichts ändern: Im selben Maße, wie das Guthaben auf dem Geschäftskonto des einen Kunden verringert wird, wird es auf dem Konto des anderen vergrößert.¹² Noch immer besteht für die Geschäftsbank keine Notwendigkeit einer Refinanzierung von außen.

Aber was passiert, wenn der Kreditnehmer sein Geld an einen Geschäftspartner überweisen will, der sein Konto bei einer anderen Bank (bzw. einer anderen Bankengruppe) unterhält? Wenn die Geschäftsbank Glück hat, erfolgt mehr oder weniger zeitgleich auch eine Überweisung in der Gegenrichtung in derselben Höhe. Damit ist nun nicht gemeint, dass der Geschäftspart-

ner (der bei Bank B) das Geld gleich wieder auf das Ausgangskonto zurücküberweist. Es genügt, dass ein weiterer Kunde der B-Bank (gewissermaßen der dritte im Spiel) den Betrag an einen weiteren Kunden der A-Bank (gewissermaßen den vierten im Spiel) überweist. Wiederum würde sich für die Struktur und insbesondere für die Länge der Bilanz der Geschäftsbank nichts ändern und entsprechend wiederum die Notwendigkeit einer externen Refinanzierung (bei der Zentralbank oder per Zentralbankgeld – also Bargeld) nicht gegeben sein.

Das Prinzip funktioniert aber auch dann noch, wenn – entsprechend dem Prinzip Ringtausch bzw. Tauschring – die B-Bank nicht an die A-Bank, sondern an die C-Bank und die dann erst wieder an die A-Bank überweist; bzw. die C-Bank erst an die D-Bank usw.. Kurz: Entscheidend ist, welcher Gesamtbetrag innerhalb einer Abrechnungsperiode aus der einzelnen Geschäftsbank „herausüberwiesen“ und welcher „hineinüberwiesen“ wird und inwieweit sich diese Beträge unterscheiden. Und in der Tat ergibt sich das Bild, dass sich diese Zahlungsströme gegenseitig aufheben; jedenfalls fast. In dem Maße aber, in dem nun mehr „herausüberwiesen“ als „hineinüberwiesen“ wird, entsteht tatsächlich die Notwendigkeit einer externen Refinanzierung mittels Zentralbankgeld. Entsprechend entsteht für die einzelne Geschäftsbank ein Überschuss in Zentralbankgeld dann bzw. dadurch, dass mehr „hineinüberwiesen“ als „herausüberwiesen“ wird. Die Geschäftsbanken unterhalten bei der Zentralbank gewissermaßen „Geschäftsbanken-Geschäftskonten“. Per Überweisung zwischen diesen Konten erfolgt nun der endgültige Ausgleich der Salden der Geschäftsbanken untereinander; in Zentralbankgeld. Selbstredend entsteht die Notwendigkeit einer externen Refinanzierung mittels Zentralbankgeld auch dann und dadurch, dass der Kreditnehmer verlangt, seinen Kredit in Bargeld und somit in Zentralbankgeld ausgezahlt zu bekommen.

Wie refinanziert sich nun die Geschäftsbank von außen? Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

1. Die Geschäftsbank refinanziert sich über die Zentralbank, indem sie sich – in unserem sog.

zweistufigen Banksystem – von der Zentralbank gegen gute Sicherheiten einen (Zentralbankgeld-)Kredit einräumen lässt. Hierbei handelt es sich um die ursprüngliche Form der Refinanzierung einer Geschäftsbank, denn so und nur so kommt Zentralbankgeld und damit Bargeld in die Existenz und in Umlauf.

2. Die Geschäftsbank refinanziert sich über Einleger respektive Sparer. Hier und nur hier kommen wir der Vorstellung von der Bank als Intermediär, als Vermittler zwischen Gläubiger und Schuldner, wieder etwas näher; wenn auch nicht sehr nahe. Wichtig ist aber an dieser Stelle, dass auch das Zentralbankgeld der Einleger einmal als Kredit der Zentralbank gegenüber einer Geschäftsbank auf die Welt gekommen ist.

Selbst für die 40 DM Kopfgeld im Rahmen der Währungsreform von 1948 war in der Bilanz der Bundesbank¹³ eine Forderung eingebucht und damit der Kreditcharakter auch dieser „Erstausrüstung“ gegeben. Insbesondere in einer Wachstums- und Boomphase des Wiederaufbaus nach der Stunde Null – so in der Bundesrepublik in den 50er und 60er-Jahren – ist die Refinanzierung über die Zentralbank nicht nur die ursprüngliche, sondern auch die klassische und typische Form der Refinanzierung der Geschäftsbanken; notwendigerweise einfach deshalb, weil es entweder noch gar keine oder aber jedenfalls nicht genügend Sparer gibt, die genügend Geldersparnisse in Händen halten, um die nachgefragten Kredite zu refinanzieren. Konsequenterweise ergibt sich in einer solchen Situation auch das Bild, dass die Summe der getätigten Investitionen viel höher ist als die Summe der Geldersparnisse. Wie kann das sein, wo wir doch (fast) alle meinen, zu „wissen“, dass Sparen eine notwendige Voraussetzung ist, um investieren zu können?

Es kann deshalb sein, weil dieses „Wissen“ einfach eine Schimäre ist. Der Umstand, dass diese Schimäre von der Orthodoxie der ökonomischen Theorie im Wesentlichen bestätigt wird, macht die Sache nicht besser und spricht keineswegs für die Schimäre, für das „Wissen“, sondern gegen die Orthodoxie. Zwar ist es richtig, dass sich empirisch nachweisen lässt, dass es einen signifikant starken Zusammenhang zwischen In-

vestition und Ersparnis gibt und dass überall dort, wo viel investiert wird, auch viel gespart wird. Aber es ist keineswegs richtig, dass sich daraus ableiten lässt, dass Investition notwendig Ersparnis voraussetzt; und natürlich noch viel weniger, dass die Ersparnis automatisch Investition generiert.¹⁴

Die tatsächliche kausale Verkettung zwischen Investition und Sparen stellt sich wie folgt dar: Wo investiert wird, wird Arbeit (vor-)finanziert, dadurch einerseits Produktion generiert, andererseits Einkommen geschaffen, wiederum dadurch einerseits (Konsum-)Nachfrage induziert, andererseits Ersparnis ermöglicht. So herum wird ein Schuh draus! Und das Geld, vermittels dessen die Investition vonstatten geht, muss eben gerade nicht vorher gespart werden; und schon gleich gar nicht muss jemand dafür auf Konsum verzichten. Lange Zeit schien es, dass Keynes der erste war, der das gemerkt hat. Während diese grundlegende Erkenntnis von Postkeynesianismus und sog. neoklassischer Synthese jedenfalls teilweise wieder verwässert wurde, wurde sie wieder aufgegriffen bzw. konsequent weiterverfolgt insbesondere von der monetärkeynesianischen Schule um Hajo Riese und dem eigentumstheoretischen Ansatz um Heinsohn, Steiger und Stadermann.¹⁵ Letzteren ist auch die Entdeckung zu verdanken, dass bereits ein fast vergessener, aber bedeutender Theoretiker des Merkantilismus ein Vorläufer dieses Gedankens war: 1767 veröffentlichte James Steuart seine *"Inquiry into the Principles of Political Economy"*. Als führender Teilnehmer des 1745 niedergeschlagenen Jacobitenaufstandes hatte er zuvor 20 Jahre im französischen Exil verbracht. Dieser Umstand sowie der Siegeszug von Adam Smith, dessen Hauptwerk neun Jahre später erschienen war, trugen gem. Steiger und Stadermann entscheidend dazu bei, dass seine originären Einsichten über das Papiergeld weitgehend unbekannt blieben.¹⁶

Steuart analysiert die Wirtschaft einer freien Nation nach Auflösung feudaler Regierungsformen. Er erkennt, dass diese Entwicklung ein ganz neues System der Volkswirtschaft begründet: Bürgerliche Freiheiten führen zu Handel und Gewerbe und diese zu Reichtum und Kredit. Seine Metapher *converting land into paper mo-*

ney¹⁷ enthält bereits eine zentrale Idee der heutigen Eigentumstheorie der Ökonomie: Grundeigentümer A möchte Waren eines Produzenten B konsumieren, hat aber kein (edelmetallenes) Münzgeld. Deshalb emittiert er Schuldscheine im Wert der gewünschten Waren auf sein Grundeigentum und bezahlt damit B. Dieser kann nun produzieren, ohne dass A auf die Nutzung seiner Ländereien verzichten muss. Bereits für Steuart war also Investition ohne vorheriges Sparen möglich; ganz im Gegensatz zur späteren Klassik und Neoklassik. Steuart: „*Nachdem diese Operation abgeschlossen ist, bleiben der Grund und Boden (des A) sowie das Gewerbe (des B) in unverändertem Zustand: bereit von neuem zu produzieren. Das also ist die Wirkung des Kredit- oder symbolischen Geldes. Und hier frage ich, ob nicht die Schuldscheine, die der A dem B gegeben hat, nicht genau so einen wirklichen Wert beinhalten, als hätte er Gold oder Silber gegeben?*“¹⁸

Um investieren zu können, bedarf es also keiner vorherigen Ersparnis und entsprechend auch keines entsprechenden Konsumverzichtes, allerdings durchaus eines entsprechenden Geldes, welches von einer bestimmten Qualität sein muss. Gemäß den Vertretern der Eigentumstheorie der Ökonomie steht dabei das Rechtsinstitut des Eigentums im Mittelpunkt der Betrachtungen: Erst durch die Schaffung von Eigentum wird auch dessen Belastbarkeit – als Sicherheit im Rahmen eines Gläubiger-Schuldner-Kontraktes – möglich und dadurch die Voraussetzung dafür geschaffen, dass über die Beibehaltung der Bewirtschaftung einer im Besitz befindlichen Ressource hinaus (z.B. des Ackers eines Bauern) per Kreditschöpfung ohne vorheriges Sparen und vor allem ohne Konsumverzicht (zusätzliche) Nachfragepotentiale und damit (zusätzliche) ökonomische Aktivitäten freigesetzt werden, die letztlich die Dynamik und Prosperität einer modernen Volkswirtschaft ausmachen, mithin auch die eigentliche Erklärung für Wachstums-, Entwicklungs-, Industrialisierungsprozesse sind. Dabei wird unser heutiges Geld als Kreditgeld eben im Rahmen des oben beschriebenen Prozesses in die Existenz gebracht und steht im Zentrum des ökonomischen Geschehens. In Ökonomien, in

denen die entsprechenden Voraussetzungen dafür nicht geschaffen werden, gibt es weder eine vergleichbare wirtschaftliche Entwicklung noch stabiles Geld.

Adam Smith fiel weit hinter Steuart zurück: Für Smith ist die Genese des Geldes kein Thema, sondern selbiges als Abbild der realen Tauschverhältnisse schlicht gegeben. Aus dem Geld selbst lassen sich für ihn keine wesentlichen Einsichten in die Funktionsweise von Ökonomien gewinnen, vielmehr liegt das Geld als neutraler Schleier über den eigentlichen Gesetzmäßigkeiten der Tauschökonomie. In Abgrenzung zu Steuart ist für Smith Geld auch grundsätzlich Edelmetallgeld, also Münzen aus Gold und Silber. Interessant findet er hingegen die geldinduzierte Reduktion der Transaktionskosten der unterstellten Tauschwirtschaft, Thema der „Geldtheorie“ der Neoklassik bis zum heutigen Tage. Entsprechendes gilt auch für die Kredite der Banken, die für Smith die Produktion grundsätzlich nicht erhöhen können, sondern allenfalls bestehendes Kapital einer produktiveren Verwendung zuführen. Gegebene Produktionsmöglichkeiten werden durch nicht-monetäre Maßnahmen wie Arbeitsteilung und Vergrößerung der Märkte – daher die Forderung nach Freihandel – maximal genutzt. Störungen des Marktgleichgewichts können bei Smith allenfalls vorübergehender Natur sein, denn wo sich Marktkräfte bei flexiblen Preisen und Mengen frei entfalten können, kann es keine gesamtwirtschaftlich unzureichende Nachfrage und insoweit auch keine Krise geben. Die Ersparnis führt immer zu Akkumulation und Wachstum und nicht etwa zur Unabsetzbarkeit eines Teils der produzierten Waren, denn wer nicht selbst produziert oder konsumiert, schafft stets anderen die Konsum- bzw. Produktionsmöglichkeiten. Konsequenterweise muss dann aber ein Kreditgeber, der Kreditnehmern Ressourcen zur Produktion verfügbar macht, selbst auf eben diese verzichten und kann sie fortan nicht mehr selbst weiter nutzen. Damit ist in der Wirtschaftswissenschaft ein bis heute andauerndes Missverständnis über die Triebkräfte des Wachstums in die Welt gesetzt worden.

Und damit ergibt sich nunmehr die absurde Situation, dass die Praxis der Geldschöpfung, der

Investition, der Produktion und der Einkommensbildung in modernen Geldökonomien sich im Rahmen der (weiter oben) beschriebenen Prozesse abspielt, die ökonomische Theorie hingegen von einer Schule beherrscht wird, die dieser Lebenswirklichkeit nicht im Entferntesten gerecht wird; des Weiteren, dass an den Hochschulen im Rahmen der Bankbetriebslehre und teilweise auch der mikroökonomischen Theorie die Prozesse korrekt abgebildet werden, im Rahmen der Makroökonomie dann aber wieder nur gilt, dass das Volkseinkommen entweder konsumiert oder gespart wird, aber erst durch letzteres Investitionen in der nächsten Periode möglich werden; und schließlich, dass nicht nur an den Hochschulen, sondern selbst in Führungsetagen von Banken, auch von Zentralbanken, teilweise Menschen sitzen, die vom Tagesgeschäft nicht allzu viel, von der (falschen) Theorie hingegen um so mehr wissen und deshalb entsprechend (falsch) denken, argumentieren, handeln. „Der Banklehrling weiß, woher das Geld kommt. Der Volkswirtschaftsprofessor weiß es nicht!“¹⁹

Das Tauschparadigma der Neoklassik und des Monetarismus, also die Vorstellung, dass unser Geld etwas exogen Gegebenes ist – etwa von einer staatlichen Autorität, der Zentralbank – und, selbst neutral bleibend und mehr oder weniger gleichmäßig kreisend, den Tausch in unserer letztendlichen „Tauschökonomie“ vermittelt, organisiert, verbessert, beschleunigt, und – konsequenterweise – dass wir in dieser Tauschwirtschaft das einmal Produzierte entweder konsumieren können oder aber sparen, um mit der Ersparnis entweder selbst zu investieren oder aber diese Ersparnis anderen zu Investitionszwecken zur Verfügung zu stellen, prägt das Denken der allermeisten Menschen auch unserer Zeit und ist ihnen dabei vielfach nicht einmal bewusst. Einmal mehr bewahrheitet sich die Vermutung von Keynes, dass gewisse Grundaussagen ökonomischer Theoretiker eine prägendere Wirkung auf uns ausüben, als wir selbst wahrhaben können und wollen. Nicht genug damit, dass die Mehrheit der Wirtschaftsteilnehmer schlechthin tauschparadigmatisch denkt, es ist auch die Mehrheit der Ökonomen und sogar die Mehrheit der ökonomischen Schulen: Neben den bereits

erwähnten orthodoxen Schulen trifft das auch auf Teile des Keynesianismus zu (die den Begriff „endogenous money“²⁰ nicht kennen), auf den Marxismus²¹, und eben auch auf die Freiwirtschaftslehre, jedenfalls in ihrer bisherigen Form; und das ist schlimm.

Denn wer dem Tauschparadigma verhaftet bleibt, übersieht die gewaltige emanzipatorische Kraft, die in der Überwindung dieses unzutreffenden Konzeptes einer tatsächlich nicht tauschparadigmatischen Lebenswirklichkeit steckt: Denn gerade die Erkenntnis, dass Investition weder Ersparnis noch Konsumverzicht notwendig voraussetzt, gibt der Frage nach einer moralischen Legitimation eines positiven Zinssatzes erst einen wirklichen Sinn. Wenn niemand verzichten muss, auch ein „Reicher“ nicht, warum soll es dann eine „Konsumverzichtsprämie“ namens Zins geben? Es hat nichts mit Verschwörungstheorie zu tun, an dieser Stelle festzuhalten, dass die Fortexistenz tauschparadigmatischen Denkens ganz offensichtlich im Einklang mit bestimmten Interessen steht. Erst die Unterstellung, dass die Fortexistenz tauschparadigmatischen Denkens nicht nur ein dummes Missverständnis ist, sondern auf diese Interessen zurückgeführt werden kann und von ihnen betrieben wird, wäre verschwörungstheoretisch, aber damit noch nicht bewiesenermaßen falsch.

Wer tauschparadigmatisch denkt, versteht auch nicht wirklich, warum es – nicht nur in der Wirkung, sondern eben auch in der Begründung – so falsch ist, wenn z.B. der IWF argumentiert, dass die Ersparnisbildung in den Ökonomien der Dritten Welt nicht gegeben bzw. zu schwach ausgeprägt sei und dass deshalb dort die Leitzinsen erhöht werden müssten, um damit höhere Sparquoten und damit mehr Sparkapital und damit mehr Investitionskapital zu generieren. Er versteht auch nicht, warum es noch viel falscher ist, dann, wenn der Plan nicht funktioniert hat – und er kann so nicht funktionieren – zu argumentieren, dass dann jetzt halt die „Sparlücke“ geschlossen werden müsse, indem Spar- und Investitionskapital von außen ins Land gebracht wird, welches die Schuldnerländer in die bekannten Verschuldungs-, Abhängigkeits- und Ausbeutungsspiralen treibt. Der Tauschparadigmatiker

verstehen nicht nur nicht, dass es gar nicht darum geht, an den Anfang eines Wachstumsprozesses Ersparnisbildung und Sparkapital zu setzen, sondern auch nicht, dass das gar nicht geht – und bleibt damit letztlich der orthodoxen Argumentation hilflos ausgeliefert.

In einer Situation, die gekennzeichnet ist einerseits durch Menschen, die nicht beschäftigt oder unterbeschäftigt sind, und andererseits dadurch, dass diese Menschen darunter leiden, dass sie ihre materiellen Bedürfnisse nicht oder nicht ausreichend befriedigen können, liegt nichts näher als der Gedanke, dass diese Menschen sich eben die Güter, derer sie bedürfen, erarbeiten.²² Das tun diese Menschen auch gerne dann, wenn sie es können. Sie können es z.B. in einer Subsistenzwirtschaft auf niedrigem Produktivitätsniveau unter der Voraussetzung, dass jedenfalls halbwegs Gleichverteilung und Sicherheit der Ressourcen sowie landwirtschaftliches KnowHow gegeben ist. Sie können es aber auch in einer wenigstens teilweise spezialisierten und arbeitsteiligen Gesellschaft dann, wenn eine entscheidende notwendige Voraussetzung erfüllt ist: Sie müssen sich sicher sein können, dass sie für ihre geleistete Arbeit eine Gegenleistung bekommen. Dann und nur dann sind sie bereit zu arbeiten.

Wie könnte das z.B. gehen in einem Entwicklungsland der Gegenwart, in dem Recht und Ordnung und staatliche Autoritäten allenfalls auf dem Papier existieren, von Grundbuchämtern ganz zu schweigen? Wie könnte in einer solchen Situation jemand dazu bewogen werden, beispielsweise am Bau eines Hauses mitzuwirken? Ihm müsste eine direkte und unmittelbare und für ihn offensichtlich werthaltige Gegenleistung offeriert werden; und zwar zeitnah, d.h. am besten im Voraus, zeitgleich oder aber spätestens unmittelbar nach erfolgter Leistung durch seine Seite. Das könnte etwas zum Essen oder Trinken sein oder – besser noch – eine nachhaltige Ziege, oder Blechtöpfe oder Gebrauchsgüter aus Japan oder Luxusgüter aus Europa; jedenfalls Konsumgüter, die bereits produziert worden sein müssen, die spätestens nach erfolgter Übergabe an den Hausbauhelfer andernorts nicht mehr konsumiert werden können, die deshalb in der Tat andernorts eingespart worden sein müssen. Tausch-

paradigma pur! Problem dabei: Die dargestellte Situation ist atypisch. Typisch ist eher, dass der Möchtegern-Häuslebauer in Afrika die genannten schönen Dinge gerade nicht in Händen hält und dass es deshalb auch nicht zum Hausbau kommt und dass die Menschen deshalb einerseits arm und andererseits arbeitslos bleiben. Die Katze beißt sich in den Schwanz: Das, was passieren soll, nämlich Produktion (eines Hauses), passiert nicht, weil Produktion (eines Blechtöpfes) noch nicht passiert ist.

Es geht also darum, so etwas wie eine „Verpflichtungsökonomie“²³ zu etablieren, d.h. ein System, das dem Individuum garantiert, dass die von ihm erbrachte Leistung eine Gegenleistung erfahren wird, auch wenn diese Gegenleistung als Produkt (oder auch als Dienstleistung) noch gar nicht existiert. Dann könnte in der Tat Arbeit (vor-)finanziert, d.h. investiert werden, ohne dass vorher gespart werden muss. Probieren wir es aus, versuchen wir noch mal ein Haus zu bauen: Diesmal im Nachkriegs-Westdeutschland, nach der Währungsreform. Vieles ist zerstört, mancherorts alles. Die Menschen sind arm, und die Menschen sind arbeitslos, und die Menschen möchten gerne arbeiten, um nicht mehr arm sein zu müssen. Jemand will sein zerstörtes Einfamilienhaus wiedererrichten, aber er hat kein Geld, um Baumaterial und Helfer zu bezahlen, die er braucht. Aber er hat noch sein Grundstück, auf dem auch noch die Ruine steht. Auf dem unbebauten Teil des Grundstückes baut er z.Zt. Gemüse an, um es zu essen. Es gibt auch noch das Grundbuchamt, und deshalb kann der Herr Jemand nachweisen, dass es sich um sein Grundstück handelt. Und deshalb kann er dieses Grundstück gegenüber einer Bank als Sicherheit in einen Kreditkontrakt einbringen. Aber eben nur als Sicherheit, nicht etwa materiell. Denn weiterhin bleibt er sowohl Eigentümer als auch Besitzer als auch Nutzer, der das Grundstück zur Produktion seines Gemüses nutzt. Trotzdem bekommt er jetzt durch den Kredit Geld in die Hand, mit dem er das Baumaterial bezahlt (bzw. die Arbeit der Baustoffhersteller) und die Arbeit seiner Helfer. Zusätzlich zu der weiterhin uneingeschränkten Produktion des Gemüses gesellt sich nun die Produktion des Hauses. Werte wer-

den geschaffen, aufgebaut wird im Wortsinne; aber niemand hat dadurch auf Konsum verzichtet oder auf Produktion oder auf Investition, so wenig wie jemand gespart hat.

Denn die Bank von Herrn Jemand verfügt auch nicht entfernt über ausreichende Einlagen etwaiger Sparer, um den Kredit von Herrn Jemand zu refinanzieren. Sie refinanziert sich intern über den dargestellten Giralgeldschöpfungsprozess und extern über die Zentralbank. Deren Scheine akzeptieren die Helfer von Herrn Jemand gerne. Denn im Dorf gibt es einen Bäcker, der für seine frischgebackenen Brötchen die ebenfalls frischgebackenen Scheine gerne nimmt, um damit einen Kredit zu tilgen, den er seinerseits aufgenommen hat, um damit das Mehl zu bezahlen und die neue Maschine, aber eigentlich die Arbeit des Müllers und die des Maschinenbauers. Der Müller und der Maschinenbauer ziehen vielleicht bald bei Herrn Jemand als Mieter ein und helfen ihm so, seinen Kredit abzubezahlen. Es wird investiert, also Arbeit (vor-)finanziert, vermittelt dieser Arbeit produziert und das Produzierte schließlich konsumiert. Gespart wird nicht. Woher auch? In der Stunde Null? Von Nichts kommt Nichts! Und vor allem: Wozu? Wir hungern doch noch! Aber Herr Jemand ist jetzt kein Niemand mehr und irgendwann sagt das ganze Land: „Wir sind wieder wer!“ Und irgendwann wird dann auch wieder gespart.

Man könnte auch sagen: Die Menschen arbeiten für das neue Geld, weil sie davon ausgehen, dass es werthaltig ist und dass sie dafür später, nach getaner Arbeit, etwas kaufen können. Und sie können nach getaner Arbeit auch tatsächlich etwas dafür kaufen, aber nur deshalb, weil sie dafür gearbeitet haben und damit Werte geschaffen haben! Im Glauben an die Werthaltigkeit des Geldes wird genau der Wert erzeugt, den man dem Geld zugute hält. Zusammengeschnürt auf ein Eingütermodell (1-Gut-Modell) wäre die Situation die, dass der Bäcker mit dem Geld, das er fürs Backen bekommt, genau die Brötchen kauft, die er gebacken hat. Dafür bräuchte man natürlich dieses Geld nicht. Aber wir leben ja auch nicht in einem Eingütermodell, sondern – falls überhaupt – in einem n -Güter-Modell. Und jetzt braucht man dieses Geld eben doch,

eben damit der Bäcker Wurstchen kaufen kann, die von Metzgersgesellen hergestellt worden sind, die dafür mit Geld bezahlt wurden, mit dem sie schließlich Brötchen kaufen gehen können usw..

Aber warum läuft es nicht anders herum? Warum sagen die Menschen nicht, dass sie dieses Geld nicht für werthaltig erachten und dass sie deshalb dafür auch nicht arbeiten wollen? Die Konsequenz wäre doch, dass dann auch tatsächlich keine Werte geschaffen werden würden und man für dieses Geld auch tatsächlich nichts kaufen könnte; und die Menschen würden sich ebenso bestätigt sehen wie im ersten Fall, allerdings auf niedrigerem Wohlstandsniveau. Die Antwort: Die Initialzündung der Werthaltigkeit dieses Geldes ist im Rahmen des ihm zugrundeliegenden Kreditverhältnisses die Besicherung. Dieses Geld ist damit nichts anderes als ein anonymisierter, aber besicherter Schuldtitel, durch den jemand zu einer Leistungserbringung in der Zukunft verpflichtet wird. Denn insoweit die Leistung nicht erbracht werden kann, tritt an die Stelle des Anspruches auf Leistung der Anspruch auf Eigentum. Dadurch gewinnt dieser Titel seine Kraft und Glaubwürdigkeit.

Deshalb müssen die Aufbauer in unserem Beispiel auch keine Angst haben vor dramatischen inflationären Prozessen, so sehr diese Ängste berechtigt sind bzw. wären in einer Welt exogenen Geldes, das völlig unabhängig von den realen Prozessen als Schmiermittel ins Getriebe gebracht wird (und wie ein Milton Friedman sich das in seinem Hubschrauberbeispiel vorstellt²⁴). Aber die Aufbauer leben in einer Welt endogenen Geldes, welches dann entsteht, wenn es erforderlich ist, um Arbeit zu finanzieren, durch die echte reale Werte geschaffen werden. Und für den Fall, dass der Kreditnehmer scheitert und deshalb seinen Kredit nicht tilgt, kann die Bank mit der nun in ihren Händen liegenden Besicherung das emittierte Geld „zurückkaufen“ und damit die Stabilität dieses endogenen Geldes gewährleisten.

Wenn es stimmen würde, dass Ersparnis eine notwendige Voraussetzung für Investition ist, dann würden wir heute noch auf den Trümmerbergen des 2. Weltkrieges sitzen. Es ist eine

schlichte Tatsache, dass die gewaltigen Investitionen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland getätigt wurden, nicht auf Ersparnisbildung zurückgeführt werden können²⁵. Aber sie können darauf zurückgeführt werden, dass es tatsächlich gelungen ist, eine „Verpflichtungsökonomie“ zu etablieren, die den Arbeitenden, den Aufbauenden, den Werte schaffenden garantiert hat, dass die von ihnen erbrachten Leistungen eine Gegenleistung erfahren werden; und zwar unabhängig davon, ob diese Gegenleistungen bereits erzeugt wurden oder aber ob deren Erstellung für die Zukunft noch aussteht. Insofern ist das Geld, mit dem die Arbeitenden in der Verpflichtungsökonomie bezahlt werden, auch weniger ein Repräsentant bereits geschaffener Vermögenswerte (wie das die Orthodoxie generell glaubt), sondern sehr viel mehr ein Anrechtschein auf in der Zukunft zu gewährende Gegenleistung. Insofern es nicht gelingt, eine Verpflichtungsökonomie zu etablieren, gilt allerdings in der Tat das Tauschparadigma, gilt, dass gespart werden muss, um investieren zu können. Und folgerichtig wird dann auch dort, wo noch nichts ist, auch nichts produziert. Und folgerichtig sieht „Entwicklung“ in Afrika²⁶ dann eben so aus, wie sie eben aussieht.

Das Tauschparadigma zu überwinden, bedeutet also auch, zu verstehen, wie Entwicklungsprozesse tatsächlich vonstatten gehen, zu verstehen, wie sie seit Beginn der Industrialisierung in Europa vonstatten gegangen sind, das bettelarm war und das auch keine Kredite vom Mond oder vom Mars gekriegt hat, und das sich nicht etwa trotzdem, sondern genau deshalb entwickeln konnte; und deshalb schließlich auch, zu verstehen, wie Entwicklungsprozesse andernorts vonstatten gehen müssen, wenn diese Prozesse den Namen Entwicklung auch verdienen sollen.

Das Tauschparadigma zu überwinden, bedeutet aber noch viel mehr: Es bedeutet, die „Partnerschaft“ von Arbeit und Kapital, die Notwendigkeit eines „Zusammenwirkens“ von Arbeit und Kapital in Frage zu stellen, indem deutlich wird, dass die Existenz eines Kapitals im herkömmlichen Sinne, nämlich als Akkumulation entweder realer Werte oder aber verbriefter Leistungsansprüche in den Händen weniger, nicht nur für

Entwicklungsprozesse, sondern auch für die nachhaltige Existenz ökonomischer Systeme nicht nur obsolet, sondern sogar kontraproduktiv ist.

Henne oder Ei? Was war zuerst da? Der Gewinn oder der Lohn? Wer es nicht versteht oder nicht verstehen will (oder nicht will, dass es andere verstehen), erzählt, dass die Unternehmen Gewinne machen und also Kapital akkumulieren müssen, damit sie hernach investieren und Löhne bezahlen können. Wenn es aber Unsinn ist, dass irgend jemand vorher etwas gespart haben muss (der Unternehmer selber oder ein anderer, der ihm – vermittelt über den Intermediär Geschäftsbank – sein Ersparnis leiht), damit investiert und gearbeitet werden kann, dann ist es natürlich auch Unsinn, dass Unternehmen (oder andere, die das Kapital zur Verfügung stellen) Gewinne machen müssen, um investieren und Löhne bezahlen zu können. Der Post-Tauschparadigmatiker weiß es besser: Er weiß, dass am Anfang die Investition steht und dass eine Investition nichts anderes ist als die Vorfinanzierung von Arbeit, egal, ob damit die Arbeit eines Menschen bezahlt wird oder aber eine Maschine, die nämlich nur deshalb Geld kostet, weil sie von Menschen gebaut worden ist, deren Arbeit ebenfalls bezahlt (und ebenfalls vorfinanziert) werden musste. Diese solcherart korrekt verstandene Investition generiert nun zweierlei: Zum einen Einkommen bei denen, deren Arbeit bezahlt – vorfinanziert – worden ist, und zum anderen Produktion, die über diese Einkommen nachgefragt werden kann und hoffentlich nachgefragt werden wird. Es geht auch systemlogisch gar nicht anders: Die Umsätze, die die Unternehmen zu tätigen anstreben, haben notwendig zur Voraussetzung, dass, wo auch immer, aber noch immer innerhalb des selben Systems, bereits Löhne gezahlt und investiv vorfinanziert worden sind, sonst könnte keiner was kaufen und deshalb keiner was verkaufen, und entsprechend kein Umsatz entstehen, und ein Gewinn schon gar nicht.

Also: Die Vorfinanzierung von Löhnen, die Investition, ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass überhaupt daran zu denken ist, dass einmal Gewinne entstehen können und nicht etwa umgekehrt. Und es geht sogar noch weiter: Nicht

nur bedarf es nicht des Gewinns, damit investiert und Löhne bezahlt werden können, sondern dieser Gewinn ist langfristig die Ursache dafür, dass nicht investiert und Löhne nicht bezahlt werden: Denn wenn in einem geschlossenen System (und spätestens unser Planet ist eines) das Einkommen derer, die die Produkte erstellen, geringer ist als der Wert der Produkte, die sie erstellen, dann entsteht systemnotwendig eine Nachfragerlücke; d.h. nicht mehr alles, was produziert wird, kann verkauft werden. Diejenigen, die über die Menge der zu produzierenden Produkte entscheiden, werden beschließen, in der nächsten Periode entsprechend weniger zu produzieren, und es entsteht Arbeitslosigkeit. Auch Albert Einstein, kein Ökonom, aber dafür einer, der sich – bislang unstrittig – aufs systemische Denken verstand, erkennt in einem seiner philosophischen Essays: „Der entscheidende Punkt in diesem Prozess ist das Verhältnis zwischen dem, was der Arbeiter produziert, und dem, was ihm dafür bezahlt wird, beides gemessen in realen Werten. Insoweit der Arbeitsvertrag „frei“ ist, ist das, was der Arbeiter erhält, nicht etwa bestimmt vom realen Wert der Güter, die er produziert, sondern von seinen Minimalbedürfnissen und von des Kapitalisten Bedarf an Arbeitskraft im Verhältnis zur Anzahl der Arbeiter, die um Jobs konkurrieren. Es ist wichtig, zu verstehen, dass selbst in der Theorie (Einstein meint hier die Orthodoxie der ökonomischen Theorie; T.B.) die Bezahlung des Arbeiters nicht bestimmt wird vom Wert seines Produktes.“²⁷

Der gezeigte Zusammenhang gilt zwar generell, ist aber nicht immer augenscheinlich, weil er typischerweise von Wachstumsprozessen überlagert wird. Aber nicht immer und v.a. nicht bis in alle Ewigkeit. Spätestens in einer nicht (mehr) wachsenden Ökonomie wird es plastisch, dass die Löhne nicht etwa zu hoch, sondern vielmehr zu niedrig sind. Allerdings führt nun die entstandene Arbeitslosigkeit dazu, dass der Druck auf die Löhne derer, die noch in Lohn und Brot stehen, noch größer wird und damit die Nachfragerlücke und damit die Krise. Eine diesbezügliche LiveShow bietet das Deutschland der Gegenwart: Die Exportüberschüsse sind die höchsten auf der ganzen Welt, die Arbeitsproduktivität

ist die höchste der Menschheitsgeschichte und steigt immer noch weiter, aber die Reallöhne stagnieren seit Jahren und sollen jetzt sogar sinken und sinken auch bereits. Die Unternehmensgewinne und die Kapitalkosten (das sind die Zinsen), also das Pendant zu den vorenthaltenen Lohnsteigerungen, werden aber nicht im selben Maße nachfragewirksam wie Lohnzahlungen, denn die Konsumquote²⁸ eines Individuums ist umso geringer, je höher das Einkommen ist und umgekehrt. Die aggregierte Gesamtnachfrage – wichtigste Bestimmungsgröße und unabdingbar notwendige Voraussetzung für jedes Wachstum – einer Volkswirtschaft ist also dann maximal, wenn die Gleichverteilung der Einkommen maximal ist, und umgekehrt. Ungleichverteilung ist also nicht nur ein moralisches, sie ist vor allem auch ein ökonomisches Problem. Einstein dazu: „Das Profitmotiv in Verbindung mit der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten ist verantwortlich für Instabilität in der Akkumulation und Verwertung des Kapitals, was zu zunehmend ernsteren Depressionen führt.“²⁹

Was bedeutet das nun alles für die Freiwirtschaftslehre? Es bedeutet zunächst einmal nicht, dass an der Zinskritik auch nur ein Jota zurückgenommen werden muss. Denn dessen Eigenschaft, polarisierend zu wirken, also Einkommen und Vermögen von unten nach oben umzuverteilen, wirkt insbesondere in entwickelten Volkswirtschaften, in denen es immer weniger Potentiale für Realwachstum gibt (aber auch immer weniger geben muss), und wo deshalb die monetäre Sphäre schneller wächst als die reale, langfristig verheerend. Es bedeutet aber auch, zu sehen, dass dieser Zins in seiner Höhe positiv beeinflusst wird von der Tatsache, dass sich der Süden im Geld des Nordens verschuldet, dass unser „Nordgeld“ in der südlichen Hemisphäre als Kreditmittel fungiert, um dort angeblich allerlei segensreiche Wirkungen zu entfalten, was es aber offenbar nicht tut.³⁰

Es bedeutet deshalb des Weiteren, wenigstens zukünftig nicht mehr zu übersehen, welches die tatsächlichen Voraussetzungen dafür sind, in Entwicklungsländern ökonomische Kräfte im Binnenbereich freizusetzen, was u.a. zur Konsequenz hätte, dass den Nord-Süd-Kapitalströmen die Legiti-

mationsbasis entzogen werden würde, was sich u.a. dämpfend auf die Zinsniveaus des Nordens auswirken könnte. Es bedeutet ferner, zu sehen, dass die Orthodoxie der ökonomischen Theorie nicht zuletzt auch wegen ihres völlig anachronistischen Bildes vom Gelde zurückzuweisen ist und, sich von ihrem Tauschparadigma nicht mehr länger den Kopf verdrehen zu lassen.

Es bedeutet deshalb konsequenterweise aber auch, die emanzipatorische Qualität post-tauschparadigmatischen Denkens nicht mehr länger zu übersehen und als emanzipatorische Bewegung – die die freiwirtschaftliche ja sein will – vielmehr dieses Denken als geistige Ergänzung, ja Voraussetzung wahrzunehmen, auch dann, wenn Post-Tauschparadigmatiker nichts (oder noch nichts) von Zinskritik wissen oder wissen wollen, mindestens aber, diese nicht mehr zu ignorieren, und vor allem, sie nicht mehr zu bekämpfen. Und es bedeutet, bis auf weiteres, neu nachzudenken.

Neu nachzudenken wäre v.a. auch über die Frage, ob es überhaupt möglich und jedenfalls, ob es hinreichend ist, eine Umlaufsicherung *ceteris paribus*³¹ auf das bestehende Geldsystem aufzusetzen, nachdem klar geworden ist, dass sich dieses Geldsystem anders darstellt als bislang angenommen. Gewisse Zweifel sind erlaubt. Kronzeuge dieses Zweifels ist kein geringerer als Silvio Gesell, der sich mitnichten abfinden wollte mit einer Umlaufsicherung bei Beibehaltung des bestehenden Geldsystems! Was Gesell wollte, war der radikale Wechsel des Systems, war der Austausch aller Komponenten: So sollte auch die *Reichsbank* ersetzt werden durch das Reichswährungsamt, welches ein nunmehr tatsächlich – und nicht nur vermeintlich – exogenes Geld kontrolliert und umlaufsichert. Die Gesellsche Idee der Umlaufsicherung ist ein Konzept, das auf der Existenz eines exogenen Geldes und einer exogen gegebenen Geldmenge basiert. Insoweit dieses sein Konzept realisiert werden soll, muss – als notwendige Bedingung – erst ein exogenes Geldwesen geschaffen werden, was keineswegs unmöglich ist: Entsprechende Überlegungen wurden bereits angestellt, u.a. vom ehemaligen Bundesbankdirektor Rolf Gocht³², v.a. aber auch vom Hallenser Wirtschafts- und Umweltsoziologen Prof. Joseph Huber³³, der diesbezüglich auch

bereits in dieser Zeitschrift veröffentlicht hat.³⁴ Die (Wieder-)Errichtung eines exogenen Geldsystems ist aber nicht nur möglich und als Voraussetzung für die Implementierung einer Umlaufsicherung nötig. Sie scheint jedenfalls langfristig auch deshalb unumgänglich zu sein, weil unser bestehendes endogenes Geldsystem u.a. auch ein Schulden-Schneeballsystem ist, in dem nicht nur die Geldvermögen systemnotwendig immer größer werden, sondern auch die ihnen spiegelbildlich gegenüberstehenden Schulden: Der dem Geld in seiner bestehenden Form zugrundegelegte Kredit kann immer nur glattgestellt werden, indem an einer anderen Stelle ein Kredit entsteht, der aber mindestens um den Zinssatz höher sein muss. In einem solchen System kann es niemals ausgeglichene Haushalte geben, jedenfalls nicht bei allen und jedenfalls nicht beim Staat, jedenfalls nicht dann, wenn sich der private Sektor nicht mehr verschulden will oder kann.

Insoweit aber die Umlaufsicherung in unsere real existierende – eben auf endogenem Geld basierende – Geldökonomie implementiert werden würde, bestünde nicht nur die Gefahr, dass die erhoffte expansive, belebende, der Deflation gegensteuernde Wirkung nicht eintreten würde, sondern dass schlimmstenfalls sogar kontraktive, deflationäre Prozesse die Folge wären.³⁵ Das – und nur das! – war gemeint, als der Post-Tauschparadigmatiker Prof. Hajo Riese bei der Frühjahrstagung 1990 der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft in Hannoversch Münden auf die konkrete Frage, was er denn von einer Einführung der Umlaufsicherung im bestehenden(!) Geldsystem halte, antwortete: „It does not work!“³⁶

Im Rahmen der Herbsttagung des Jahres 2002 der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft war ein anderer Post-Tauschparadigmatiker, Prof. Otto Steiger³⁷, als Referent eingeladen. In der Abschlussdiskussion hat er sich dahingehend geäußert, dass er das Anliegen der Freiwirtschaftslehre verstehen und nachvollziehen könne, dass diese jedoch im Rahmen ihrer Analyse, noch viel mehr aber im Rahmen ihrer Therapievorschläge, sich eines modernisierten Bildes vom Geld befleißigen müsse, wenn sie erfolgreich sein wolle.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Anmerkungen

- 1 Reinhard Loske: „Der Schrei des Hirschen, Wider die neue Wachstumsfrömmigkeit“ in: Süddeutsche Zeitung, 16.02.2004, S. 15
- 2 ebda.
- 3 U.a. wegen des höher gewordenen Ausländeranteils in den Industrieländern ging man mehr und mehr dazu über, das Brutto sozialprodukt (BSP), welches die Summe aller Güter und Dienstleistungen misst, die durch Inländer (in unserem Falle also durch Deutsche) erzeugt werden, durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu ersetzen, welches die Summe aller Güter und Dienstleistungen misst, die im Inland (in unserem Fall also in Deutschland) erzeugt werden.
- 4 Dabei setzt der Zinssatz ein gewisses Minimum der Wachstumsrate der Geldmenge, weil laufende Kredite, die ja hinter der Geldmenge stehen (siehe unten) nur glattgestellt werden können, indem an einer anderen Stelle Kredite entstehen, die aber mindestens um den Zinssatz höher sein müssen.
- 5 Auch sog. Materialkosten und Kosten für Rohstoffe sind letztlich nichts anderes und nicht mehr als Lohnkosten, die aufgewandt werden müssen, um diese Rohstoffe aus der Erde zu holen. Denn der Planet schickt keine Rechnung (was er aber eigentlich tun sollte).
- 6 Dabei spielt es für die Betrachtung keine Rolle, ob jeweils die realen, also inflationsbereinigten Werte (Realzins und reales Wachstum) oder aber die nominalen Werte (Nominalzins und nominales Wachstum) einander gegenüber gestellt werden.
- 7 Die Motivation beispielsweise, sich überhaupt ein Handy anzuschaffen, ist naturgemäß viel höher, als von einem GSM- auf ein UMTS-Gerät umzusteigen.
- 8 Man tut Keynes nicht unrecht, wenn man darauf hinweist, dass das Marx'sche Pendant dazu der „tendenzielle Fall der Profitrate“ ist.
- 9 Die Geldemission per Ankauf von Edelmetallen u.ä. müsste formal ausgenommen werden, spielt sich aber – soweit überhaupt – in einer tatsächlich vernachlässigbaren Größenordnung ab. Auch dem per Ankauf von Devisen emittierten Geld liegen Kreditkontrakte zugrunde deshalb, weil natürlich auch die angekauften Devisen kreditgeschöpftes Geld sind.
- 10 Die gemachte Aussage gilt völlig unabhängig von der streitbaren Frage, was man denn nun tatsächlich unter Geld zu verstehen hat: Bargeld, Zentralbankgeld oder das in der Sphäre der Geschäftsbanken generierte Geld (siehe unten).
- 11 Dieses Geldschöpfungspotential der Geschäftsbanken ist allerdings quantitativ begrenzt, d.h. nach oben gedeckelt: Zum einen durch den sog. Solvabilitätskoeffizienten, der die Eigenmittel eines Kreditinstituts (als Zähler) ins Verhältnis setzt zu den risikogewichteten Aktiva und außerbilanzmäßigen Geschäften (als Nenner). Seit 1993 müssen die Banken in den EU-Mitgliedstaaten Eigenmittel in Höhe von mindestens 8% des risikobehafteten Geschäftes halten. Eine weitere Begrenzung ist durch die sog. Mindestreserve gegeben (z.Zt. 2%): Geschäftsbanken müssen in Höhe dieses Prozentsatzes für die bei ihnen bestehenden Einlagen Zentralbankgeld bei der Zentralbank hinterlegen. Neben diesen administrativen Begrenzungen gibt es aber auch noch eine markttechnische: Die Geschäftsbanken müssen – mit einer bestimmten und einigermaßen genau bestimmten Wahrscheinlichkeit – damit rechnen, dass ihre Kunden ihre Guthaben in Zentralbankgeld abfragen.
- 12 für die Geschäftsbank ein sog. Passivtausch, der an der Länge der Bilanz nichts ändert
- 13 die freilich damals noch „Bank deutscher Länder“ hieß
- 14 Aus der Tatsache, dass es einen starken und empirisch nachweisbaren positiven Zusammenhang zwischen der Häufigkeit des Auftretens von Störungen und der Geburtenrate der Menschen gibt, lässt sich keineswegs ableiten, dass die Störche die Kinder bringen, dass es eine signifikante kausale Verknüpfung zwischen den beiden Phänomenen gibt, hingegen schon.
- 15 Prof. Dr. Hajo Riese bekleidete bis zum Jahre 2001 einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie an der Freien Universität Berlin und Prof. Dr. Otto Steiger bis zum Jahre 2004 einen Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Universität Bremen, Prof. Dr. Dr. Gunnar Heinsohn ist Lehrstuhlinhaber für Sozialwissenschaften an der Universität Bremen und Prof. Dr. Stadermann Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin.
- 16 vgl. dazu und im Folgenden auch meine Buchbesprechung von Stadermann/Steiger: Allgemeine Theorie der Wirtschaft, Erster Band, Tübingen 2001, in der Zeitschrift für Sozialökonomie, Ausgabe Sept. 2002
- 17 z.d.t.: Verwandlung von Ländereien in Papiergeld
- 18 zit. nach Stadermann/Steiger, a.a.O., S. 60
- 19 Prof. Gunnar Heinsohn (mündlich im Rahmen einer Diskussion an der Humboldt-Universität zu Berlin)
- 20 Das ist in Abgrenzung zum angesprochenen exogenen Geldbegriff das endogene Geld, das in keiner Weise unabhängig von außen gesetzt werden kann, und das auch in keiner Weise gegenüber der Realsphäre neutral ist, weder dergestalt, dass es von dieser nicht beeinflusst wird, noch in der Form, dass es auf diese keine jedenfalls nachhaltige Wirkung ausüben kann, sondern dessen Werden (mit dem Kredit) und dessen Vergehen (mit dem Glattstellen des Kredites) unabdingbar mit der Realsphäre verzahnt ist, das aber auch seinerseits die Geschehnisse in der Realsphäre intensiv beeinflusst.
- 21 Marx hat sich im 3. Band des Kapitals dezidiert mit dem Geld und auch mit der Beziehung zwischen Geld und Kredit auseinandergesetzt. Allerdings rekurriert der landläufige Marxist typischerweise auf den 1. Band, der voll und ganz von der tauschparadigmatischen Denke der Klassik geprägt ist. Nicht nur, aber auch deshalb ist es so zutreffend, den Marxismus als klassische Schule zu rezipieren.
- 22 Insoweit es sich um Lebensgrundbedürfnisse (Wohnung, Nahrung, Kleidung) handelt, klingt die Argumentation möglicherweise zynisch, ist sie aber nicht wirklich.
- 23 vgl. Stadermann/Steiger (Hrsg.): Verpflichtungsökonomik, Marburg 2001 (darin auch ein Aufsatz des Autors)
- 24 Friedman illustrierte einmal seine Vorstellung der Geldgenese mit dem Bild eines Hubschraubers, der über den Wirtschaftsteilnehmern kreist und Geld abwirft. Das Preisniveau in der solcherart imaginierten Tauschökonomie wird nun singular bestimmt von der Menge abgeworfenen Geldes.
- 25 und auch nicht auf den Marshallplan, der in bescheidenem Umfang den Import ausländischer Investitionsgüter ermöglichte, aber mit der Krediterschöpfung im Binnenbereich nichts zu tun hatte
- 26 und vergleichbaren Regionen mit vergleichbaren Problemen
- 27 Albert Einstein: „Why socialism?“ in: „Monthley Review“, Vol. 1, 1949 – Die „Monthley Review“ wurde im Mai 1949 in New York von den Wirtschaftswissenschaftlern Leo Huberman und Paul M. Sweezy gegründet und existiert noch heute (www.monthleyreview.org). Einsteins Essay erschien in der allerersten, der Gründungsausgabe der Zeitschrift. Übersetzung des Zitats durch den Autor. Im englischen Original: „The essential point about this process is the relation between what the worker produces and what he is paid, both measured in terms of real value. Insofar as the labor contract is “free,” what the worker receives is determined not by the real value of the goods he produces, but by his minimum needs and by the capitalists’ requirements for labor power in relation to the number of workers competing for jobs. It is important to understand that even in theory the payment of the worker is not determined by the value of his product.“
- 28 also der (prozentuale) Anteil des Einkommens, der in den Konsum geht und damit nachfragewirksam wird
- 29 a.a.O., Übersetzung durch den Autor. Im englischen Original: “The profit motive, in conjunction with competition among capitalists, is responsible for an instability in the accumulation and utilization of capital which leads to increasingly severe depressions.“
- 30 und nicht nur nicht tut, sondern gerade im Gegenteil Entwicklung verhindert
- 31 also ohne, dass etwas anderes gleichzeitig ebenfalls geändert wird
- 32 Gocht, Rolf: Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung, Berlin 1975
- 33 Huber, Joseph: Vollgeld – Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine neue Geldordnung, Berlin 1998
- 34 Huber, Joseph: „Reform der Geldschöpfung – Wiederherstellung des staatlichen Geldregals und der Seigniorage durch Vollgeld“, ZfSÖ No. 142, Sept. 2004
- 35 näheres dazu in diesem Heft von Christopher Mensching
- 36 Prof. Dr. Hajo Riese bekleidete bis zum Jahre 2001 einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie an der Freien Universität Berlin.

Helmut Creutz:

Geldschöpfung der Banken? – Warum die Klärung dieser Frage wichtig ist.

„Die Tätigkeit von Kreditinstituten besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder des Publikums entgegen zu nehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.“ Diese Definition der Bankgeschäfte aus der „Ersten Bankrechts-Koordinierungsrichtlinie“ des EWI und der EZB beinhaltet zwei wichtige Aussagen: Einmal, dass die Banken keine Geldvermittler sind, die Einleger und Kreditnehmer miteinander in Verbindung bringen, sondern Institute, die auf eigene Rechnung und in eigener Verantwortung Geld annehmen und weiter verleihen. Zum zweiten besagt diese Definition eindeutig, dass die Aufnahme „der Gelder des Publikums“ den Kreditvergaben vorausgehen, wie es logischerweise auch nicht anders sein kann. Wie kommt es nun, dass trotz dieser leicht nachvollziehbaren Vorgänge im Bankenbereich immer wieder angenommen und verbreitet wird, die Banken könnten ihre Kredite (und damit also Geld und Kaufkraft!) unabhängig von den Kundeneinlagen aus dem Nichts schöpfen und wären somit auf die Sparer gar nicht angewiesen?

Möglicherweise gibt es dafür wiederum zwei Erklärungen: Einmal ist es für manche schwer vorstellbar, dass die von den Banken vergebenen vielstelligen Milliardenkredite aus den zum größten Teil doch kleinen Rücklagen der Sparer stammen sollen. Zum zweiten scheinen vielen die Kredite den Einlagen vorauszugehen, weil wir die Bilanzen in abendländischer Manier von links nach rechts lesen, also zuerst die Aktiva und dann die Passiva betrachten, obwohl das aus dem Morgenland stammende Buchhaltungsschema von rechts nach links aufgebaut und beschrieben wurde. Das heißt, die Passiv-Seite geht in Wirklichkeit der Aktiv-Seite voraus! Diese sachlich richtige Reihenfolge zeigt sich auch an den deutschen Bezeichnungen für die Bilanzseiten: Die Passiva stehen für *Herkunft* oder *Entstehung*, die Aktiva für die *Verwendung* des Entstandenen.

Doch trotz dieser logischen Reihenfolge, die jeder Geldschöpfung widerspricht, scheint es manchen noch so zu gehen wie mir in meiner Kinderzeit: Gegenüber einem Spielzeuggeschäft wohnend, hielt auch ich den Inhaber für einen Zauberer oder Schöpfer, weil ständig Käufer den Laden verließen und das Schaufenster dennoch nie leerer wurde. Dass der Laden auf der Rückseite einen Lieferanteneingang hatte, übersah ich genau so wie heute offensichtlich viele die Sparerseite bei den Banken übersehen.

Ein ganz entscheidender Grund für die Vorstellung von der Geldschöpfung der Banken dürfte jedoch darin zu suchen sein, dass man immer noch Geld mit Guthaben und Krediten verwechselt oder gar mit ihnen zusammenfasst. Das heißt, man verwechselt das *Sparmittel* mit den *Sparvorgängen* bzw. das *Zahlungsmittel* mit den *Zahlungsvorgängen*, oder man fasst beide – und das selbst in der Wissenschaft! – als *Geldmenge* zusammen. In Folge dieser Verwechslung bzw. Zusammenfassung sieht man dann in den sich täglich bei den Banken vermehrenden Spar- und Verleihvorgängen eine „Vermehrung des Geldes“.

Zur Unterscheidung zwischen Geldbeständen und Geldverwendungen, zwischen Zahlungsmitteln und Zahlungsvorgängen

Dass Geld immer wieder erneut zum Kaufen, Verschenken, Verleihen und Tilgen benutzt werden kann, ohne dass sich seine Menge verändert, dürfte unstrittig sein. Machen wir uns das an einem Inselbeispiel klar:

Wenn alle Bewohner einer Insel jeden Monat ihre gesamten Einkommen in dem einzigen Inselladen ausgeben, dann entspricht der Monatsumsatz in dem Laden der gesamten Geldmenge. Da sich dieser Vorgang jeden Monat wiederholt, summieren sich diese Umsatzbuchungen im Laufe ei-

nes Jahres auf das Zwölfwache der umlaufenden Geldmenge, ohne dass sich diese dabei verändert hat. Sparen nun etliche Inselbewohner jeden Monat einen Teil ihrer Einkommen bei der Inselbank und leiht diese im gleichen Umfang die Ersparnisse an andere Inselbewohner wieder aus, dann ändert sich weder etwas an der monatlichen Gesamtnachfrage im Inselladen noch an der gesamten umlaufenden Geldmenge oder den gesamten Einkommen.

Neben den Umsatzzahlen im Laden akkumulieren sich nun aber noch weitere Größen auf der Insel, nämlich die Guthabenbestände der Sparer bei der Bank und die Summen der daraus vergebenen Kredite. Gehen wir von einer monatlichen Ersparnis von zehn Prozent der Einkommen aus, dann erreichen diese Ersparnisse und Kreditsummen in einem Jahr das 1,2-fache der auf der Insel umlaufenden Geldmenge und – klammert man zwischenzeitliche Einlagenkündigungen und Kredittilgungen aus – in zehn Jahren das Zwölfwache der Geldmenge! Das heißt, die Bankbuchungen auf der Passiv- und Aktivseite der Banken nehmen in zehn Jahren im gleichen Umfang zu, wie die Ver- und Einkaufsbuchungen des Ladens in einem Jahr. So wenig sich jedoch die Menge des Geldes durch die Zahlungs- und Buchungsvorgänge im Inselladen vergrößert, so wenig ist das bei den sich akkumulierenden Zahlungs- und Buchungsvorgängen bei der Inselbank der Fall: Das Geld ist nur das immer wieder den Laden und die Bank erneut durchlaufende Zahlungsmittel, das über die Ein- und Auszahlungen, ob im Laden oder in der Bank, zu immer höheren Buchungsbeständen führt. Was also allein sich vergrößert, ist das Volumen der mit Geld getätigten *Vorgänge*, niemals aber das Volumen des *Geldes*!

Wie ist das bei der Einführung von Giralgeld?

Bleiben wir auch hier noch einmal bei dem Inselbeispiel und nehmen an, dass dort bislang nur Münzen in Umlauf waren und die Inselbank den Bewohnern eines Tages anbietet, vor allem zur einfacheren Zahlungsabwicklung bei größeren Beträgen, die schweren Münzen gegen Geld-

scheine einzutauschen. Zweifellos würde von diesem Angebot gerne und zunehmend Gebrauch gemacht. Das nicht mehr benötigte und weniger nachgefragte Münzgeld kann die Inselbank nunmehr einschmelzen und damit, trotz der Kosten für die Herstellung der Geldscheine, sogar noch einen Gewinn erwirtschaften. An der Menge des Nachfragemittels Geld ändert sich hierbei wiederum nichts, auch dann nicht, wenn die Bank nun auch die Kredite in Geldscheinen statt in Münzen vergibt.

Nichts anderes geschah, als die Banken dazu übergingen, ihren Kunden einen Tausch des Bargeldes gegen das bei größeren Summen und Entfernungen so bequeme Giralgeld anzubieten. Auch hier hatten nicht nur die Bankkunden, sondern auch die Banken selbst beträchtliche Vorteile. Nicht nur, weil sie das nun überflüssige und kostenpflichtige Bargeld an die Notenbanken zurückgeben konnten, sondern auch auf Grund der Kostenersparnisse im material- und personalaufwändigen Bargeldgeschäft.

Abgesehen von diesen Vorteilen änderte sich am Umfang der Spar- und Kreditgeschäfte wiederum nichts. Statt des Bargeldes nutzten die Sparerkunden nun das Giralgeld sowohl für ihre Zahlungen als auch für die Aufstockungen ihrer Bankeinlagen. Und die Banken verwendeten es anstelle des Bargeldes zur Auszahlung der Kredite. Abgesehen von der Bequemlichkeit ändert sich also durch diesen Umtausch von Bar- in Giralgeld an der gesamten Zahlungsmittelmenge und an der Gesamtnachfrage ebenso wenig wie am Umfang der getätigten Einlagen- und Kreditgeschäfte.

Diese vereinfachten Beispiele lassen bereits grundlegende Fehlvorstellungen in der Geldschöpfungstheorie erkennen. Dennoch werden nachfolgend noch einzelne Einwände und Annahmen auf deren Stichhaltigkeit an Hand der heutigen Fakten überprüft.

„Die Banken schöpfen bei ihren Kreditvergaben das Giralgeld.“

Wäre diese Annahme richtig, dann müsste logischerweise die Giralgeldmenge mit den Kreditvergaben laufend zunehmen und damit

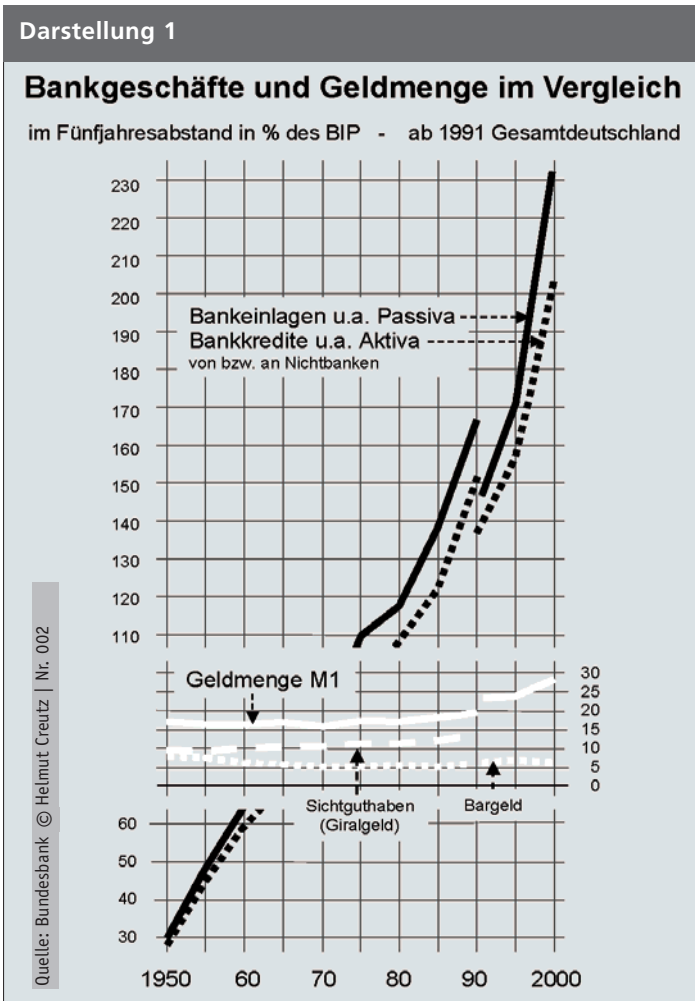
in der Summe mit den Kreditbeständen identisch sein. Geht man jedoch den Realitäten nach, dann ergeben sich, bezogen auf die DM-Zeit von 1950 bis 2000, in Deutschland folgende Größen und Entwicklungen:

Mrd. DM	1950	2000	Anstieg:
Kredite an Nichtbanken:	30	7.999	x 267
Sichtguthaben (Giralgeld):	10	849	x 85
+ Bargeld:	8	245	x 31
= Geldmenge M1:	18	1.094	x 61
BIP zum Vergleich:	105	3.970	x 38

(Quelle bis 1985: Bundesbank „40 Jahre Deutsche Mark – Monetäre Statistiken 1948 bis 1988“, ab 1985: Bundesbank-Monatsberichte, statistischer Teil)

Schon dieser Vergleich der langfristigen Entwicklungen zeigt, dass Anstieg und Größe der Sichtguthaben (Giralgeld) und Bankkredite nicht übereinstimmen, dass sie vielmehr zunehmend auseinander klaffen. Während die Sichtguthaben 1950 noch bei einem Drittel des Kreditvolumens lagen, sanken sie trotz der ständigen Zunahme der Giralgeldnutzung bis zum Jahr 2000 auf ein Neuntel.

Noch anschaulicher und aussagekräftiger werden die Zahlen, wenn man sie in Prozente des Bruttoinlandsprodukts (BIP) umrechnet (vgl. dazu die Darstellung 1).



Aus der Darstellung geht hervor, dass die Geldmenge M1, also die Summe von Bar- und Giralgeld und damit die Zahlungsmittelmenge, von 1950 bis 1985 praktisch gleich hoch blieb, schwankend zwischen 16 und 18 Prozent des BIP. Das heißt, die Geldmenge M1 ist in dieser Zeit nur im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung angestiegen, nicht aber mit den Krediten! Zwar nahm innerhalb von M1 der Bargeldanteil ab und der Giralgeldanteil entsprechend zu, aber nicht als Folge einer Geldschöpfung durch die Banken, sondern als Folge eines zunehmenden Umstiegs der Marktteilnehmer auf bargeldlose Zahlungen, der sie zu einer Auffüllung ihrer Giralgeldbestände durch Reduzierung ihrer Bargeldhaltung zwang.

Auch der leichte Anstieg der Sichtguthaben ab Mitte der 1980er Jahre hat nichts mit Geldschöpfungen der Banken zu tun, sondern mit zunehmenden Bestandsausweitungen durch die Bankkunden, gleichgültig ob diese Auswei-

tungen durch Bargeldeinzahlungen oder Rückbuchungen von anderen Guthabenkonto vorgenommen wurden. Für diesen Anstieg der Sichtguthabenbestände und damit auch von M1 im letzten Jahrzehnt dürften – neben dem Ausbau des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in den neuen Ländern – vor allem die vergrößerten Spekulationskassenhaltungen im Zusammenhang mit dem Börsenboom ursächlich gewesen sein. Außerdem vergrößerten die sinkenden Zinssätze die Vorliebe für liquide Geldhaltungen.

Die Entwicklung der Bankeinlagen und Kredite

Neben den Entwicklungen der Bar- und Giralgeldmenge sind in der Darstellung 1 im gleichen Maßstab auch die Entwicklungen der gesamten Bankeinlagen und -kredite eingetragen. Während M1 (und damit die gesamte Zahlungsmittelmenge!) weitgehend nur im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung zunahm, stiegen die gesamten Bankeinlagen und Kredite geradezu explosiv von knapp 30 auf 200 bzw. 230 Prozent des BIP an und damit auf das rund Sieben- bis Achtfache! Zieht man die in den Bankeinlagen mit erfassten Sichtguthaben heraus, ist die Anstiegsquote sogar noch steiler. Aber auch diese enormen Entwicklungen der Bankgeschäfte haben nichts mit irgendwelchen wie auch immer gearteten „Schöpfungen“ zu tun. Sie sind ganz einfach die Folge der sich akkumulierenden Ersparnisbildungen der Banksparener und der damit möglich werdenden Kreditvergaben, wie sie schon bei dem Inselbeispiel durchgespielt wurden. Gleichgültig ob diese Ersparnisse bei den Banken über Bargeldeinzahlungen aufgebaut wurden oder – wie inzwischen weitgehend üblich – durch Umbuchungen aus den vorhandenen Giralgeldbeständen, die wiederum irgendwann einmal durch Austausch gegen Bargeld entstanden sind: Mit ihren Krediten geben die Banken immer nur jene Kaufkraft in den Wirtschaftskreislauf zurück, die ihnen von den Sparern leihweise überlassen wurde!

Aus den Größen der Bankeinlagen und -kredite in der Darstellung 1 wird außerdem deutlich,

dass die von den Nichtbanken eingezahlten Geldmittel immer über den Beträgen lagen, die von den Banken an die Nichtbanken als Kredite vergeben wurden. Damit *können* also die Kredite logischerweise gar nicht aus Geldschöpfungen stammen, denn das wäre nur der Fall, wenn die vergebenen Bankkredite die Einlagen übersteigen würden!

Diese Differenzen zwischen den von Nichtbanken aufgenommenen und an sie vergebenen Mitteln liegen in Deutschland im Durchschnitt langfristig etwa bei zehn Prozent, was sich auch den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank entnehmen lässt. Im statistischen Teil auf den Seiten 20/21 und 22/23 werden die Aktiva und Passiva aller deutschen Banken laufend fortgeschrieben. Auch aus den vereinfachten Zusammenfassungen der Bundesbank in den für Schulen bestimmten Informationen weist die Bundesbank z.B. für Ende April 2002 „Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken“ (vor allem Kundeneinlagen und vergebene Inhaberschuldverschreibungen) in Höhe von 3.908 Mrd. Euro aus, während die „Kredite an die Nichtbanken“ bei 3.589 Mrd. Euro lagen und damit bei 92 Prozent. Nach Angaben des Bankers Thomas Fuchs gelten diese Relationen auch für Österreich, wo nach den Zahlen der dortigen Nationalbank (ÖNB) z.B. im Sommer 2002 den Bankeinlagen von 258 Mrd Euro Ausleihungen von 223 Mrd Euro gegenüberstanden.

Selbstverständlich werden die sich aus der Differenz ergebenden Milliardenbeträge nicht aus dem Verkehr gezogen, sondern durchweg bei anderen Banken oder in Offenmarktgeschäften, weitgehend kurzfristig kündbar, eingesetzt. Entscheidend für die Frage der Geldschöpfung aber ist allein, ob die an die Nichtbanken ausgegebenen Mittel *über* jenen liegen, die sie von den Nichtbanken erhalten haben. Das aber ist nachprüfbar nicht der Fall! Und gäbe es diese von den Befürwortern der Geldschöpfung angenommene Geldvermehrung durch die Banken tatsächlich, dann müssten wir – was jedem einsichtig sein wird – längst eine galoppierende Inflation haben!

„Die Banken bereichern sich durch geschöpfte Kredite, weil sie die ganzen Zinsen für sich einbehalten können!“

Bei dieser Annahme ist ebenfalls zu beachten, dass es in unserer Wirtschaft keinen Bereich gibt, der so gründlich kontrolliert wird wie jener der Banken. Diese Kontrolle geschieht sowohl durch die Bankenaufsicht in Berlin als auch durch die Bundesbank in Frankfurt. So müssen alle Banken z.B. monatlich ihre Bilanzen offen legen und darüber hinaus jeden größeren Millionenkredit der Bundesbank melden. Ebenso meldepflichtig ist es, wenn Kredite an den gleichen Kunden eine bestimmte Höhe des haftenden Bankeigenkapitals erreichen, usw. Wenn also die Annahme von überhöhten Zinsgewinnen zutreffend wäre, müssten diese auch aus den Abrechnungen der Banken hervorgehen. Es sei denn, man unterstellt den Banken gigantische Bilanzfälschungen und den Aufsichtsbehörden die Unfähigkeit zu deren Feststellung!

Überprüft man bei der Frage nach den enormen Zinsgewinnen wiederum die Fakten, dann ergeben sich auch hierfür weder Indizien noch Beweise. Das zeigen die langfristigen Vergleiche der „Ergebnisse zur Ertragslage der Banken“, die von der Bundesbank seit 1968 jährlich in der Septemberausgabe ihrer Monatsberichte veröffentlicht werden:

In Mrd. Euro:	1968	2003	Anstieg:
Bankgeschäftsvolumen:	300	7.028	x 23
Bankzinserträge:	15	309	x 21
Zinsaufwendungen:	10	227	x 23
Zinsüberschuss /Marge:	5,5	82	x 15
BIP zum Vergleich:	273	2.128	x 8

Demnach nahmen Bankzinserträge und Zinsaufwendungen praktisch im Gleichschritt mit dem Geschäftsvolumen der Banken auf mehr als das Zwanzigfache zu. Der bei den Banken verbliebene Zinsüberschuss (also die Bankmarge, in der sich die angenommenen überhöhten Zinsgewinne abzeichnen müssten!), stieg dagegen nur auf das Fünfzehnfache und fiel damit gegenüber der Geschäftsentwicklung sogar deutlich zurück!

Aus den Zahlen lässt sich weiter entnehmen, dass das Gros der eingenommenen Zinsen an die Banksparer geht. Nur der kleinere Teil verbleibt also bei den Banken, hauptsächlich für Personalkosten, Risiko und den verbleibenden Gewinn. Da sowohl der Zinsüberschuss als auch die Gewinne gemessen am Geschäftsvolumen eine abnehmende Tendenz ausweisen, gibt es keinen empirischen Beleg für überhöhte Zinsanteile oder gar solche Bankgewinne, die aus den Zinserträgen geschöpfter Kredite stammen und damit in voller Höhe bei den Banken verbleiben! Aus der unteren Kurve in der Darstellung 2 [Seite 20] geht sogar hervor, dass die bei den Banken verbleibenden Zinsüberschüsse, die in den ersten Jahrzehnten um die Marke von zwei Prozent der Bilanzsumme schwankten, in den letzten fünf Jahren deutlich gesunken sind.

Dieser Rückgang der Zinsüberschüsse (der genau das Gegenteil der angenommenen überhöhten Zinsgewinne wiedergibt!) ist nicht zuletzt der Grund für die großen Einsparungsbemühungen und Personalabbauten im Bankgewerbe, die wir in den letzten zehn Jahren erleben mussten.

Zusammenfassend ist also festzuhalten, dass sowohl die Annahme einer Giralgeldschöpfung der Banken als auch die Annahme hoher Zinsgewinne durch Kreditschöpfungen von der Wirklichkeit eindeutig widerlegt werden. Dasselbe gilt ebenfalls für andere Vermutungen im Zusammenhang mit Geld und Banken, von denen nachfolgend noch einige behandelt werden sollen.

„Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg war nur durch Geldschöpfung der Banken möglich!“

Als jemand, der über 40 Jahre in mehreren Berufsfeldern tätig und dabei laufend auch mit Geld und Finanzierungen befasst war, möchte ich als „Zeitzeuge“ zuerst einmal einige persönliche Erfahrungen wiedergeben:

Bekanntlich wurde 1948 die bis dahin gültige Reichsmark, die durch die Kriegsfinanzierungen des Nazi-Regimes über die Notenpresse (also nicht durch eine Geldschöpfung der Banken!) inflationär ruiniert worden war, durch die DM abgelöst. Durchgeführt wurde dieser Umtausch

durch die „Bank Deutscher Länder“ in den drei westlichen Besatzungszonen. Die „Deutsche Bundesbank“ entstand erst 1957.

Die neu herausgegebene DM wurde jedoch nicht aus dem Nichts geschöpft und auch nicht einfach an die Bürger verteilt, sondern – wie auch beim Umtausch Ostmark gegen Westmark oder DM gegen Euro – gegen Herabgabe der bisher gültigen Währung *eingetauscht*. Dabei erhielt jede/r Bürger/in in einem ersten Schritt für 400 alte Reichsmark 40 neue DM, außerdem jeder Arbeitgeber für jeden Beschäftigten auf gleicher Umtauschbasis noch einmal die gleiche Summe. Diese Eintauschmöglichkeiten wurden dann

in einem zweiten Schritt nochmals um 20 auf insgesamt 60 DM erhöht. Alle darüber hinausgehenden Reichsmarkbestände mussten auf Bankkonten eingezahlt werden, auf denen alle Guthaben erst einmal eingefroren und erst nach und nach frei gegeben wurden – allerdings zu einem noch ungünstigeren Umtauschkurs, der diese Kontenbestände auf 6,5 Prozent dahin schmelzen ließ.

Während das alte durch die Inflation entwertete Geld vor dem Umtausch nur noch ungerne und fast nur in Verbindung mit Lebensmittel- und anderen Zuteilungskarten angenommen wurde, war das Vertrauen in das knappe neue Geld groß. Schon am ersten Tag nach dem Geldumtausch tauchten in Läden Waren auf, die gegen Geld über Jahre hinweg nicht zu haben und von Spekulanten in oft großen Mengen für den „Tag X“ gehamstert worden waren. So kam es – trotz der noch nicht angesprungenen Wirtschaft – durch das neue und rasch umlaufende Geld zu einer schnellen Belebung der normalen Märkte, während der „Schwarzmarkt“ ebenso schnell austrocknete. Als Folge der aufgestauten Nachfrage sammelten sich bei den Besitzern der bisher zurück gehaltenen Warenlager oft beträchtlichen DM-Beträge an. Das ermöglichte wiederum

erste Investitionen und – bei Stundenlöhnen von anfangs einer DM – sogar die Einstellung und Bezahlung von Arbeitskräften. Auch wenn der finanzielle Bewegungsspielraum eng war, kam man in Verbindung mit den anfangs weiterhin ausgegebenen Lebensmittelkarten gut zurecht und konnte sogar wieder bescheidene Rücklagen bilden.

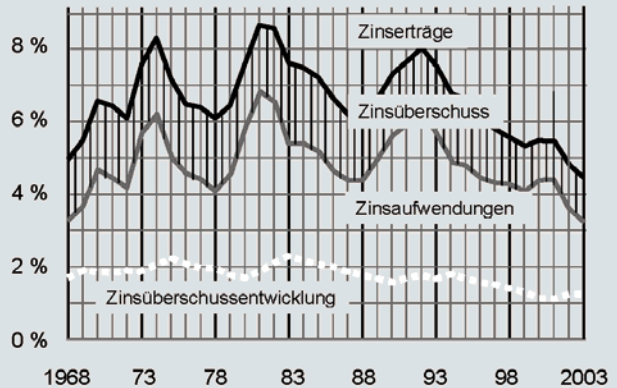
Was nun die Banken betrifft, so waren diese für ihre Kreditvergaben jedoch keinesfalls nur auf diese Neuersparnisse in DM angewiesen, sondern konnten bei ihren Kreditvergaben vor allem auf den nach und nach frei gegebenen Altersparnissen aufbauen. Auch wenn der nominelle Umfang dieser Altersparnisse auf 6,5 Prozent verringert war, hatte sich deren Kaufkraft doch auf ein Mehrfaches erhöht und übertraf in vielen Fällen sogar die der alten größeren Bestände.

Im Hinblick auf den besonders hohen Nachhol- und Kapitalbedarf, vor allem für den Wohnungsbau, waren diese neuen Möglichkeiten der Kreditvergabe trotzdem noch unzureichend, so dass es immer wieder zu Finanzierungsengpässen kam. Selbst auf die Freigabe zugesagter Hypotheken musste man oft Monate warten, obwohl sie auch dann nicht in ganzer Höhe, sondern nur nach und nach im Gleichschritt mit dem Bau-

Darstellung 2

Zinserträge, Zinsaufwendungen und Zinsüberschüsse

Bankbetriebsergebnisse in Prozent der Bilanzsumme - 1968 bis 2003



Quelle: Bundesbank

© Helmut Creutz / Nr. 118 b

fortschritt bzw. den vorgelegten Rechnungen in mehreren Tranchen ausgezahlt wurden. Doch auch dann kam es – wie ich selbst erleben musste – noch zu Verzögerungen. Manches Mal mussten sogar Baumaßnahmen an halb fertigen Häusern unterbrochen werden, weil die Banken „im Moment kein Geld“ hatten und auf neue Ersparnisse oder Zuteilungen von anderen Geldsammelstellen warteten. Und das war auch dann der Fall, wenn die Finanzierung gesichert und die Hypotheken durch Grund und Boden oder die Fertigstellungen des Bauwerks in voller Höhe gedeckt waren. Doch auch solche dinglichen Absicherungen befähigten die Banken – im Gegensatz zu oft zu hörenden Annahmen – zu keinen Geld- oder Kreditschöpfungen, sondern erbrachten allenfalls etwas günstigere Zinskonditionen.

Auch die oft vermuteten „Guthaben“, die man nach Ansicht mancher Theoretiker mit dem Kredit erhalten soll, habe ich in meinem ganzen Berufsleben nie gesehen, gleichgültig ob bei der Aufnahme von Betriebskrediten oder kurzfristigen Finanzierungsmitteln. Vielmehr wurde das über den Kredit zugeteilte Geld entweder direkt von den Banken an die Lieferanten oder Handwerker gegen Einreichung der Rechnung ausgezahlt. Oder es wurde auf einem speziellen Kreditkonto geführt, das leider für den Kreditkunden nie ein Guthaben war, sondern immer nur ein zinsbelastetes Schuldenkonto, das man durch eigene Nachsparleistungen wieder abbauen musste. Und selbst bei der Einräumung kurzfristiger Kontenüberziehungen werden die Kreditbeträge nie als *Guthaben* geführt, sondern immer ins Minus gesetzt. Die Annahme, dass den Guthaben, die die Banken gegenüber den Kreditnehmern haben, Guthaben dieser Kreditnehmer gegenüber stehen, ist also völlig abwegig. Kreditnehmer haben immer nur Schulden und damit Verbindlichkeiten gegenüber der Bank, gleichgültig ob sie den Kredit in Bar- oder Giralgeld erhalten. Und nicht zuletzt: Auch in den gesamten Erfassungen der Bankguthaben und Giralgeldbestände durch die Notenbanken sind niemals „Kreditguthaben“ enthalten, sondern immer nur jene, die den Sparern auf der Passivseite gehören.

„Das Geld auf den Girokonten wird von den Banken geschöpft!“

Auch bei der Einrichtung und Füllung meiner Girokonten hat mir in meinem ganzen Leben niemals eine Bank etwas geschöpft oder generiert. So lange ich mein Gehalt noch in bar erhielt – das war bis in die 1960er Jahre der Fall –, musste ich mein Girokonto jeden Monat durch Bareinzahlungen immer selbst auffüllen. Später, nach Einführung der Gehaltskonten, kehrte sich die Sache um: Ich erhielt mein Einkommen aufs Girokonto und hob Bargeld in dem Umfang ab, wie ich es laufend benötigte, so wie es praktisch fast alle Menschen auch heute noch tun. Und auch mein Arbeitgeber, der noch lange Zeit Einnahmen in bar erhielt, musste sein Firmen-Girokonto immer selbst auffüllen, um damit die Löhne überweisen zu können.

Selbst wenn sich diese Spur zum Bargeld inzwischen verloren hat: Auch heute entstammen alle Girokontenbestände letztlich immer noch diesen Bargeldeinzahlungen, auch wenn sie Jahrzehnte zurückliegen und inzwischen tausende Male den Besitzer gewechselt haben. Und jeder weiß aus eigener Erfahrung, dass er auch durch noch so häufigen Austausch zwischen Bar- und Giralgeld niemals über ein Mehr an Kaufkraft verfügt und dass ihm bei den Ausweitungen der Girokonten keine Bank je etwas Zusätzliches schöpft.

Im übrigen sind diese Bestände auf den Girokonten im Prinzip nichts anderes als eine besondere Form von Bankguthaben, die es den Kunden ermöglichen, durch Übertragungen von Beträgen Forderungen auszugleichen, ohne erst das Geld abheben und durch den Empfänger wieder einzahlen zu müssen. In Folge der Zunahme dieser bequemen Zahlungsabwicklungen gehen lediglich in etwa gleicher Höhe der Bargeldbedarf und damit die Bargeldmenge zurück. Doch so wenig es bei einem Abbau dieser Sichtguthaben durch Bargeldabhebungen zu einer *Geldvernichtung* kommt, so wenig kommt es bei der Ausweitung dieser Sichtguthaben durch Bargeldeinzahlungen zu irgendeiner *Geldschöpfung*! Und wenn man heute als Kreditnehmer bei der Bank die geliehenen Zahlungsmittel in Giralgeld statt in Bargeld

zur Verfügung bekommt, dann stammt auch dieses Giralgeld nicht aus einem Akt der Geldschöpfung, sondern aus jenen Girogeldbeständen, die von den Anlegern zur Bildung oder Auffüllung ihrer längerfristigen Bankanlagen benutzt worden sind und auf die sie ihrerseits, für die Dauer dieser Anlage, nicht mehr zurückgreifen können. Nur so ist auch gesichert, dass den Krediten in gleicher Höhe Leistungen auf dem Markt gegenüber stehen, auf deren Inanspruchnahme der Sparer verzichtet hat.

„Die Banken können bis zum Zwölfwachen ihres Eigenkapitals Kredite ausgeben und somit Geld schöpfen.“

Auch diese im ersten Teil zutreffende Annahme wird immer wieder missverstanden und von Verfechtern der Geldschöpfungshypothese so ausgelegt, als ob eine Bank aus ihrem Eigenkapital das Zwölfwache an Krediten schöpfen und sich damit, zumindest über die damit verbundenen vollen Zinseinnahmen, bereichern könne. In Wirklichkeit besagt diese von der „Bank für internationalen Zahlungsausgleich“ in Basel ausgearbeitete Regelung „Basel 1“ aber nur, dass jeder Kredit, den die Banken aus den Kundeneinlagen gewähren, zu einem Zwölftel mit Eigenkapital abgesichert sein muss. Das heißt, eine Bank mit z.B. 100 Millionen Kundeneinlagen darf diese nur dann als Kredit vergeben, wenn ihr Eigenkapital mindestens achteinhalb Millionen beträgt. Beträgt das Eigenkapital z.B. nur zwei Millionen, dann kann die Bank maximal nur 24 Millionen an Krediten ausgeben, selbst dann, wenn die Kreditnehmer über allerbeste Sicherheiten an Grund und Boden oder andere Wertobjekte verfügen. Diese Vorschriften (die nach „Basel 2“ nicht mehr so pauschal sondern am Risiko orientiert gehandhabt werden sollen), wurden vor allem zum Schutz der Bankeinleger vor Verlusten eingeführt. Sie verhindern also nicht nur „Kreditschöpfungen aus dem Nichts“, sondern sogar normale Kreditgewährungen aus den Kundeneinlagen, wenn das haftende Eigenkapital der Bank unzureichend ist.

Auch die Ökobank, an deren Gründung ich mich beteiligt hatte, musste erst ein haftendes Eigen-

kapital von sechs Mill. DM ansammeln, bevor sie ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen konnte. Doch trotz dieses Eigenkapitals waren die ersten Kreditvergaben erst dann möglich, als Sparerkunden Bargeld eingezahlt oder – wie überwiegend der Fall – Giralgeld von ihren Guthaben bei anderen Banken an die Ökobank überwiesen hatten.

„Bei den Kreditvergaben kommt es über Bilanzverlängerungen zu Geldschöpfungen.“

Dass sich mit jedem Buchungsvorgang, sowohl auf der Passiv- als auch der Aktivseite, die Bilanzen verlängern, trifft selbstverständlich zu. Aber so wenig wie durch Käufe ausgelösten Bilanzverlängerungen in einem Kaufhaus die Geldmenge verändern, so wenig ist das bei den Bilanzverlängerungen in einem Bankhaus der Fall. Denn im gleichen Umfang wie bei den Banken auf der Passivseite Geld als Einnahme verbucht wird, fließt es auf der Aktivseite mit den Kreditvergaben jeweils wieder ab, gleichgültig ob die Bank einen Bargeldkredit ausgibt oder – wie heute üblich – einen Giralgeldkredit. Und auch wenn das an den Kreditnehmer verliehene Geld über einen Dritten wieder in der Bank als erneute Einlage erscheint und sich damit die Bilanzen auf der Passiv- und schließlich auch der Aktivseite erneut verlängern, verändert sich nicht die *Menge des Geldes* in der Wirtschaft, sondern immer nur die *Menge der getätigten Vorgänge mit Geld*, also die der Geldnutzungen, in diesem Falle für Spar- und Kreditvorgänge!

Und noch etwas: Würde das mit den Krediten herausgegebene Geld tatsächlich von den Banken *geschöpft*, dann müsste das von den Sparern eingezahlte Geld logischerweise von den gleichen Banken vernichtet werden! – Zweifellos eine abenteuerliche Erklärung, die jedoch tatsächlich von einzelnen Vertretern der Schöpfungstheorie verbreitet wird! Ebenso fragwürdig ist die Theorie, dass durch Buchungen in den Bilanzen etwas Reales entsteht. Vielmehr kann mit allen Buchungen immer nur in der Realität Entstandenes oder Entstehendes in Zahlen festgehalten werden! Jede Buchung darüber hinaus ist nichts anderes als Betrug!

Auch der Tatbestand, dass die Buchungen der Banken ein Vielfaches der Bargeldmenge an Guthaben und Krediten ausweisen und die gesamten Geldvermögen in Deutschland inzwischen beim 46-fachen der Bargeldmenge liegen, hat nichts mit Schöpfung zu tun. Schon das Inselbeispiel hat gezeigt, dass bei regelmäßigen Rücklagen die Ersparnisse und Kredite bereits in einem Jahr die Geldmenge übersteigen und in zehn Jahren das Zwölfwache derselben erreichen. – Selbstverständlich könnten – zumindest theoretisch – mit der gleichen umlaufenden Geldmenge in weiteren zehn Jahren die Schulden auch wieder abgebaut werden. Allerdings nur, wenn die Sparer im gleichen Umfang jeweils ihre Guthaben abheben und das Geld für Konsum- oder Investitionszwecke selbst ausgeben würden!

Die Mehrheit aller Fachleute bestätigt die Geldschöpfung der Banken!

Das trifft sicherlich auf die Mehrheit der heutigen Wirtschaftswissenschaftler und wahrscheinlich auch der Banker zu. Doch dass gerade Fachleute falschen Theorien lange anhängen, kennen wir aus der Geschichte zur genüge. Man denke nur an die Naturwissenschaftler Galilei und Kopernikus oder an den Arzt Semmelweis, der das Kindbettfieber überwunden hatte und von den Medizinalräten nicht ernst genommen wurde. Oder an die Phalanx der Physiker, die auch dann noch der Theorie anhängen, dass Gegenstände schwerer als Luft niemals fliegen können, als bereits die ersten Flugmaschinen das Gegenteil bewiesen hatten – und ebenso vorher schon jeder fliegende Vogel!

Ob eine Theorie falsch oder richtig ist, kann also niemals durch Mehrheiten entschieden werden, wie Bernd Senf einmal zutreffend schrieb, sondern nur durch eine Überprüfung an den Realitäten. Sieht man von dem immer wieder als „Beweis“ angeführten Quittungen der Goldschmiede ab, sind in der heutigen Bankenrealität noch nicht einmal Indizien für die Geldschöpfungstheorie zu finden!

Zweifellos wäre es jeder Bank möglich, zusätzliche Kaufkraft in Form von Giralgeld in Umlauf zu setzen, so wie es jeder Druckerei möglich ist,

dies durch die Produktion von Blüten zu tun. Doch genau so wenig diese Blüten durch Leistungen in der Wirtschaft gedeckt sind, so auch diese theoretisch möglichen Geldvermehrungen durch die Banken, und die Folge wäre deshalb Inflation. Diese haben wir zwar heute auch in unseren Breiten, aber nicht weil die Banken Geld schöpfen, sondern weil die Notenbanken nicht in der Lage sind, sie durch eine präzise Geldmengensteuerung zu vermeiden. Zur Vermeidung von deflationären Entwicklungen streben die Notenbanken sogar bewusst eine bestimmte Höhe der Inflation an.

Dass es sich im übrigen sowohl bei der Geldschöpfung durch Blüten als auch bei der durch Banken um Betrug und Bereicherung handelt, bedarf ebenfalls kaum einer Erklärung. Und für die Notenbanken dürfte es vielmals lohnender sein, einem solchen Betrug der Banken nachzugehen, als jenem der Geldfälscher, deren Umfang nur in Promille-Bruchteilen der Bargeldmenge zu messen ist!

Resümee:

Auch ich habe mich anfangs von der Geldschöpfungstheorie irritieren lassen und würde ihr vielleicht heute noch anhängen, wenn ich nicht versucht hätte, sie empirisch zu überprüfen. Ermutigt wurde ich dazu nicht zuletzt durch Veröffentlichungen namhafter Vordenker der Geldreformbewegung wie z.B. Karl Walker, Hans Hoffmann und Elimar Rosenbohm, dem früheren Redakteur dieser Zeitschrift, der beruflich bei der Bundesbank tätig war. Im Zusammenhang mit dem Begriff „Schöpfung“, den man ebenso mit Erschaffung wie mit Umschöpfen gleich setzen kann, hat Rosenbohm immer wieder von „semantischer Schluderei“ gesprochen und die „Theorie der Geldschöpfung als eine Theorienschöpfung“ bezeichnet.

Derselbe Klärungsbedarf wie bei der hier behandelten Geldschöpfung der Banken besteht auch für viele andere Mutmaßungen im Geldbereich, z.B. im Hinblick auf die Geldversorgung der Wirtschaft durch die Notenbank, der Bedeutung der Mindestreserven, der Verrechnungen zwischen den Banken und Notenbanken und der

Problemrolle, die den Notenbanken und ihren Zinserhebungen bei den Geldausleihungen zugeschrieben werden, usw.

Will man alle diese oft verwirrenden Gegebenheiten verstehen, dann hilft in vielen Fällen bereits eine Klärung der Begriffe. Das gilt nicht nur für die Unterscheidung von *Geld* und *Guthaben* oder von *Zahlungsmitteln* und *Zahlungsvorgängen*, sondern z.B. auch für die Wirkungen von Mindestreserven oder der so oft zitierten und angeblich schöpfungsrelevanten Überschussreserven, die seltsamerweise von den Banken mit allen Mitteln bei Null gehalten werden.

Ebenfalls unverzichtbar ist die klare Unterscheidung der Geschäftsbeziehungen zwischen Banken und Notenbanken, die der *Geldversorgung der Wirtschaft* dienen, und jenen der Banken mit den Nichtbanken, die der *Versorgung der Wirtschaft mit Krediten* dienen. Klärt man diese Begriffe und Zusammenhänge, dann enträtselt sich das „Rätsel Geld“, mit dem sich selbst Wissenschaftler heute noch kontrovers auseinandersetzen, fast von selbst. Außerdem würden mit

einer Überwindung der Fehlvorstellungen in Sachen Banken-Geldschöpfung die Kritikansätze nicht mehr von jenen Feldern abgelenkt um die es eigentlich geht, nämlich die der eskalierenden Geldvermögen und Schulden, der daraus resultierenden Wachstumszwänge sowie der damit verbundenen Umverteilungen und sozialen Spannungen.

Für die Geldreformbewegung ist diese Aufklärung in Sachen Geld und Geldschöpfung besonders wichtig. Denn gäbe es eine Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken, dann könnte eine Steuerung der Geldmenge durch die Notenbank mit Hilfe einer Umlaufsicherung nicht ausreichend wirksam sein. Und damit würden dann auch die Inflation und der stetig positive Zins nicht überwunden.

Zur Vertiefung der hier dargestellten Überlegungen sei auf die einschlägigen Kapitel in meinen Büchern „Das Geldsyndrom“ und „Die 29 Irrtümer über das Geld“ sowie auf meinen Aufsatz in der Nr.108/1996 der Zeitschrift für Sozialökonomie „Geldschöpfung durch Geschäftsbanken – Theorie oder Wirklichkeit?“ verwiesen, in dem auf 20 Seiten mit acht Grafiken und Tabellen speziell auf den Bereich der Notenbanken eingegangen wird.

Steigendes Euro-Bargeldvolumen

„Im ersten Halbjahr 2004 waren fast 80 Mrd. Euro mehr im Umlauf als im Jahr 2000. Der Banknoten-umlauf wächst derzeit noch immer mit zweistelligen Jahresraten von zuletzt um die 20 % im Quartal ... und beläuft sich auf ein Rekord-Bargeldvolumen von rund 478 Mrd. Euro im Herbst 2004. ...

Der renommierte Bargeld-Experte und Ökonomie-Professor an der Fachhochschule Amberg-Weiden, Franz Seitz, erklärt sich die anhaltende Expansion mit dem weiteren Aufbau von Bargeldhorten aus legal oder in der Schattenwirtschaft erworbenen Mitteln und vor allem mit der kräftigen Nachfrage im europäischen und auch im außereuropäischen Ausland. ... Den größten Anteil am Bezug der Euro-Scheine hatten die mittel- und osteuropäischen Staaten, die Türkei und andere Mittelmeerländer. Es sind jene Gebiete, in denen vor der Einführung des Euro die DM als Währung zur Wertaufbewahrung und für Großbetragszahlungen gefragt war. Nach Darstellung von Seitz wird angenommen, dass etwa ein Drittel des Bargeldvolumens auf die alltägliche Transaktionskasse von Bürgern und Unternehmen entfällt. Rechnet man einen Auslandsanteil von 80 Mrd. Euro hinzu, verbleibt – selbst wenn man eine erhöhte Geldhaltung von etlichen Milliarden Euro hinzurechnet – ein stattlicher Restbetrag in der Größenordnung von rund 200 Mrd. Euro für zusätzliche legale Horte, für Schattenwirtschaft und Unterwelt im In- und Ausland. ...

Nach den Daten der EZB wurden von den Notenbanken des Euro-Systems bis Mitte 2004 rund 275 Mio. Stück 500er-Scheine im Wert von über 137 Mrd. Euro emittiert, verglichen mit rund 200 Mio. Stück bis zum Sommer 2003. Das entspricht einem Plus von fast 38 %. Im übrigen sei auffallend, dass eine vergleichsweise hohe Zahl an großen Euro-Scheinen über den Finanzplatz Luxemburg zirkuliere.“

Christian Burckhardt, Barer Euro auf Siegeszug, in: Börsen-Zeitung vom 21. September 2004.

Ralf Becker:

Zur Bedeutung der Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken

1 Zur Geldschöpfung durch Geschäftsbanken

Bernd Senf hat meines Erachtens in seinem Buch „*Der Tanz um den Gewinn*“¹ die bisher detaillierteste Zusammenstellung und Bewertung unterschiedlicher Positionen zur Giralgeldschöpfung (im Folgenden: GG-Schöpfung) durch Geschäftsbanken (GB) veröffentlicht.

Festzuhalten ist zunächst, dass Bernd Senf mit Helmut Creutz darin übereinstimmt, „dass die Theorie der multiplen Kreditschöpfung als Erklärung untauglich ist“². Eine multiple Vermehrung von Krediten und Spareinlagen erhöht also nicht die Geldmenge; darin scheint Einigkeit zu bestehen. Helmut Creutz vertritt darüber hinaus die Position, dass GG-Schöpfung durch GB nur dann stattfinden könne, wenn die Kreditgewährung der Banken an den Nichtbankensektor größer wäre als die Ersparnisse, die den Banken aus diesem Sektor zur Verfügung gestellt werden – was statistisch nachweisbar (zumindest in Deutschland seit mindestens einem halben Jahrhundert) nicht der Fall sei³. Demgegenüber vertritt Bernd Senf die Sichtweise, dass durch eine mehrfache Nutzung von Überschussreserven eine GG-Schöpfung durch GB stattfinde: „Die späteren aufgrund der Überschussreserven zusätzlich geschöpften Sichtguthaben, die als Kredite an Schuldner vergeben wurden, hatten aber mit Einlagen oder Ersparnissen überhaupt nichts zu tun.“⁴ Tatsächlich vergeben GB im Rahmen der üblichen Fristentransformation Kredite – analog zur multiplen Kreditschöpfung – aus nicht täglich benötigten GG-Beständen.

Meiner Ansicht nach lassen sich diese beiden Sichtweisen komplementär zusammenführen, wenn man

- a) die Vermittlung nicht benötigten Geldes als Grundaufgabe der Banken betrachtet und
- b) begrifflich Bar- und Zentralbankgeld einer-

seits (EZB-geschöpftes Geld = Geldbasis) sowie die auf dem Markt nachfragewirksame Geldmenge andererseits unterscheidet.

Die am Markt nachfragewirksame Geldmenge ergibt sich aus der Multiplikation der Geldbasis mit deren Umlaufgeschwindigkeit. Eine wesentliche Funktion der GB ist es nun, nicht für konkreten Konsum oder konkrete Investitionen benötigtes Bargeld in Form von Sparguthaben zu sammeln und durch die Ausgabe in Form von Krediten die Umlaufgeschwindigkeit des von der EZB geschöpften Bargeldes zu erhöhen. D.h. durch (multiple) Kreditschöpfung vermehren die GB nicht die Geldbasis – deren quantitative Gesamt-Steuerung liegt komplett in der Macht der EZB. Wenn man nun nicht ständig genutztes Giralgeld ebenso wie sonstige Spareinlagen betrachtet, d.h. als Geld, das momentan nicht für konkreten Konsum oder konkrete Investitionen gebraucht wird, so erhöhen GB auch bei der Weiterverleihung von nicht genutzten Giralgeldbeständen die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und damit sehr wohl die nachfragewirksame Geldmenge, jedoch nicht die Geldbasis selbst. Ich schlage also vor, diesen Fall nicht als Geldschöpfung durch die GB, sondern als Vermehrung der nachfragewirksamen Geldmenge durch Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu betrachten.

Thomas Betz geht nun noch einen Schritt weiter mit der These, dass GB auch über sog. Bilanzverlängerung – in der Banksprache bankinterne Refinanzierung von Krediten – Geschäftsbankengeld schöpfen. Das Geld, welches dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellt werde, entstamme in diesem Fall bilanztechnisch dem Kreditnehmer selber. Das bilanztechnische ‚Gegengewicht‘ zum eingeräumten Kredit sei also Giralgeld (bzw. Geschäftsbankengeld, kein Zentralbankgeld!), welches uno actu – gewissermaßen in der selben logischen Sekunde – mit dem Kre-

dit entstehe.⁵ Bernd Senf folgert zustimmend, dass GB „zusätzliches Giralgeld aus dem Nichts schöpfen“⁶ können. Einschränkend arbeitet er folgende Grenzen für diese These heraus: 1. Durch die EZB bestimmbare Mindestreserven, 2. Verschuldungsbereitschaft und -fähigkeit der Schuldner, 3. Gesetzliche Beschränkungen wie Eigenkapital-Quoten etc., 4. Zentralbankgeld- (ZBG) oder Bargeld-pflichtige Salden bankexterner Überweisungen.

Meiner Ansicht nach findet eine solche technisch und theoretisch mögliche GG-Schöpfung durch GB aus dem Nichts in der Praxis tatsächlich statt. Diese Geldschöpfung hat allerdings nur bedingten Vergleichswert mit der Geldschöpfung der EZB und rechtfertigt nicht unbedingt eine Abkehr vom Tausch-Paradigma. Ihre Bedeutung ist für die Entwicklungspolitik in Deutschland und in sog. Entwicklungsländern durchaus unterschiedlich zu bewerten.

Zum einen betrifft diese theoretische Möglichkeit nur diejenigen Banken in wirtschaftlich prosperierenden Regionen, die aktivlastig sind, d.h. ein starkes Kreditgeschäft betreiben (können), so dass sie tendenziell auf der Suche nach Einlagen sind. Hier greift also in weiten Teilen Deutschlands die von Bernd Senf zitierte Grenze „Verschuldungsbereitschaft und -fähigkeit der Schuldner“, die in vielen Regionen heute nicht (mehr) gegeben ist. Für die bei uns inzwischen relativ wenigen aktivlastigen Banken wäre zunächst der Fall zu betrachten, dass die GB einen Kredit gewährt, der nicht durch vorherige Einlagen gedeckt wäre. Die GB setzt sich also über das ungeschriebene Gesetz hinweg, dass Kredite nur aus vorherigen Einlagen vergeben werden können, und vergibt einen Kredit, den sie bilanzmäßig durch die Gegenbuchung eines GG-Guthabens darstellt – diese Buchung erhöht die Aktiva und Passiva der Bank gleichzeitig, so dass dieser Vorgang nicht im Widerspruch zu den statistischen Nachweisen von Helmut Creutz steht.

Wird das zur Verfügung gestellte GG nicht am gleichen Tage abgehoben bzw. auf ein anderes Konto überwiesen, könnte man theoretisch von GG-Schöpfung sprechen. Meiner Ansicht nach ist eine solche GG-Schöpfung jedoch irrelevant, da sie nur so lange gilt, wie der Kunde seinen ihm

eingewäumten Kredit gar nicht in Anspruch nimmt, also sowohl der Kredit als auch sein Gegenstück, das GG, wie eine Luftbuchung tatsächlich nur bilanzverlängernd wirken. Nachfragewirksam wird dieses GG auf diese Weise jedenfalls nicht.

Angenommen das dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellte GG fließe auf ein anderes Konto bei der gleichen GB. Dann hätte dieser bankintern geschöpfte Kredit, dieses bankintern aus dem Nichts geschöpfte GG tatsächlich die Bezahlung eines realen Tauschvorganges Geld gegen Ware ermöglicht. Jedoch zunächst nur unter der Voraussetzung, dass der Empfänger des Geldes dieses weder in Bargeld umtauscht noch bankextern überweist. Das so geschöpfte GG ist sozusagen erst einmal nur bankintern gültig. Wenn das dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellte GG dagegen auf ein anderes Konto bei einer externen GB fließt, muss dieser Abfluss mit ZBG finanziert werden – also mit von der EZB geschöpftem Geld. Erhält die GB im Gegenzug jedoch gleich hohe Überweisungen von externen GB, so dass sie kein ZBG für den Vorgang aufnehmen muss, so würde sie ja echte Einlagen erhalten, die ihre eigene GG-Schöpfung aus dem Nichts in GG aus Einlagen transformieren würde.

Nun wäre es denkbar, dass auch diese Überweisungen von der externen Bank aus einer GG-Schöpfung aus dem Nichts stammen könnten. In diesem Fall wären tatsächlich zwei Tauschvorgänge in der Realität begründet worden, die einen realen Austausch von Waren und Dienstleistungen ermöglicht hätten. Die GG-Schöpfung aus dem Nichts wirkt dann wie in einem Tauschring: alle beteiligten Konten der beteiligten GB saldieren sich unter dem Strich zu Null; einigen Kunden sind Kredite eingeräumt worden, andere haben am Ende in der Summe in gleicher Höhe Guthaben auf ihren Konten. Mit dem Unterschied, dass die GB – anders als bei Tauschringen – für die ausgegebenen Kredite jeweils Zinsen erhält.

Nun kann man einerseits diesen Zinsgewinn der GB problematisieren – man kann ihn aber auch in eine Reihe mit dem normalen Geschäft der Banken stellen, bei dem in unserem marktwirtschaftlichen System die GB Kredite jeweils

nur im Wettbewerb miteinander vergeben können, d.h. ihre Gewinnspanne stets auch durch den Wettbewerb im Zaum gehalten wird. Es ist anzunehmen, dass die im Wettbewerb unterschiedlicher Banken sich ergebenden Zinsmargen für die Volkswirtschaft insgesamt vergleichsweise niedrig sind im Vergleich zu einem zentral geführten Banksystem, das wahrscheinlich wesentlich ineffizienter ungleich höhere Verwaltungskosten für das gleiche Ergebnis produzieren würde. Aber hierüber kann man natürlich unterschiedlicher Ansicht sein.

Spannender ist vielleicht die Frage, wie denn nun die von mir ja gerade festgestellte praktisch mögliche und wohl auch faktisch stattfindende GG-Schöpfung der Banken zu bewerten ist. Wir haben festgestellt, dass von GB aus dem Nichts geschöpftes GG

1. reale Tauschvorgänge ermöglicht, so lange es nur bankinterne Gültigkeit hat,
2. im Austausch zu Bargeld oder mit Konten externer Banken der Korrespondenz mit der von der EZB kontrollierten Geldbasis bedarf oder
3. im Austausch mit Konten externer Banken bei nicht ausgeglichenen Salden durch echte Einlagen ersetzt wird, so dass das GB-geschöpfte GG wieder verschwindet oder
4. im Austausch mit Konten externer Banken bei Ersetzung durch GG, das ebenfalls durch eine GB aus dem Nichts geschöpft wurde, als Tausch- oder Bartering-ähnlicher Vorgang gewertet werden kann.

Betrachtet man nun sämtliches von der EZB in Umlauf gebrachte Geld letztlich als Mittel, um über reine Tausch- und Bartering-Aktivitäten hinausgehende Tauschvorgänge ohne zentrale Buchhaltung zu ermöglichen, so liegt die Qualität des von der EZB geschöpften Geldes gerade in der Ermöglichung von Nicht-Tauschring-Aktivitäten. Im Vergleich dazu ist eine FIAT-GG-Schöpfung durch die GB praktisch nur in dem Maße möglich, wie damit Tauschvorgänge in der Qualität eines Tauschrings vollzogen werden (Fall 4) – für alle davon abweichenden Geschäfte werden ZBG, Bargeld oder auf dieser Geldbasis entstandene Guthaben benötigt (Fälle 2 und 3) oder die FIAT-GG-

Schöpfung der Bank hat nur bankinterne Gültigkeit (Fall 1).

- Insofern könnte man sagen, dass es
- a) tatsächlich eine GG-Schöpfung der GB aus dem Nichts gibt (allerdings in beschränktem Umfang – derzeit insbesondere durch die mangelnde Verschuldungswilligkeit der Kunden bedingt) und
 - b) diese Geldschöpfung gleichzeitig von anderer Qualität ist als das von der EZB geschöpfte Geld und im Gegensatz zu diesem entweder die Qualität von zinspflichtigen Tauschring-Buchungs-Krediten oder nur bankinternem gültigem Geld besitzt.
 - c) Insofern ist durch GB aus dem Nichts geschöpftes GG am ehesten dem ZBG vergleichbar, das GB zum Ausgleich nicht gleichwertiger Tauschvorgänge aufnehmen müssen. Auch hier gilt jedoch, dass das ZBG eben Tauschvorgänge ermöglicht, die in einem Tauschring sonst nicht möglich wären, was dem ZBG wie derum eine andere Qualität verleiht als dem durch GB geschöpften GG.

2 Zum Risiko der GG-Schöpfung durch Geschäftsbanken

Die Tatsache der GG-Schöpfung durch GB betrachte ich als ähnlichen Quantensprung wie die mehrfache Ausgabe von Quittungen über Goldbestände durch die Goldschmiede, was bis dahin als undenkbar galt. Dass GB Kredite vergeben, ohne dass diese aus vorherigen Spareinlagen stammen, erhöht neben der wirtschaftlichen Dynamik natürlich auch das Insolvenz-Risiko der GB wie des ganzen Systems.

Wie jeder diesbezüglich zunächst undenkbare, dann doch gewagte und mit der Zeit dann von vielen Beteiligten als normal angesehene Kunstgriff des Menschen in Bezug auf die Geldvermehrung nähern wir uns mit diesem Schritt einmal mehr dem Zauberlehrling von Goethe und senken absehbar die Schwelle zur Einleitung einer nicht mehr kontrollierbaren Banken- und Wirtschaftskrise. Meiner Ansicht nach kommt es bei solchen – bisherige Denkmuster und Wahrheiten überschreitenden – Neuerungen wesentlich darauf an, dass alle Wirtschaftsankurbelung über

zusätzliches FIAT-Geld und zusätzliche FIAT-Kredite stets auch mögliche Vertrauenskrisen in den Blick nehmen muss.

3 Zur zunehmenden Substitution von Bargeld durch Giralgeld

Durch den stetigen Rückgang des Anteils der Barzahlungen zugunsten der Ausweitung des Giralgeldverkehrs verschiebt sich der Einfluss auf die nachfragewirksame Geldmenge in jedem Fall bereits zunehmend von der EZB hin zu den GB – ob mit oder ohne Betrachtung einer GG-Schöpfung durch die GB. Aus diesem Grunde wird die EZB zur Wahrung ihrer geldpolitischen Gestaltungsmacht nicht umhin können, über kurz oder lang auch die unbeschränkte Zuständigkeit für das Giralgeld zu übernehmen – was durch Joseph Hubers konsequentes Konzept des „Vollgeldes“⁷ oder auch durch einen Mindestreserve-satz von 100 % auf Giralgeldkonten realisiert werden könnte.

Dieser Schritt zu einem „Vollgeld“, den übrigens auch Helmut Creutz schon in seinem Buch „Das Geldsyndrom“ vorgeschlagen hat⁸, würde natürlich auch die aus der bisherigen Zwitterrolle des Giralgeldes resultierenden Unklarheiten bezüglich der Geldschöpfung vollständig und eindeutig klären und damit auch das aus der GG-Schöpfung der GB resultierende zusätzliche Insolvenzrisiko vermindern.

4 Zur Bedeutung der Geldschöpfung in der Entwicklungspolitik

Thomas Betz und andere Autoren sprechen davon, dass ausgehend von der de facto stattfindenden GG-Schöpfung durch GB die Zeit gekommen sei, das bisherige Tauschparadigma zu überwinden, insb. auch im Interesse der Entwicklung vieler Entwicklungsländer.⁹

Wie oben dargelegt, sehe ich die GG-Schöpfung der GB gerade als Ausweis des Tauschparadigmas – d.h. diese Geldschöpfung geschieht aus meiner Sicht gerade in Form der Kredit-schöpfung bei Tausch- und Barteringen.

Auch für Entwicklungsländer kann meiner Ansicht nach das Tauschparadigma nicht so einfach

aufgegeben werden. Deren Verschuldung hängt ja auch wesentlich davon ab, dass in diesen Ländern erheblich mehr Produkte importiert und verbraucht als produziert und exportiert werden, was früher oder später immer zu einer Schiefelage führen muss. D.h. andere Länder werden früher oder später ihren Handel mit solchen Entwicklungsländern einstellen, die auf Dauer weniger anzubieten haben als sie abnehmen – es sei denn, diese Länder seien aus welchen Gründen auch immer sehr kreditwürdig. Diese Kreditwürdigkeit leidet natürlich bisher auch wesentlich durch die Verschuldung, in die diese Länder nicht nur durch eigene Verantwortung geraten sind. Die Kredit- und Zinslasten vieler Entwicklungsländer basieren jedoch zu einem Gutteil auf sog. illegitimen Schulden¹⁰, die Diktatoren in Zeiten des Kalten Krieges von den Industrieländern ohne jegliche Prüfung der Kreditwürdigkeit und oft nur aus unseren Eigeninteressen heraus erhalten haben. Die Rahmenbedingungen für Entwicklung in Afrika (und vielen lateinamerikanischen Staaten) würden sich schon wesentlich verbessern, wenn diese Länder ihre derzeit riesigen Zinslasten (gegenüber uns Industrieländern) nicht mehr mit Exporten bezahlen müssten, die dann zum Ausgleich der Handelsbilanz fehlen. Insofern würde eine internationale Absenkung des allgemeinen Zinsniveaus weltweit erhebliches Wachstumspotenzial freisetzen.

Auch das deutsche Wirtschaftswunder basierte auf einem 50%igen Schuldenerlass seitens der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges¹¹. Abgesehen davon halte ich jedoch die Situation in Afrika nicht für wirklich vergleichbar mit der im Nachkriegs-Deutschland, dessen generelles Wachstumspotential durch hohe Liquidität nachhaltig gefördert werden konnte. Während meiner achtjährigen Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit habe ich viele Länder Afrikas und Lateinamerikas aus eigener Anschauung kennen gelernt. In dieser Zeit habe ich die Geschichte kreditgestützter Unternehmensgründungen in Entwicklungsländern in allen Teilen der Welt sehr genau verfolgt und z.T. auch selbst mit gestaltet.

Mikrokredit-Projekte sind ja in der Tat eine – mittlerweile auch von der Weltbank stark geför-

derte – Erfolgsgeschichte, die für eine mangelnde Geld-Ausstattung vieler Ökonomien spricht. Selbstverständlich ist der weitere Ausbau eines effektiven Bankensystems eine wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung in vielen Teilen der Welt. Und in diesem Zusammenhang könnte und wird eine GG-Schöpfung durch GB sicher auch einen Beitrag leisten. Gleichzeitig gilt, dass sowohl in Entwicklungsländern wie bei uns in Deutschland jegliche öffentliche wie private Geld- (und Kredit-)Schöpfung hinsichtlich ihres wirtschaftlichen Effektes relativ wirkungslos bleibt, wenn sie nicht mit einer ausbalancierten Entwicklung auch anderer Potenzialfaktoren wie z.B. breit gefächerter unternehmerischer Initiative einhergeht. Daran mangelt es z.B. vielen afrikanischen Ländern ganz erheblich – meiner Ansicht nach wesentlich bedingt u.a. durch das dort herrschende Klima; aber natürlich auch bedingt durch viele tief verwurzelte kulturelle Faktoren sowie durch die frustrierende Erfahrung, dass eine wirklich eigenständige und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung afrikanischer Unternehmen und Staaten bisher immer wieder macht- und wirkungsvoll von den westlichen Industriestaaten verhindert worden ist. Insofern bin ich skeptisch, dass heute über Geldschöpfung allein – wie orthodox oder post-tauschparadigmatisch auch immer – die Entwicklung vieler Länder der Erde wesentlich gefördert werden könnte. Eine Ankurbelung der Wirtschaft über zusätzliche Liquidität ist insbesondere dann erfolgreich, wenn die wirtschaftliche Aktivität eines Landes enorm hinter seinem eigentlichen Wachstumspotenzial zurück bleibt, wie das im Nachkriegsdeutschland wesentlich der Fall war.

In den meisten Entwicklungsländern fehlen jedoch auch viele andere Potenzialfaktoren, so dass es nicht allein an Geld, sondern auch an Unternehmergeist, funktionierenden technischen und Verwaltungs-Infrastrukturen, an Bildung sowie insbesondere fairen internationalen Handelsbedingungen und Schuldenerlassen und letztlich einer Absenkung des internationalen Zinsniveaus fehlt. Nur in einem Mix aus all diesen Faktoren kann eine großzügige Geldpolitik eine nachhaltige wachstumsfördernde Wirkung entfalten.

In Deutschland selbst stehen wir meines Erachtens heute eher vor der Herausforderung, eine Wirtschaft mit sinkenden Wachstumsraten zu organisieren denn sie über zusätzliches FIAT-Geld oder FIAT-Kredite zu beleben. Immer mehr Märkte sind bei uns gesättigt – nicht nur Märkte, sondern auch die darin handelnden Menschen und dahinter stehenden menschlichen materiellen Bedürfnisse¹². Und dann ist meines Erachtens der derzeitige Wachstumszwang der Wirtschaft das vordringliche Übel, nicht fehlende Liquidität zur Ermöglichung weiteren Wachstums.

Die Überwindung des Wachstumszwangs durch eine Geldumlaufsicherungsgebühr ist meiner Ansicht nach zumindest für Deutschland die vordringliche Herausforderung (wobei ich aus vielfältigen Gründen anregen möchte, den Begriff Umlaufsicherungsgebühr durch den positiver besetzten Begriff Wirtschaftsförderprämie zu ersetzen). Eine Wirtschaftsförderprämie auf Bar- und Giralgeld würde gleichzeitig den Wachstumszwang als auch die derzeitige Kreditverknappung in unserer Wirtschaft systemisch beantworten und auch den Entwicklungsländern zinsgünstigere Kredite für ihre Entwicklung ermöglichen.

Anmerkungen

- 1 Senf, Bernd: Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken – Mythos oder Realität?, in: Der Tanz um den Gewinn, Lütjenburg 2004, S. 88 ff. (besprochen von Thomas Betz in der ZfSO 143. Folge/Dez. 2004)
- 2 Ebenda, S. 100.
- 3 Siehe dazu den Beitrag von Helmut Creutz in diesem Heft.
- 4 Senf, Bernd: Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken – Mythos oder Realität?, in: Der Tanz um den Gewinn, Lütjenb. 2004, S. 98.
- 5 Siehe dazu den Beitrag von Thomas Betz in diesem Heft.
- 6 Senf, Bernd: Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken – Mythos oder Realität?, in: Der Tanz um den Gewinn, Lütjenb. 2004, S. 96.
- 7 Huber, Joseph: Vollgeld – Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung, Berlin 1998, S. 259.
- 8 Creutz, Helmut: Das Geldsyndrom, München 5. Auflage 2001, S. 30 und 407-411.
- 9 Siehe dazu den Beitrag von Thomas Betz in diesem Heft.
- 10 Vgl. Patricia Adams: Odious Debts, 1991; Handbuch Illegitime Schulden (im Büro von www.ertassjahr.de erhältlich). Die kanadische Organisation Probe International hat eine umfangreiche und stets aktualisierte Website zum Thema Illegitime Schulden eingerichtet: www.odiousdebts.org
- 11 Vgl. das Gemeinsame Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz: Internationale Verschuldung – eine ethische Herausforderung, 1998.
- 12 Immaterielle Bedürfnisse – ein potentiell unendlicher Wachstumsmarkt - lassen sich meiner Überzeugung nach letztlich nicht wirklich über Märkte befriedigen, sondern erfordern kooperative Strukturen.

Dirk Lühr:

Zur Umlaufsicherung von Buchgeld

Eine kurze Kritik an entsprechenden Vorschlägen

In letzter Zeit gewinnt innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung die Einsicht an Gewicht, dass für die Störungen des Wirtschaftskreislaufes weniger die Bargeld- als vielmehr die Buchgeldaggregate verantwortlich sind. Dies wurde auch in den Diskussionen anlässlich der 36. Mündener Gespräche (16./17. April 2005) insbesondere in den Beiträgen von Thomas Huth und Jörg Gude deutlich. Nun wird – das kam im Vortrag von Huth gut zum Ausdruck – die Vorsichts- und die Spekulationskasse vornehmlich¹ durch Buchgeld gespeist. Demnach sind es auch v.a. die buchgeldinduzierten Aufstockungen der Vorsichts- und Spekulationskasse, welche zumindest die konjunkturellen Abwärtsbewegungen bewirken.² Hierbei geht es um gewaltige Summen, die entweder (mit entsprechenden Multiplikatorwirkungen) investiert werden oder eben nicht. Weit weniger gefährlich – i.S.v. konjunkturschädlich – ist hingegen die sprichwörtliche Oma, die sich auf dem 100-Euro-Schein unter ihrer Matratze von der Aufregung über die möglicherweise bevorstehenden Rentenkürzungen ausruht. Es ist zu begrüßen, dass diese Erkenntnis die Freiwirtschaftsbewegung mittlerweile durchdringt. Was also tun? Die „Bargeldfraktion“ antwortet mit einem klaren „Nichts!“. Die „Umlaufsicherung“ der Bargeldbestände schlage schon auf die Buchgeldbestände durch. Dies ist zwar dem Grunde nach richtig, allerdings ist dieser Effekt der Höhe nach viel zu gering, um die erwünschten Wirkungen zu entfalten. Jenetzky und ich haben dies in unserer „Neutralen Liquidität“ durch Beispielrechnungen belegt.³ Die „Buchgeldfraktion“ antwortet auf die Frage, auf welche Weise die Einbeziehung des Buchgeldes in die Umlaufsicherung erfolgen soll: Mit Hilfe der EDV-Technologie sei heutzutage eine Belastung der diversen Buchgeldformen technisch leicht möglich.

M.E. ist die Einbeziehung des Buchgeldes in die Umlaufsicherung auf diese Weise jedoch keinesfalls so unproblematisch, wie behauptet wird:

- Die erste Verwirrung stellt sich schon bei der Frage ein, was denn überhaupt alles belastet werden soll, wo also die Grenze zwischen „Geld“ und „nicht-geldlichen“ Anlageformen zu ziehen ist. Werden z.B. bestimmte Geldmarktpapiere einbezogen? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
- Die zweite Problematik ist angesichts der Vielzahl von Anlageformen (diverse Girokonten-, Termin- und Sparkontenmodelle mit verschiedenen Laufzeiten und Kündigungsfristen; diverse Sparbriefmodelle, Depositenzertifikate etc.) die Frage, welche Anlageform mit welchem Satz belastet werden soll: Dies betrifft sowohl die einzelne Geldanlageform wie auch die Struktur, also die Relation der verschiedenen Belastungen zueinander.

Zufrieden stellende Antworten auf diese Fragen existieren bislang nicht.

Nun frisst bekanntlich der Teufel in der Not Fliegen; und in der Wüste greift – mangels derartig eiweißhaltiger Nahrung – der einsame Rufer gerne auf die akademische Unsitte des „Sichselbst-Zitierens“ zurück: Ich möchte daher noch einmal auf einen Vorschlag von Jenetzky und mir aus dem Jahr 1996 aufmerksam machen.⁴ Dieser blieb damals – auch im freiwirtschaftlichen Spektrum – fast ohne Resonanz (weder positiv noch negativ). Vermutlich starnte das freiwirtschaftliche Kaninchen auf die sprichwörtliche „Schlange“ Bargeld und vergaß darüber den schmackhaften Salat. Unsere gesamte Argumentation kann hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben werden; der interessierte Leser sei auf das Buch verwiesen.

Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass unter „Geld“ zweckmäßigerweise all das subsumiert werden sollte, was mit „Bargeld“ unterlegt ist (ich benutzte bewusst – anders als im Buch – den untechnischen Ausdruck „Bargeld“).⁵ Neben dem „Bargeld“ selbst sind dies Girokonten, Termineinlagen, Spareinlagen. Je liquider die Einlageform (z.B. Girokonten), umso höher die er-

forderliche Barreserve⁶ der Geschäftsbanken, die vorgehalten werden muss. Diese haben ja schließlich mit dem (bei Girokonten: täglichen) Abzug der betreffenden Einlagen zu rechnen und müssen trotzdem ihre subjektive Zahlungsfähigkeit sicherstellen. Dabei geht man aber von der Erfahrung aus, dass ein gewisser „Bodensatz“ an Einlagen stehengelassen wird, so dass die „Barreserve“ nur einen Bruchteil des Einlagenbestandes betragen muss. Je liquider das Geldaggregat, umso weniger „Rohstoff“ Bargeld können die Geschäftsbanken für den Kreditvergabeprozess zur Verfügung stellen. Langfristige Einlagen hingegen erfordern nur eine geringe Barreservehaltung der Geschäftsbanken; die betreffenden Einlagen können daher (unter weitgehendem Verzicht auf Fristentransformationsrisiken) langfristig verliehen werden.

Anlagen wie Bundesanleihen, Aktien etc. erfordern überhaupt keine Barreservehaltung der Geschäftsbanken; sie sind insoweit vom „Rohstoff“ des Kreditvergabeprozesses, dem „Bargeld“ entkoppelt. Über derartige Anlageformen braucht man sich keine weiteren Gedanken machen. Ebenso wenig muss man sich in dem vorgestellten Konzept den Kopf darüber zerbrechen, ob Finanzinnovationen in die Steuerung einzubeziehen sind oder nicht: Es reicht vollkommen aus, über die „Barreserve“ der Geschäftsbanken alle Anlageformen zu erfassen, die Liquidität in Form von „Bargeld“ bei den Geschäftsbanken binden.

Ausgehend von der obigen Gelddefinition, die den Konnex zum „Bargeld“ zum Gegenstand hat, lautete eine weitere Überlegung: Die soziale Schädlichkeit einer Einlageform (Buchgeldform) steigt mit der gebundenen (also dem Wirtschaftskreislauf entzogenen) Menge von „Bargeld“ an (in Gestalt der Barreservehaltung der Banken). Die Barreserven stehen dem Wirtschaftskreislauf nicht als „Rohstoff“ für den Kreditvergabeprozess und auch nicht zu Nachfragezwecken zur Verfügung. Girokonten sind demnach eine schädliche Sparform; sie sollten nur so gering wie möglich zu Transaktionszwecken (Transaktionskasse) gehalten werden. Schädlich sind ebenfalls Terminkonten, in der sich die Aufstockung der Spekulationskasse zu einem großen Teil niederschlägt.

In unserem Buch haben wir gezeigt, dass ein neutrales Geld die Neutralisierung der Liquiditätsprämie für jede einzelne Einlageform erfordert. Wie hoch ist aber die jeweilige Liquiditätsprämie für Girokonten, Termineinlagen diverser Fristigkeit, Sparbriefen verschiedener Ausgestaltung, Sparbüchern etc.? Wie lässt sich die jeweilige Liquiditätsprämie messen? Wie erfolgt die Anpassung, wenn sich die diversen Liquiditätsprämien in Höhe und Struktur (Relation der Liquiditätsprämien der verschiedenen Einlageformen zueinander) durch exogene oder endogene Schocks verändern? Angesichts der Tatsache, dass die möglichen Belastungssätze für jede einzelnen Anlage ein Kontinuum bilden, ergibt sich mathematisch eine unendliche Anzahl denkbarer Belastungshöhen – und auch Belastungsstrukturen. Die Wahrscheinlichkeit, im Lotto „sechs Richtige mit Zusatzzahl“ zu gewinnen, ist demnach weitaus größer als die Wahrscheinlichkeit, die Neutralisierung der Liquiditätsprämien durch administrierte Belastungssätze in Höhe und Struktur richtig zu treffen. Kann ein derartiger, unausgeglichener Vorschlag wirklich nicht guten Gewissens propagiert werden?

Wir plädierten daher für eine andere, sehr einfache, allokativ effiziente wie effektive Lösung: Die Belegung der Barreservehaltung der Geschäftsbanken mit einer Abgabe.⁷ Dies kann undifferenziert über einen pauschalen Satz für die gesamte Barreservehaltung (als Bemessungsgrundlage) geschehen.⁸ Vorausgesetzt, der Wettbewerbsmechanismus funktioniert, werden die Geschäftsbanken die Abgabe verursachungsgerecht abwälzen: Den größten Teil der Abgabe verursachen die Halter der Girokonten. Diese bekommen demnach den höchsten Belastungssatz (Überwälzung der Steuer) zu spüren. Konsequenterweise werden sie ihre Kassenhaltung bis auf die unbedingt notwendige Transaktionskasse abbauen bzw. die Transaktionskasse schneller umschlagen. Ebenfalls, wengleich nicht ganz so stark belastet werden die Gläubiger von Termingeldern.

Die verursachungsgerechte Überwälzung der Abgabe auf die Barreserve auf die Einleger hat zur Folge, dass diese ihr disponibles Geld verstärkt von den hochliquiden Geldaggregaten auf

die weniger liquiden (und vorübergehend noch höher verzinslichen) Aggregate umschichten (zu portfolioorientierten Beispielen s. Kap. 3.1. des Buches). Die Umschichtungsvorgänge wiederum führen zu einer Erhöhung der Zinsen (die es in der ersten Phase nach Einführung noch gibt) am kurzen Ende. Idealerweise ergibt sich (nach Anpassungsprozessen) bei richtiger Belastung eine vollkommen horizontale Zinsstrukturkurve, d.h. kurzfristige Einlagen werfen (bei höherer Belastung mit der überwälzten Steuer) denselben Zinsertrag wie langfristige Einlagen ab.

Wir haben ebenfalls gezeigt, dass sich die Zentralbank bei der Dosierung der Abgabe einfach an der Zinsstrukturkurve orientieren kann: Ist sie – wie normalerweise heute – steigend, ist der Abgabensatz zu gering, ist sie fallend, wurde der Abgabensatz zu hoch. Anzustreben ist eine horizontale Zinsstrukturkurve, also ein Einheitszinssatz für verschiedene Fristigkeiten (wie ihn neoklassische Modelle in ihrer üblichen Verwechslung zwischen „Sein“ und „Sollen“ schon für den status quo oft unterstellen).

Die durch die Reformen zu erwartende Kapitalvermehrung sorgt dafür, dass die horizontale

Zinsstrukturkurve im Laufe der Zeit approximativ gegen Null gedrückt wird.

Sieht man es als notwendig an, das Buchgeld in die „Geldumlaufsicherung“ (neben dem Bargeld) einzubeziehen, erscheint der genannte Vorschlag als gleichermaßen einfach, effizient und effektiv. Es wäre aus meiner Sicht jedenfalls wünschenswert, wenn der Vorschlag – kritisch – diskutiert und nicht einfach ignoriert würde.

Anmerkungen

- 1 Bargeld hat eine gewisse Rolle im Rahmen (steuer-) krimineller Spekulationskassenhaltung.
- 2 Davon muss man strukturelle Nachfragedefizite unterscheiden, die v.a. als Folge einer Einkommensumverteilung von unten nach oben auftreten können. Unter einem solchen strukturellen Nachfragedefizit leidet derzeit Deutschland.
- 3 D. Lühr, J. Jenetzky, Neutrale Liquidität, Frankfurt u.a. 1996, S. 99.
- 4 D. Lühr, J. Jenetzky, ebenda, S. 112 ff.
- 5 Die Frage, was „Geld“ ist, kann nur nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten beantwortet werden; es geht um eine Definition. Die Verbindung zum „Bargeld“ ist möglicherweise eine vermittelnde Ansicht zwischen den „Buchgeld-“ und den „Bargeldanhängern“ innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung.
- 6 Abgesehen von der Mindestreserve der Geschäftsbanken, für deren Abschaffung wir damals plädiert haben.
- 7 Rechtstechnisch handelt es sich dabei um eine Gebühr, s. D. Lühr, J. Jenetzky, Neutrale Liquidität, a.a.O., S. 145 ff.
- 8 D. Lühr, J. Jenetzky, ebenda, S. 113 f.- Der Satz ist relativ hoch: Zwischen 30% und 50% liegen im Bereich des Erforderlichen.

Geldbasiskonzept und Liquiditätskonzept

„Es ist beabsichtigt, innerhalb der Anhängerschaft der Freiwirtschaft einen Klärungsprozess herbeizuführen. Konkret geht es dabei zunächst um den – übrigens auch in der Schulwissenschaft noch nicht ausgetragenen – Streit um die ‚richtige‘ Gelddefinition. ... Das ‚Geldbasiskonzept‘ fasst die Gelddefinition sehr eng und bezieht sie nur auf das gesetzliche Zahlungsmittel; das ‚Liquiditätskonzept‘ geht zusätzlich von der Relevanz von Buchgeldaggregaten aus und das als Orientierungsgröße gewählte Geldmengenaggregat ist breiter. ...

Beide Varianten können auf den gewünschten Endzustand eines Nullzins bei konsequent neutralisierter Liquidität zuführen. Die geschilderten Vorzüge des Liquiditätskonzeptes machen dieses allerdings vorzuzugswürdig. ...

Die konsequente Neutralisierung der Liquidität ist eine notwendige wirtschaftspolitische Konsequenz aus der keynesschen Zinstheorie. Sie baut die Brücke zwischen der keynesschen Kritik und der neoklassischen Modellwelt. ... Wir erwarten keineswegs, dass sich die Wissenschaft der hier vorgestellten Theorie anschließt (von der Politik ganz zu schweigen!). Den Zweck dieser Schrift betrachten wir vielmehr schon als erreicht, wenn wenigstens der Diskussionsbedarf erkannt worden ist.“

Prof. Dr. Dirk Lühr und Prof. Dr. Johannes Jenetzky, Neutrale Liquidität – Zur Theorie und praktischen Umsetzung. Frankfurt: Peter Lang Verlag, 1996, S. 20-21 und 187-189.

Christopher Mensching:

Umlaufsicherung und Geldsystem – Zur Notwendigkeit einer doppelten Geldreform

I. Einleitung

Gegenstand der nachfolgenden Überlegungen ist die provokante Frage, ob sich unser heutiges Geldsystem überhaupt für eine Umsetzung der Gesellschen Geldreformpläne eignet – sprich: ob man diesem System ohne weiteres (*ceteris paribus*) eine Umlaufsicherung „aufpfropfen“ könnte, um die von der Geldreformbewegung gemeinhin thematisierten Schwächen unserer derzeitigen Geldordnung (insbesondere Wachstums- und Verschuldungszwang, Umverteilung von Arm zu Reich) zu beseitigen. Falls dies nämlich nicht der Fall sein sollte, müsste es sich die Freiwirtschaftsbewegung auf die Fahnen schreiben, zunächst ein für die Einführung einer Umlaufsicherung geeignetes Geldsystem zu schaffen, anstatt realitätsblind ein viel versprechendes Reformkonzept auf eine mit der Theorie nicht übereinstimmende Wirklichkeit anzuwenden.

Um dieser Frage näher nachgehen zu können, sollen nachfolgend zunächst – holzschnittartig – Wesen und Eigenschaften unseres heutigen Geldsystems skizziert werden.

II. Wesen und spezifische Eigenschaften des heutigen Geldsystems¹

1. Allgemeines

Rolf Gocht, ehemaliges Mitglied im Direktorium der deutschen Bundesbank, hat die wesentlichsten Charakterzüge unseres derzeitigen² Geldsystems treffend auf den Punkt gebracht: „Unsere nationale Geldordnung: Das ist die Fähigkeit der Geschäftsbanken, Geld zu machen; das ist die Notenbank als Liquiditätsquelle der Geschäftsbanken; das ist die Tatsache, dass Geld – von dem geringen Betrag an Münzen und dem Umtausch fremden Geldes in das eigene abgesehen – ganz überwiegend aus Anlass und im Wege des Kreditgeschäfts einer Bank entsteht und mit der

Tilgung des Kredits wieder verschwindet; das ist schließlich das weitgehende Ermessen der Notenbank in ihrer Geld- und Kreditpolitik.“³

Gochts Ausführungen fußen auf geld- und kredittheoretischen Erkenntnissen, die sich (erst) in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts durchzusetzen begannen und deren Kernaussage darin besteht, dass in der modernen Geld- und Kreditwirtschaft die Vergabe von Bankkrediten nicht voraussetzt, dass der Bank zuvor von dritter Seite Geld zur Verfügung gestellt worden ist, sondern dass Bankkredite durch Schaffung von Bankguthaben entstehen, die zu Zahlungen⁴ benutzt werden können (Giralgeld).⁵ Guthaben und Kredit entstehen somit gleichsam aus dem Nichts und, wenn man so will, durch eine Art Taschenspielertrick, dessen ganzes Geheimnis in einem simplen Buchungssatz liegt: „Kreditkonto an Girokonto“. Damit ist es nicht das Passivgeschäft der Banken, insbesondere das Depositengeschäft, dem ein Primat vor dem Aktivgeschäft zukommt, sondern umgekehrt: Das Passivgeschäft der Banken ist nichts anderes als ein Reflex vorangegangener Kreditgewährung.⁶

Wenn die Geschäftsbanken tatsächlich die Fähigkeit zur Geldschöpfung haben, stellt sich natürlich die Frage, warum die Banken überhaupt um Kunden und Einlagen werben, wenn sie sich das erforderliche Geld doch selbst schöpfen können.⁷ Die Antwort ist einfach: Eine Bank, die Kredite in größerem Umfang als die übrigen herauslegt, wird feststellen, dass sie von ihren Kreditnehmern summenmäßig mehr Überweisungsaufträge zugunsten von Konten bei anderen Banken erhält und dass ihr von anderen Banken mehr Schecks zur Einlösung präsentiert werden, als ihr selbst von den anderen Banken zufließt.⁸ Da diese Differenz nicht in Geschäftsbankengeld, sondern in Zentralbankgeld⁹ – also einem Geld höherer Ordnung, welches die Geschäftsbank nicht autonom schöpfen kann – auszugleichen

ist, droht eine Bank, die ihre Kreditvergabe nicht alsbald wieder restriktiver handhabt, rasch illiquide zu werden.¹⁰

Da die in unserem heutigen Geldsystem vorhandene Geldmenge somit in erheblichem Maße durch systeminterne Vorgänge, nämlich das Volumen der von den Geschäftsbanken herausgegebenen Kredite, beeinflusst wird, handelt es sich bei dieser folglich nicht um eine von außen gesetzte Größe. Unser heutiges Geldsystem soll daher nachfolgend als endogenes Geldsystem bezeichnet werden – im Gegensatz zu exogenen Geldsystemen, bei denen die vorhandene Geldmenge durch äußere Faktoren vorgegeben wird. Paradebeispiel für ein exogenes Geldsystem ist die Goldwährung, bei der die Geldmenge von der vorhandenen Goldmenge determiniert wird. Weiteres Beispiel für ein exogenes Geldsystem ist das unlängst von Joseph Huber propagierte Vollgeld-Konzept, welches u.a. darauf abzielt, die Sichtguthabenschaffung der Geschäftsbanken durch Umwandlung der Girokonten in Vollgeldkonten zu unterbinden und das staatliche Geldregal vollumfänglich wiederherzustellen.¹¹

Zwischen exogenen und endogenen Geldsystemen bestehen einige gravierende Unterschiede, welche leider viel zu wenig thematisiert werden. Insbesondere weisen endogene Geldsysteme, wie nachfolgend kurz dargestellt werden soll, mehrere bemerkenswerte – und folgenschwere – Eigenschaften auf, die exogenen Geldsystemen nicht zukommen. Diese Unterschiede wiegen um so schwerer, als viele ökonomische Modelle und Axiome auf der impliziten Grundannahme eines exogenen Geldes fußen und daher von vornherein nicht dazu geeignet sind, brauchbare wirtschaftspolitische Handlungsanleitungen für die real existierenden, auf endogenen Geldsystemen basierenden modernen Volkswirtschaften zu geben.

2. Spezifische Eigenschaften des heutigen Geldsystems

a) Unstabilität

Der bereits zitierte Gocht kritisiert an unserem derzeitigen Geldsystem insbesondere eine entscheidende Schwäche: Seine Unstabilität. Wie Gocht ausführlich darstellt, „liegt die Ursache

der unserer Geldordnung innewohnenden Unstabilität in der Entstehung von Geld und seiner Vernichtung durch einen Bankkredit und dessen Tilgung. Das Kreditbegehren von Unternehmen – der größten Gruppe von Bankkunden –, aber auch das des Staates¹², ist aus mancherlei Ursachen Schwankungen unterworfen.“¹³

Sofern nur ein bestimmtes Ereignis eine genügend große Zahl von Unternehmern dahingehend beeinflusst, ihre Produktion ausweiten oder einschränken zu wollen, wird ein kumulativer Prozess in Gang gesetzt, der zu einer Ausweitung bzw. Schrumpfung der Nachfrage auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten führt und den Anstoß zu einer inflatorischen oder deflatorischen Entwicklung geben kann.¹⁴ Dieses von Gocht treffend als „Kreditgeld“ bezeichnete System verhindert damit – jedenfalls bei ungebremster, nicht von der Notenbank manipulierter Entwicklung –, dass die Marktwirtschaft zu einem natürlichen gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht tendiert.¹⁵ Die Vorstellung der klassischen und neoklassischen Schule, wonach Geld ein bloßer Schleier über der Realwirtschaft sei, es also keine Wechselwirkung zwischen beiden Sphären gäbe, liegt damit weit jenseits der Realität des Kreditgeldes; auf der impliziten Grundannahme eines exogenen Geldsystems fußend, konnte sie nur zu einer Zeit entstehen, in der die bahnbrechenden Erkenntnisse der modernen Geld- und Kredittheorie noch nicht ins Bewusstsein einer breiten Fachwelt gedrungen waren.

b) Umverteilung durch „erzwungenes Sparen“

Darüber hinaus kritisiert Gocht das mit dem Kreditgeld verbundene Phänomen des „erzwungenen Sparens“. Hintergrund dieses Phänomens ist die Tatsache, dass in unserem (endogenen) Geldsystem die Höhe der Investitionen nicht (!) von den Einkommensempfängern und deren freiwilligem Sparen bestimmt wird, sondern vielmehr durch die Investitionsentscheidungen der Unternehmer. Was die Haushalte nicht an freiwilliger Ersparnis dazu beitragen, wird ihnen durch erzwungenes Sparen entzogen; diese Beträge fließen den Unternehmern als Gewinne zu.¹⁶

Der Mechanismus des „erzwungenen Sparens“ ist sehr kompliziert und kann hier nur grob vereinfacht dargestellt werden: Ausgangspunkt ist eine Situation, in der in einer Volkswirtschaft der Gesamtumfang der verauslagten Bankkredite ausgedehnt wird, ohne dass dieser Kreditausdehnung eine entsprechende (freiwillige) Ersparnis gegenübersteht.¹⁷ Durch diese Kreditausdehnung kommt neu geschöpftes Geld in den Wirtschaftskreislauf („Kreditschöpfung“), mit dem die Unternehmen ihre Arbeitnehmer bezahlen. Da die Unternehmen in erheblichem Umfang Investitionsgüter produzieren, welche erst zu einem späteren Zeitpunkt neue Konsumgüter auf den Markt werfen, die Arbeitnehmer mit dem ihnen als Lohn ausgezahlten Geld jedoch schon heute Nachfrage halten, trifft die im Wege der Kreditschöpfung vergrößerte Lohnsumme auf eine noch nicht oder nur unwesentlich vermehrte Menge von Konsumgütern. Hierdurch werden die Preise dieser Güter emporgetrieben, mit der Folge, dass die Lohn- und Gehaltsempfänger – obwohl sie in ihrer Gesamtheit mehr Geld verdienen – nicht mehr kaufen (oder sparen) können. Dies ändert sich erst dann, wenn die mit den neu hergestellten Investitionsgütern geschaffenen Produktionsanlagen zu produzieren beginnen und damit der Ausstoß an Erzeugnissen, die der Arbeitnehmer kaufen kann und kaufen will, dem gestiegenen Masseneinkommen wieder nachkommt.¹⁸

Der Umstand, dass das durch Kreditschöpfung gestiegene Masseneinkommen der vermehrten Produktion vorausseilt und auf diese Weise die Preise in die Höhe treibt, führt dazu, dass das neu geschaffene Geld über die erhöhten Preise zu den Unternehmern zurückfließt. Die Unternehmer wiederum können mit diesem Geld die bei den Banken aufgenommenen Kredite zurückzahlen, während die neu geschaffenen Produktionsanlagen bei ihnen verbleiben. Im Ergebnis führt dies dazu, dass sie diese Anlagen sozusagen gratis erhalten.¹⁹ Das durch die Investitionen neu geschaffene Vermögen fällt also nicht denjenigen zu, die das – unfreiwillige – Konsumopfer erbracht haben, sondern den Investoren, ein Umstand, der nicht nur unter Verteilungsgesichtspunkten fragwürdig ist, sondern auch der reinen klassischen und neoklassischen Lehre widerspricht.²⁰

c) Fähigkeit zur Unterstützung schneller wirtschaftlicher Expansion

Neben den soeben skizzierten Schwächen des endogenen (Kredit-)Geldes soll dessen eigentliche – und wohl auch einzige – Stärke nicht unerwähnt bleiben: seine Fähigkeit zur Unterstützung schneller wirtschaftlicher Expansion.²¹ Gocht veranschaulicht dies wie folgt: „Weder die Industrialisierung im neunzehnten Jahrhundert noch der Wieder- und Neuaufbau des Industriepotenzials in der Bundesrepublik nach dem Kriege hätten in der kurzen Zeit von wenigen Jahrzehnten und Jahren vor sich gehen können, wenn für die Erstellung der industriellen Anlagen, der Verkehrseinrichtungen, der sonstigen Infrastruktur und der Wohnungen nur die freiwillige Ersparnis der privaten und öffentlichen Haushalte aus laufenden Einkommen zur Verfügung gestanden hätte.“²²

In beiden Epochen vollzog sich der gewaltige güterwirtschaftliche Sparprozess in seinem finanziell-monetären Aspekt in anderen Formen als nach dem klassischen Modell vom Sparen, da es in einem endogenen Kreditgeldsystem zur Finanzierung der Investitionen nicht mehr des gleichzeitigen freiwilligen Sparens bedarf.²³ Ermöglicht wurde dies durch die schnell sich ausbreitende Kreditgeld-Ordnung, in der sich Kredit qualitativ von der bloßen leihweisen Übertragung von Geld aus einer Hand in die andere zu einem Verfahren der Geldschöpfung in bisher unbekannter Größenordnung verwandelte.²⁴

3. Fazit

Während sich die unerwünschten Folgen des erzwungenen Sparens prinzipiell durch staatlich administrierte Umverteilungsmaßnahmen beseitigen oder zumindest abschwächen lassen, stellt insbesondere die dem heutigen Geldsystem innewohnende Unstabilität Staat und Gesellschaft vor erhebliche Probleme. Die nach dem Krieg in mehreren Jahrzehnten gewachsene Gewissheit, den Wirtschaftsprozess durch Notenbank und Konjunkturpolitik steuern zu können, gehört in Anbetracht ständig steigender Arbeitslosenzahlen schon seit vielen Jahren der Vergangenheit an. Es wäre daher absolut wünschenswert, wenn

es gelänge, das vom Kreditgeld ausgehende Störpotential durch eine strukturelle Reform des Geldwesens von vornherein auszuschalten. Hinzu kommt, dass in einer alternden Volkswirtschaft mit zunehmend gesättigten Märkten – auch vor dem Hintergrund der ökologischen Grenzen des Wachstums – prinzipiell keine Notwendigkeit mehr zu schneller wirtschaftlicher Expansion besteht. Auch ist kein Grund ersichtlich, der den Sondervorteil rechtfertigen könnte, welcher den Geschäftsbanken aus ihrer Fähigkeit zur Geldschöpfung erwächst. Gocht und in seinem Gefolge Huber („Vollgeld“) ist daher beizupflichten, dass es an der Zeit ist, der „überlebten Tradition“²⁵ des endogenen Kreditgeldes den Rücken zu kehren und die Geldordnung – durch Schaffung eines exogenen Geldsystems – grundlegend zu reformieren.

III. Umlaufsicherung und Geldsystem

Aus der Perspektive der Geldreformbewegung verdienen jedoch nicht nur die spezifischen Eigenschaften endogener Geldsysteme stärkere Beachtung. Vielmehr bedarf auch und gerade die Frage, welche Auswirkungen die Einführung einer Umlaufsicherung à la Gesell in den beiden verschiedenartigen Geldsystemen hätte, einer intensiven Diskussion.

1. Theoriegeschichtlicher Entstehungszusammenhang der Freigeldtheorie

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Gesellsche Freigeldtheorie die Frucht einer langjährigen kritischen Auseinandersetzung mit der damaligen Goldwährung darstellt und zu einer Zeit entstanden ist, in der sich die bahnbrechenden Erkenntnisse der modernen Geld- und Kredittheorie noch nicht durchgesetzt hatten. Gesell hatte bei der Ausarbeitung und Konzeptionierung seiner Ideen folglich nicht das heutige endogene Kreditgeldsystem, sondern die – exogene – Goldwährung vor Augen, deren offenkundige Mängel er beseitigen wollte. Die Entstehungsgeschichte der Freigeldtheorie spricht daher dafür, dass die Gesellsche Umlaufsicherung eigentlich auf ein exogenes Geldsystem zugeschnitten ist. Hierfür spricht auch, dass die Kernpunkte von Gochts und Hubers Reform-

konzepten, die ja beide auf die Schaffung eines exogenen Geldsystems abzielen, den Gesellschen Forderungen – wenn man einmal von der fehlenden Umlaufsicherung absieht – in wesentlichen Punkten ähneln. Denn nach den Vorstellungen Hubers²⁶ und Gochts²⁷

- soll Geld künftig das Geschöpf einer Währungsbehörde und nicht einer Bank sein;
- soll diese Währungsbehörde alleinige Inhaberin des Geldregals – auch des heutigen Münzregals des Staates – sein;
- soll Geld – und dies heißt heutzutage in erster Linie Buchgeld – seine Entstehung nicht einem Bankgeschäft im Stile der Kreditvergabe verdanken, sondern im Stile der heutigen Münzgeldschöpfung produziert werden, und zwar nach Maßgabe einer sorgfältig fest gelegten Mengenregel;
- soll das auf diese Art geschaffene Geld in konstanter Menge in der Volkswirtschaft umlaufen und, einmal geschaffen, auf unbestimmte Zeit existent bleiben;
- sollen Banken aller Geschäftszweige (Hypothekenbanken, Sparkassen, Kreditbanken) bloße Kreditvermittler sein, die – anders als im heutigen System (!) – nur Geld ausleihen können, das sie vorher aus dem Verkauf von Schuldverschreibungen, aus Spar- oder Termineinlagen erhalten oder anderweitig als Kreditnehmer aufgenommen haben.

Diese Forderungen weisen erstaunliche Parallelen zu dem von Gesell propagierten Reichswährungsamt²⁸ auf. Geldschöpfung durch Geschäftsbanken und Buchgeld waren für Gesell seinerzeit zwar noch kein Thema. Gleichwohl hatte er definitiv ein Geld vor Augen, das ausschließlich vom Reichswährungsamt emittiert werden und dessen Menge ausschließlich von dieser Währungsbehörde reguliert werden sollte. Er hat also dem von ihm kritisierten exogenen System der Goldwährung lediglich ein anderes, nämlich ein reformiertes exogenes Geldsystem, das Freigeld, gegenüberstellt, welches die Defizite der Goldwährung eliminieren sollte.

2. Umlaufgesichertes Kreditgeld versus umlaufgesichertes Vollgeld

Die Frage, ob man dem heutigen, aufgrund

seiner Schwächen eigentlich ohnehin überlebten endogenen Kreditgeldsystem so einfach eine – auf ein exogenes Geldsystem zugeschnittene – Umlaufsicherung „aufpfropfen“ könnte, lässt sich am besten beantworten, wenn man die Auswirkungen, die eine Umlaufsicherung in den beiden verschiedenen Geldsystemen hätte, anhand verschiedener Szenarien durchspielt. Dies soll nachfolgend geschehen, wobei dem heutigen endogenen Kreditgeldsystem exemplarisch das exogene Vollgeldkonzept von Huber gegenübergestellt wird.

Szenario 1: Umlaufsicherung nur für Bargeld ...

a) ... im heutigen Kreditgeldsystem

Bei einer Belastung nur des Bargelds (Banknoten und Münzen) mit einer Umlaufsicherungsgebühr wäre in unserem heutigen Kreditgeldsystem zu erwarten, dass die Wirtschaftssubjekte versuchen würden, ihre Bargeldhaltung auf Null zu reduzieren und vollständig auf bargeldlosen Verkehr umzusteigen. Da dies in Zeiten von Online-Banking und Geldkarte auch ohne größere Schwierigkeiten problemlos möglich wäre, würde die Umlaufsicherung damit nahezu vollständig verpuffen.

Die Befürworter einer Umlaufsicherung nur des Bargelds halten dieser Überlegung mit Silvio Gesell entgegen, dass sich die mit der Umlaufsicherung verbundene „Schwundrate“ des Bargelds ohne weiteres automatisch auf das Buchgeld übertragen werde, da Giralgeld gewöhnliches Bargeld sei, welches den Banken zur Aufbewahrung übergeben werde.²⁹ Diese Auffassung ist vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der modernen Geld- und Kredittheorie nicht nur unhaltbar; sie verkennt zudem, dass Bargeld heutzutage lediglich eine – relativ kleine – verkörperte Teilmenge der Zentralbankgeldmenge³⁰ darstellt, die prinzipiell sogar völlig entbehrlich ist; die Existenz von Bargeld ist für die Fähigkeit der Geschäftsbanken zur Kredit- und damit zur Geldschöpfung irrelevant.

Im übrigen wäre es inkonsequent, nur das Bargeld (als bloße Teilmenge der Zentralbankgeldmenge) und nicht die gesamte Zentralbank-

geldmenge mit einer Umlaufsicherung zu versehen. Bei einer Belastung der gesamten Zentralbankgeldmenge wäre aber zu befürchten, dass die Geschäftsbanken ihre Guthaben auf ihren Zentralbankkonten möglichst klein halten würden. Hierdurch würden sie aber ihr Kreditschöpfungspotential – zum Schaden der gesamten Wirtschaft – erheblich einschränken, was die Gefahr einer schweren Rezession in sich bergen würde.

b) ... in einem Vollgeldsystem

Eine Flucht aus dem Bargeld ins Giralgeld – und damit die Umgehung der Umlaufsicherungsgebühr – wäre in einem Vollgeldsystem schlicht nicht möglich, da in diesem System sowohl Bargeld als auch Vollgeld-Kontoguthaben „echtes“ Geld – d.h. von einer Währungsbehörde emittiertes Geld erster Ordnung, eben Vollgeld – wären. Eine Umwandlung von Bargeld in Geschäftsbankengeld (d.h. ein Geld zweiter Ordnung) käme nicht mehr in Betracht, da es nur eine einheitliche Geldmenge gäbe, die nur aus Geld erster Ordnung bestünde. Folglich könnte eine Umlaufsicherungsgebühr auch nur einheitlich für die gesamte Vollgeldmenge (d.h. Bargeld und Vollgeld-Kontoguthaben) und nicht nur für Bargeld eingeführt werden.

Szenario 2: Umlaufsicherung für Bargeld und Sichtguthaben ...

a) ... im heutigen Kreditgeldsystem

Wer im heutigen Geldsystem Bargeld mit einer Umlaufsicherungsgebühr belasten würde, müsste dies also unumgänglich auch bezüglich der Sichtguthaben auf den Kontokorrentkonten bei den Geschäftsbanken tun, um ein Verpuffen der Umlaufsicherung zu verhindern. Hiermit wäre es aber noch nicht getan. Denn es darf unterstellt werden, dass die Wirtschaftssubjekte nicht nur ihre Bargeldhaltung, sondern auch ihre Sichtguthaben optimieren würden, um der Umlaufsicherungsgebühr zu entgehen. Konkret bedeutet dies, dass in größerem Umfang Sichtguthaben in Spar- und Termineinlagen umgewandelt werden würden, womit die Umlaufsicherung auch in diesem Falle verpuffen würde.

Wer nun argumentiert, dass mit der Umwandlung der Sichtguthaben in Termin- oder Sparguthaben doch das Ziel der Umlaufsicherung erreicht sei, ist ein Gefangener im Gedankenlabyrinth eines überholten Paradigmas, da er das Wesen des heutigen Kreditgeldsystems verkennt. Die Vergabe von Krediten setzt in unserem heutigen Geldsystem nun einmal nicht voraus, dass der Bank zuvor von dritter Seite Geld zur Verfügung gestellt worden ist. Banken sind also nicht Kreditvermittler, sondern „Kreditmanufakturen“ (MacLeod). Demgemäß handelt es sich bei der Umwandlung von Sichtguthaben in Termin- oder Sparguthaben auch nur um einen reinen Passivtausch in der Bankbilanz! Keinesfalls aber werden die in Termin- oder Spareinlagen umgewandelten Sichtguthaben an einen Kreditnehmer „durchgereicht“, der dieses Geld zu Konsum- oder Investitionszwecken verwendet.

b) ... in einem Vollgeldsystem

In einem Vollgeldsystem könnte die Umlaufsicherung durch Umwandlung eines Vollgeld-Kontoguthabens in eine Spar- oder Termineinlage – anders als im heutigen System – nicht mehr umgangen werden. Denn im Vollgeldsystem würde ein solcher Vorgang nicht zu einem Passivtausch in der Bankbilanz, sondern vielmehr zu einer Bilanzverlängerung führen. Dies deshalb, weil das Vollgeld auf den Geldkonten der Kunden nicht mehr in die Bankbilanz eingeht, sondern von den Banken lediglich im Auftrag der Kunden verwaltet wird – ähnlich wie heute schon Wertpapiere in Wertpapierdepots. Wenn das Publikum den Banken Vollgeld überlässt (sei es in bar, sei es durch Übertragung eines Vollgeld-Kontoguthabens), fließt dieses Geld auf ein Geldkonto der Bank bei der Zentralbank/Währungsbehörde. Erst dann erscheint es auch in der Bankbilanz – der Publikumskredit an die Bank als Passivum, das Vollgeld-Kontoguthaben der Bank als Aktivum.³¹ In diesem Falle würde das Vollgeld also – anders als im heutigen System (!) – tatsächlich an ein anderes Wirtschaftssubjekt (hier: die Bank) „durchgereicht“ werden. Die Folge wäre, dass sich das Vollgeld der Umlaufsicherung nicht entziehen könnte, so dass diese ihre tendenziell zinsenkende Wirkung voll entfalten könnte.

Szenario 3: Umlaufsicherung für sämtliches Geldvermögen ...

a) ... im heutigen Kreditgeldsystem

Prinzipiell könnte man versucht sein, eine (durch die Umwandlung von Sichteinlagen in Spar- oder Termineinlagen bedingte) Umgehung der Umlaufsicherungsgebühr dadurch zu verhindern, dass die Umlaufsicherungsgebühr sämtliches Geldvermögen und damit auch Spar- und Termineinlagen erfasst. Eine solche Vorgehensweise käme jedoch in ihrer Wirkung nicht nur einer – politisch wohl kaum durchsetzbaren – Vermögenssteuer gleich. Sie dürfte zudem zu einer massiven Flucht in Sachwerte führen und dadurch erhebliche ökonomische Verwerfungen hervorrufen, die das (falsch umgesetzte) Konzept der Umlaufsicherung über Jahrzehnte hinweg diskreditieren würden.

b) ... in einem Vollgeldsystem

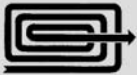
In einem Vollgeldsystem würde sich die Frage nach einer Umlaufsicherung für sämtliches Geldvermögen gar nicht erst stellen, da sich das Vollgeld der Umlaufsicherung, wie bereits dargestellt, nicht entziehen könnte.

IV. Fazit: Notwendigkeit einer doppelten Geldreform

Damit ist festzuhalten, dass unser heutiges Geldsystem aufgrund seiner Schwächen nicht nur eine ohnehin überlebte Tradition darstellt, sondern zudem für die Einführung einer Umlaufsicherung ungeeignet ist. Folglich sollte sich die Freiwirtschaftsbewegung zukünftig die Forderung nach einer doppelten Geldreform auf die Fahnen schreiben, nämlich nach der Schaffung eines exogenen Vollgeldsystems einerseits und, darauf in einem zweiten Schritt aufbauend, nach der Einführung einer Umlaufsicherung andererseits. Dies gilt umso mehr, als sich aus dem theoriegeschichtlichen Entstehungszusammenhang der Freigeldtheorie ergibt, dass diese ohnehin auf der impliziten Grundannahme eines exogenen Geldes fußt.

Anmerkungen

- 1 Eine ausführliche Darstellung der Funktionsweise unseres heutigen Geldsystems findet sich bei J. Huber, Vollgeld, Berlin 1998, S. 166 ff.
- 2 Die Einführung des Euros hat daran nichts geändert.
- 3 R. Gocht, Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung, Berlin 1975, S. 13.
- 4 Genauer: Zur Begleichung von auf eine bestimmte Währungseinheit lautenden Schulden.
- 5 H. Gestrich, Kredit und Sparen, 2. durchgesehene Auflage, Godesberg 1947, S. 26.
- 6 L. A. Hahn, Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen 1920, S. 29; vgl. hierzu auch G. Bombach et al. (Hrsg.), Der Keynesianismus III, Berlin Heidelberg New York 1981, S. 34 ff.
- 7 Vgl. H. Gestrich, aaO, S. 189 f.
- 8 R. Gocht, aaO, S. 29.
- 9 Die Zentralbankgeldmenge setzt sich zusammen aus Bargeld und Zentralbank-Buchgeld, d.h. den Geldreserven der Geschäftsbanken auf Konten bei der Zentralbank, vgl. J. Huber, aaO, S. 186.
- 10 H. Gestrich, aaO, S. 189 f.
- 11 J. Huber, aaO, S. 259 ff.; J. Huber, Reform der Geldschöpfung – Wiederherstellung des staatlichen Geldregals durch Vollgeld, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 142. Folge (2004), S. 13-21.
- 12 Dies gilt erst recht in Zeiten, in denen sich die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand aufgrund exponentiell ansteigender Zinslasten, aber auch bedingt durch die mehr oder weniger willkürlich festgesetzten Defizitgrenzen des Maas-trichter Vertrages zunehmend reduziert.
- 13 R. Gocht, aaO, S. 14.
- 14 R. Gocht, aaO, S. 31 ff.
- 15 R. Gocht, aaO, S. 16 ff.; vgl. auch J. Huber, aaO, S. 200 ff.
- 16 R. Gocht, aaO, S. 33.
- 17 Vgl. dazu H. Gestrich, aaO, S. 51 ff.
- 18 O. v. Nell-Breuning, Kapitalismus und gerechter Lohn, Freiburg/Brsg. 1960, S. 41.
- 19 Vgl. O. v. Nell-Breuning, aaO, S. 41-42; vgl. hierzu auch H. Gestrich, aaO, S. 51 ff.
- 20 Vgl. R. Gocht, aaO, S. 33.
- 21 R. Gocht, aaO, S. 56.
- 22 R. Gocht, aaO, S. 56 f.
- 23 R. Gocht, aaO, S. 57 und 59.
- 24 R. Gocht, aaO, S. 59.
- 25 R. Gocht, aaO, S. 64 ff.
- 26 J. Huber, aaO, S. 259 ff.
- 27 R. Gocht, aaO, S. 67 ff.
- 28 Siehe dazu S. Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjens-burg 1991, S. 246 ff.
- 29 Vgl. S. Gesell, Gesammelte Werke Band 13, S. 28 ff. und Band 14, S. 255 ff.
- 30 Vgl. Anmerkung 9
- 31 J. Huber, aaO, S. 262.



Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung

Seit rund 25 Jahren sichert die Stiftung das regelmäßige Erscheinen der „Zeitschrift für Sozialökonomie“. Inzwischen kamen weitere Aufgaben hinzu wie die Förderung von Tagungen und Veröffentlichungen aus dem Bereich der Geld- und Bodenreform sowie der Aufbau eines eigenen Archivs.

Die Stiftung konnte schon bisher diese Aufgaben nur dank einiger Vermächtnisse und Spenden erfüllen. Die finanziellen Zuflüsse der letzten Jahre reichen jedoch angesichts wachsender Aufgaben in schwieriger werdenden Zeiten nicht aus, um die Fortführung dieser Tätigkeiten auf mittlere Sicht zu gewährleisten. Es wäre fatal, wenn gerade in einer Zeit, in der die Geld- und Bodenreformbewegung erfreulicherweise wieder mehr Beachtung findet, die Stiftung ihre fördernde und manches wichtige Projekt erst ermöglichende Tätigkeit nicht wenigstens im bisherigen Umfang fortsetzen könnte. Die Stiftung ist deshalb dringend auf weitere Spenden, Zustiftungen und letztwillige Verfügungen angewiesen.

Für den steuerlichen Spendenabzug von Zuwendungen an Stiftungen gelten seit 1.1.2000 wesentlich verbesserte Vorschriften. So ist neben dem bisher zulässigen Spendenabzug zusätzlich ein Betrag von 20.000 Euro jährlich für Zuwendungen an steuerbegünstigte Stiftungen bei der Einkommensteuer abzugsfähig. Informationen zu den neuen Regelungen senden wir Ihnen auf Anfrage gern zu.

Ass. jur. Fritz Andres - 1. Vorsitzender

Dhauner Str. 180, 55606 Kirn/Nahe | Tel. + Fax: 067 52 - 24 27 | www.stiftung-geld-boden.de

Bankverbindungen Konto-Nr. 1017 / 247 618 bei der Konto-Nr. 102 33 00 bei der
der Stiftung: Hamburger Sparkasse – BLZ 200 505 50 | GLS-Gemeinschaftsbank Bochum BLZ 430 609 67

B E R I C H T

■ Jahresbericht 2004/2005 der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung

Ihrem satzungsgemäßen Zweck entsprechend gibt die Stiftung – zusammen mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft – die „Zeitschrift für Sozialökonomie“ heraus, die von Werner Onken redigiert wird. Außerdem unterhält sie die „Freiwirtschaftliche Bibliothek“ mit Primär- und Sekundärliteratur sowie Dokumenten, Korrespondenzen und Fotos zum Themenbereich der Geld- und Bodenreform sowie ihres Umfeldes. Unter Mitwirkung von Henning Osmers wird derzeit der Bestandskatalog aktualisiert. Es ist vorgesehen, die Bibliothek im kommenden Frühjahr in „Archiv für Geld- und Bodenreform“ umzubenennen. Der neue Katalog wird dann im Internet einsehbar sein, und zwar auf www.sozialoekonomie.info im Bereich „Forschung“. –

Aus der Fördertätigkeit der Stiftung, die überwiegend den verschiedenen Initiativen im Bereich der Geld- und Bodenreformbewegung zugute kommt, ist aus dem Berichtsjahr besonders hervorzuheben:

- Mit einer Arbeit über „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ hat Roland Wirth an der Universität St. Gallen promoviert. Wirth betrachtet die Wirtschaftsordnung in erster Linie aus wirtschaftsethischer Sicht und kommt dabei in einer sehr eigenständigen Analyse der freiwirtschaftlichen Geld- und Bodenreform zu einer durchweg positiven Würdigung der Idee einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Die Stiftung hat diese Arbeit auch deshalb mit einem Preis bedacht, weil sich hier ein Ökonom, der in den Lehren der Standardökonomie ausgebildet worden ist, selbständig einen Zugang zu den freiwirtschaftlichen Ideen erarbeitet hat.
- Christian Gelleri wurde mit einem Preis ausgezeichnet für seine grundlegenden Arbeiten zum Thema „Regiogeld“ und deren Umsetzung im Experiment, dem „Chiemgauer“. Er hat sich nicht nur mit seinen in den „Fragen der Freiheit“ (Heft 269) sowie in der „Zeitschrift für Sozialöko-

nomie“ (Heft 144) veröffentlichten Ausarbeitungen intensiv und kompetent mit den theoretischen Fragen rund um das Thema Regiogeld befasst, sondern als Lehrer der Waldorfschule in Prien am Chiemsee auch die Initiative und den Mut gehabt, auf dieser Grundlage zusammen mit Schülerinnen und Schülern der Schule das Experiment zu wagen und tatkräftig und umsichtig ins Werk zu setzen. Auch von dieser Stelle noch einmal: herzlichen Glückwunsch und weiterhin guten Erfolg!

- Gefördert wurde ferner die Diplomarbeit von Katharina Schwaiger über „Zukunftsfähiges Geld! – Regiogeld als neue Perspektive für die Gemeinwesensarbeit“, die sich mit der Relevanz eines Regiogeldes für die Entwicklung des Gemeinwesens befasst. In einer Verbindung von theoretischen Erwägungen und empirischen Erhebungen kommt Schwaiger zu dem Ergebnis, dass die Einführung eines Regiogeldes – zumal in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in Deutschland – die Entwicklung eines Gemeinwesens (sei es einer Stadt oder einer Region) vor allem wirtschaftlich, aber auch darüber hinaus in vielfältiger Weise fördern kann. Die Arbeit ist inzwischen fertiggestellt und kann in der Freiwirtschaftlichen Bibliothek ausgeliehen werden.
- Für die Regiogeld-Bewegung wurde schließlich im Auftrag des Regionetzwerks und mit Unterstützung der Stiftung von Kay Voßhenrich ein Regiogeld-Glossar erstellt, in dem wichtige Begriffe aus dem Themenbereich „Regionalwährung“ erläutert sind. Das Glossar ist im Internet unter www.regiogeld.de zu finden.
- Mit der Förderung durch die Stiftung konnte inzwischen auch die Diplomarbeit von Robert Musil „Geld – Raum – Nachhaltigkeit“ als Buch im „Verlag für Sozialökonomie“ erscheinen. Musil untersucht die Wirkungen des Geldes auf eine nachhaltige Raumentwicklung. Auch in dieser Arbeit spielt die Frage, welche Bedeutung alternative Geldsysteme für die Regionalentwicklung haben können, eine zentrale Rolle.
- Die Stiftung förderte auch die Herausgabe der Arbeit von Werner Onken über „Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende“. Sie zeichnet die geschichtliche Entwicklung der Landwirtschaft sowie der sie beeinflussenden

Theorien und Interessen nach und verbindet die Geld- und Bodenreform gedanklich mit der ökologischen Landwirtschaft.

- Das große Projekt, die 18-bändige Gesamtausgabe der Werke Silvio Gesells zzgl. Registerband auf CD-ROM zu bringen, geht der Vollendung entgegen. Es ist damit zu rechnen, dass die notwendigen Arbeiten im ersten Quartal des nächsten Jahres abgeschlossen sein werden.
- Wie in der Vergangenheit hat die Stiftung auch in diesem Jahr die Arbeit von Klaus Popp in der Geschäftsführung der „INWO – Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung“ gefördert.
- Außerdem hat sie in diesem Jahr die Tätigkeit von Ralf Becker in der Studiengruppe „Our Future Economy“ der „Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste“ sowie beim Aufbau eines Wissenschaftler-Netzwerks zur Begleitung von Regionalwährungs-Initiativen unterstützt.
- Schließlich hat die Stiftung im Berichtszeitraum ihren Internetauftritt unter www.stiftung-geld-boden.de neu eingerichtet und das Falblatt mit ihrer Selbstdarstellung neu gestaltet. Im Auftrag der Stiftung entsteht außerdem unter www.silvio-gesell.de eine neue Internetseite über Gesells Leben und Werk. Weitere wichtige Hinweise, auch zu Aktivitäten der Stiftung, finden sich unter www.sozialökonomie.info und www.gauke.net.

Der Stiftungsvorstand dankt all denjenigen, die durch ihren Rat und ihre ehrenamtliche Hilfe, insbesondere aber auch durch finanzielle Zuwendungen dazu beigetragen haben, dass die vorgenannten Förderungen erbracht werden konnten. Er möchte diesen Bericht jedoch auch nicht abschließen ohne den Hinweis, dass die laufenden Ausgaben für Zeitschrift, Archiv und Förderungen die Mittel übersteigen, die der Stiftung als Erträge aus der Anlage ihres Stiftungskapitals erwachsen. Um ihre Arbeit dauerhaft fortsetzen zu können, ist die Stiftung daher auf weitere Unterstützung angewiesen. Bitte beachten Sie hierzu unsere Anzeige auf der Seite 39 im vorliegenden Heft.

*Ass. jur. Fritz Andres, 1. Vorsitzender
Prof. Dr. Margrit Kennedy, 2. Vorsitzende*

PERSONALIE

■ Ludwig Stadelmann (1917–2004)

Vor einem Jahr verstarb mit Dr. Ludwig Stadelmann der wohl letzte Vertreter der alten Generation der österreichischen Freiwirtschaftsbewegung. Der Sohn einer Vorarlberger Bauernfamilie besuchte eine höhere Schule, um anschließend in Innsbruck und Wien zu studieren. Als Jugendlicher erlebte Ludwig Stadelmann die dramatischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre in Österreich hautnah mit und wurde auf die Freigeldaktion in Wörgl/Tirol (1932/33) aufmerksam, mit der der dortige Gemeinderat mittels Notgeld finanzielle Engpässe beseitigte und großzügige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Gang setzte, bis das erfolgreiche Experiment im August 1933 verboten wurde.

1937 begann Ludwig Stadelmann Meteorologie, Physik und Volkswirtschaftslehre zu studieren, um ab 1940 als Meteorologe zu arbeiten, zunächst in Berlin, anschließend im Schwarzwaldgebiet. Mit dem Einberufungsbefehl wurde er Ende 1941 von der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges eingeholt. Sein später, im Jahr 1970, veröffentlichter Text „Bewaffneter Friede?“ spiegelt seine während der Kriegsjahre gewonnene pazifistische Überzeugung in besonderer Weise wieder.

Nach Krieg und kurzer Gefangenschaft gründete Stadelmann 1946 den „Verlag Neues Leben“, den er 1956 nach Bad Gaisern in Oberösterreich verlegte. Mit Blick auf den Dachstein und auf die beeindruckende Bergwelt des Salzkammergutes betrieb er neben dem Verlagsgeschäft noch Schafzucht und eine Holzwirtschaft. Stadelmanns Unternehmen hatte eine lebensreformerisch-gesundheitsorientierte Ausrichtung; die in seinem Verlag erschienene Zeitschrift „Neues Leben“ befasste sich überwiegend mit medizinischen Themen. Sein größter publizistischer Erfolg wurde indessen die Biographie Hermann Gmeiners, des Schöpfers der Idee des SOS-Kinderdorfes; sie erschien in mehreren Auflagen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb Ludwig Stadelmann auch dem freiwirtschaftlichen Denken

verbunden, obgleich die „Österreichische Freiwirtschaftliche Union“ unter den veränderten Bedingungen der Wiederaufbaujahre wenig Zulauf erhielt. Wozu das Geld oder die Wirtschaft „verbessern“, wo nach Krieg und Zerstörung doch alles so gut lief? Dass ein kapitalistisches Wirtschaftssystem im Kern krisenanfällig ist, dass „Krieg und Zerstörung“ auch etwas mit einem aus dem Ruder laufenden ökonomischen System zu haben könnten, wollte damals kaum jemand hören.

Prominente Freiwirtschaftler wie Johannes Ude oder der Schweizer Werner Zimmermann bestärkten Stadelmann darin, den Vorsitz der „Freiwirtschaftlichen Union“ zu übernehmen. Aber erst in den 1970er Jahren, als mit Energiekrise und Wirtschaftsflaute das Ende des „Goldenen Zeitalters“ hereinbrach, begann das Interesse an freiwirtschaftlichen Themen wieder zuzunehmen. Für Stadelmann begann nun eine Phase der regen Publikationstätigkeit, in der er rund ein Dutzend volkswirtschaftlicher Schriften veröffentlichte, darunter „Geld macht Geschichte“ (gemeinsam mit Alois Dorfner, 1972) oder „Gedanken zum Bundesfinanzgesetz 1976“. Mit dem Titel „Umweltschutz und Wirtschaft“ (1977) versuchte er auch grünes Gedankengut in den Diskussionsprozess einzubringen. Zwischen 1974 und 1979 erschien seine Schriftenreihe „Freiheit und soziale Gerechtigkeit“. Seine Broschüre „Volkswirtschaft für Anfänger“ (1977) wurde mehr als 15 Jahre lang als Basislektüre für Studentinnen und Studenten der Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg eingesetzt.

Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte Ludwig Stadelmann in einem Altersheim im oberösterreichischen Bad Ischl. Im November 2004 verstarb er im Krankenhaus Wels.

Gerhard Senft

Aus Anlass des 90. Geburtstages von Ludwig Stadelmann im November 2007 ist die Herausgabe einer Gedenkschrift geplant. Wer an einer kostenlosen Zusendung der Schrift interessiert ist, melde sich bei: Univ. Prof. Dr. Gerhard Senft, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien, Augasse 2-6, A-1090 Wien.

B Ü C H E R

■ Hans Christoph Binswanger Geld und Magie – Eine ökonomische Deutung von Goethes „Faust“

Hamburg: Murmann Verlag, 2005. 166 Seiten.

„Nostra res agitur – Goethes Faust ist von einer kaum fassbaren Aktualität“, so Hans Christoph Binswangers Urteil über das epochale Drama des Weimarer Dichterfürsten. Während der „Faust“ üblicherweise als Liebesdrama und Wissenschaftsparabel rezipiert werde (1. Teil), offenbare Goethe insbesondere im weithin unterschätzten und schwer zugänglichen 2. Teil seine analytische Kraft als genialer Interpret der modernen Wirtschaft. Goethe, so der renommierte und querdenkende Schweizer Ökonom – mit seinen Büchern „Natur und Geld“ (1991) sowie „Geld und Wachstum“ (1994) dem modernen Wachstumszwang als eines der hartnäckigsten Tabus in der modernen Ökonomik bereits energisch auf der Spur – fasse die Wirtschaft als einen alchemistischen Prozess auf: „... als die Suche nach dem künstlichen Gold, eine Suche, die sich für denjenigen, der sich ihr einmal verschrieben hat, schnell in eine Sucht verwandelt. Wer die Alchemie der Wirtschaft nicht versteht, so lautet die Botschaft von Goethes Faust, kann die ungeheuerliche Dimension der modernen Wirtschaft nicht erfassen.“

Allein, worin besteht nun mit Goethe und in der Deutung Binswangers der moderne Alchemismus? Kurz: In der Erfindung des Papiergeldes als Basis einer (scheinbar) unendlichen (!) wirtschaftlichen Dynamik. Genau dieser epochale Akt steht am Anfang des zweiten Teils von Goethes „Faust“ und wird zum Auftakt einer „großen Zeit, einer tollen Zeit, einer ganz verteufelten Zeit“, wie der Goethe-Verehrer Thomas Mann später in seiner Adaption des Faust-Stoffes „Doktor Faustus“ Mephistopheles in den Mund legen wird. Ziel der Alchemisten war es seit jeher, minderwertiges Metall in Gold zu verwandeln und sich damit von der Begrenztheit natürlicher (Edelmetall-)Vorkommen zu befreien. Dabei gehe es, klärt Binswanger den zunehmend gespannten Leser auf, nicht darum, aus Element x ein völlig

anderes Element γ zu schaffen, sondern die im minderen Metall (Blei) bereits immanente Essenz herauszuschälen. Blei ist dem Planeten und damit dem Gott Saturn zugeordnet, im Griechischen Kronos – die Zeit – und die Vergänglichkeit symbolisierend. Gold als edles Metall und Symbol des Unvergänglichen symbolisiert den Versuch des Menschen, über die Zeit zu triumphieren und sich letztlich selbst zum Schöpfer unvergänglicher Glückseligkeit aufzuschwingen.

Durch die Ausgabe von Papiergeld werde nun die Liquidität der Bodenschätze (lat. liquidus = flüssig) in einem gewaltigen Sprung gesteigert: Von totaler Illiquidität (vergrabenes Gold) zu totaler Liquidität (umlaufendes Geld). Auch auf die sich notgedrungen aufdrängende Frage, wie der Schein des papiernen Geldes in seiner Gültigkeit gewahrt werde, gibt Goethe, der selbst sieben Jahre lang Finanzminister am Weimarer Hof war, eine Antwort: "Zu wissen sei es jedem, der's begehrt: / Der Zettel hier ist tausend Kronen wert. / Ihm liegt gesichert, als gewisses Pfand, / Unzahl vergrabnen (!) Guts im Kaiserland." Die Deckung gestaltet sich insofern dreierlei: Die staatliche Legalisierung (nach einigem Zögern billigt der (verschuldete) Kaiser den Vorschlag Mephistopheles / Faust, Papiergeld zu drucken), die Golddeckung und – zum dritten und entscheidenden – die dem modernen abstrakten Geld inhärent werdende Potenz, seinen ihm gegebenen Wert prinzipiell auf die künftige Produktion übertragen zu können (ein Aspekt, dem später der Soziologe Georg Simmel in seiner "Philosophie des Geldes" besondere Aufmerksamkeit widmen wird). Das heißt: Das gleichsam aus dem "Nichts geschöpfte Geld" wird gültig durch das in der Zukunft zu leistende realwirtschaftliche Wachstum. Genau hier sei die "Alchemie in anderer Form" verortet: Minderwertiges Material (Papier) ist in der Lage, sich die stofflichen Qualitäten anzueignen – manifestiert in der nunmehr über 200-jährigen Praxis der Geldwirtschaft in Form des permanenten, grenzenlosen realwirtschaftlichen Wachstums. Voraussetzung dafür allerdings ist, wie Binswanger herausarbeitet, das moderne Eigentumsrecht. Faust: "Herrschaft gewinn' ich, Eigentum". Damit ist die moderne Form des dominium, das Herrschaftseigentum des römischen

Rechts gemeint, das – im Gegensatz zum bis dato gültigen fürsorglichen und mithin begrenzenden Recht des patrimonium – den unbegrenzten privaten (!) Ge- und Verbrauch der Naturschätze ermöglicht.

Diese Interpretation der Geldschöpfung steht, wie Binswanger betont, im krassen Gegensatz zur Lesart der klassischen Ökonomik, die bis heute behauptet, Arbeitsleistung gehe notwendig Geld und Reichtum voran oder wie es bei Adam Smith heißt: "Arbeit war der erste Preis". Die Umdeutung der Wertschöpfung nicht durch Leistung, sondern durch Magie, die Wertschöpfung ohne Leistung – gekoppelt an den Zeit-überwindenden und fortgesetzten Zwang der geldwerten Umwandlung der natürlichen Reichtümer ist die bleibende und bis heute aktuell gebliebene Provokation Goethes an die herrschende Wirtschaftswissenschaft – und ihre am Tauschparadigma orientierten Kritiker. Die grundsätzliche Bedeutung der Papiergeldschöpfung für die wirtschaftliche Dynamik – so klärt Binswanger auf – ist indes auch heute eher wenig gelesenen Ökonomen wie Henry Thornton oder Georg von Büchler, mit dem Goethe in den Jahren 1812 und 1818 verkehrte, bis hin zu Saint-Simon, den Goethe ausgiebig studiert hatte, nicht verborgen geblieben. Angesichts des (gescheiterten) Papiergeld-Experiments des Schotten John Law am Hofe Ludwig XIV. sahen sie sehr wohl, inwieweit "ein Papiergeld, das den Umlauf beschleunigt, nötig ist, um der französischen Industrie Aufschwung zu verleihen" (Saint-Simon). Selbst der in dieser Frage ja vice versa festgelegte Adam Smith sprach aufschlussreich von den "daedalischen Flügeln" des Papiergeldes, dem er eine dynamisierende Wirkung attestierte. Die ungeheure, bislang nicht gekannte Dynamik hat, wie Goethe ausmalt, indes ihren (faustischen) Preis: Der Verlust der Schönheit, der Verlust der Sicherheit durch die von der Technik heraufbeschworenen Gefahren (wie es spätestens mit Ulrich Beck's "Risikogesellschaft" Standard der soziologischen Fort-Schritts-Analyse ist) sowie die Unfähigkeit, den erzeugten Reichtum auch wirklich genießen zu können.

Fazit: Auch wenn die Frage des Zinses unterbelichtet bleibt – Binswangers erstmals 1985 erschienene, heuer vollständig durchgesehene und

überarbeitete Deutung von Goethes „Faust“ als das „modernste Drama der Wirtschaft“ hat in der kommentierenden Analyse wie im vielschichtigen Originalvers in der Tat nichts von seiner erstaunlichen Aktualität verloren. Im Gegenteil, die un-gemein aufschlussreiche literarische Auseinandersetzung mit dem Sujet der modernen Wirtschaft zeigt, wie notwendig es ist, das metaphysische Phänomen des modernen Geldes eben nicht ausschließlich technisch-ökonomisch, sondern notwendig interdisziplinär aufzuschließen. Andernfalls bewahrheitet sich doch die Prognose Goethes, wonach die Menschen die im zweiten Teil des „Faust“ enthaltene Botschaft vom Geld als bestimmender Kraft formal und demzufolge auch inhaltlich nicht wirklich werden verstehen können.

Heiko Kastner

■ **Peter Ulrich**
Zivilisierte Marktwirtschaft –
Eine wirtschaftsethische Orientierung

Freiburg/Basel/Wien: Herder Verlag, 2005. 222 Seiten.

Kaum jemand bezweifelt, dass die globalisierte Marktwirtschaft – zumindest in ihrer bisherigen Gestalt – tiefe Spuren einer sozialen und ökologischen Verwüstung hinterlässt. Die daraus gezogenen Konsequenzen reichen von Ansätzen der „De-Globalisierung“ (Walden Bello 2005), die auf regionale, vom Weltmarkt abgekoppelte und somit tendenziell autarke Strukturen setzen, bis hin zur Auffassung, dass die Globalisierung sowieso nicht zu verhindern und deshalb bestenfalls auf lebensdienliche Weise zu gestalten sei. Aber den Tiger reiten zu wollen, lässt grundsätzlich zwei Möglichkeiten zu, nämlich ihm jeden Wunsch von den Lippen abzulesen, wie es das neoliberale Lager empfiehlt, oder ihn zu zivilisieren. Letzteres favorisiert Peter Ulrich und dafür liefert er ein schlüssiges Gerüst an wirtschaftsethischen Überlegungen.

Vehement wehrt sich der Autor dagegen, den internationalen Standortwettbewerb als Sachzwangargument zu akzeptieren. Dahinter verberge sich nichts als eine „Metaphysik des Marktes, die es in einer modernen Gesellschaft dringend zu entzaubern“ gelte. Zu diesem Zweck leitet Ulrich „ethische Dimensionen vernünftigen Wirtschaftens“ her. Er startet von drei großen Ideen,

die das Zeitalter der Moderne kennzeichnen, nämlich Vernunft, Fortschritt und Freiheit. Der dominanten Effizienzlogik, die zumeist als Ausfluss objektiver Vernunft verklärt wird, stellt er eine „sozialökonomische Rationalitätsidee“ entgegen. Sie sieht vor, das Marktprinzip in ethische Legitimationsbedingungen einzubetten. Ähnlich verfährt Ulrich mit modernen Fortschrittskonstruktionen. Wenn wirtschaftliche Modernisierung nicht in eine Klärung entscheidender Sinnfragen oberhalb der Ökonomieebene integriert werde, drohe eine eindimensionale, mithin gerechtigkeitsblinde Rationalisierungsdynamik.

Besonderes Augenmerk widmet der Verfasser dem Freiheitsbegriff. Die Unterscheidung zwischen den prägnanten Konzepten eines (neoliberalen) Wirtschaftsliberalismus und dem republikanischen Liberalismus führt ihn zum Leitbild einer voll entfalteten Bürgergesellschaft. Charakteristisch für die Letztere sei, „die eigene Interessenverfolgung den Legitimitätsbedingungen der allgemeinen Freiheit zu unterstellen und ein Mindestmaß an Solidarität zu üben“. Zu ihren konstitutiven Elementen zählt Ulrich erstens einen umfassenden Bürgerstatus im Sinne sozial-ökonomischer Grundrechte (Wirtschaftsbürgerrechte), zweitens Bürgersinn für mitverantwortliches Gestalten des Zusammenlebens (republikanisches Ethos) und drittens eine Zivilisierung des Marktes sowie des Staates getreu dem Motto: „Freie Bürger kommen vor dem ‚freien‘ Markt!“ Freiheitsbedrohende Macht gehe keineswegs nur – wie von (neo)liberaler Seite aus gern betont – von einem allmächtigen Staat aus, sondern könne wirtschaftlicher Art sein. Ulrich erläutert die Ausgestaltung von Wirtschaftsbürgerrechten, um dann Träger bzw. Orte wirtschaftsethischer Verantwortung zu beleuchten. Dazu zählt er die wirtschaftlich handelnden Bürger selbst (z.B. als kritische Konsumenten), die Unternehmen und schließlich die Rahmenordnung des Marktes.

Aber wie kann nun der Globalisierung begegnet werden? Ulrich verweist auf ein zweistufiges Konzept „wirtschaftsethisch gehaltvoller Ordnungspolitik als (vorrangiger) Vital- und (nachrangiger) Wettbewerbspolitik“. Erstere bedeute eine Einbettung des marktwirtschaftlichen Systems in eine höhere Gesamtordnung, um Wirt-

schaftsbürgerrechte, eine Internalisierung externer Effekte und Randnormen zu gewährleisten. Innerhalb dieses Rahmens dürfe sich die wettbewerbspolitisch zu unterstützende Marktdynamik entfalten. Um nun eine supranationale Vitalpolitik zu ermöglichen, könne entweder die WTO in Szene gesetzt oder eine balancierte Gegenmacht in Form neuer Institutionen installiert werden. Zu erreichen sei dies nur, wenn verantwortlich handelnde Wirtschaftsbürger „ihren Regierungen Beine machen“, womit sich der Kreis zwischen Weltwirtschaftsethik und Wirtschaftsbürgerethik schließe.

Damit steht am Ende einer äußerst brillanten Fundierung – allein deshalb lohnt sich das Buch – ein Fazit, das weder ein Novum noch die einzig denkbare Lösung darstellen dürfte. Ulrichs wirtschaftsethische Leitlinien ließen sich durchaus auch mit anderen Schlussfolgerungen in Einklang bringen. So wären die Wiederentdeckung der regionalen Handlungsebene oder lokale Initiativen für eine lebensdienliche (aber zugegebenermaßen auch bescheidenere) Ökonomie, die den Stürmen der Globalisierung trotz, sicherlich eine bedenkenswerte Alternative. Auch diese will demokratisch im Sinne einer „voll entfalteten Bürgergesellschaft“ oberhalb des Effizienzdictats verankert sein. Zu deren Umsetzung vermerkte Serge Latouche (2005) kürzlich, dass sie „jedenfalls realistischer als die Schaffung einer Weltdemokratie“ sei.

Aber wenngleich sich über die Politikempfehlung am Ende streiten lässt, mit diesem Buch läuft Peter Ulrich zur Hochform auf. Es gelingt ihm auf gerade mal 200 Taschenbuchseiten, plausibel und präzise einen wirtschaftsethischen Orientierungsrahmen für das 21. Jahrhundert abzustecken, der durch seine Ganzheitlichkeit und zugleich direkte Anwendbarkeit verblüfft. Das Buch bietet zudem eine verständliche, streckenweise sogar spannende Lektüre. *Niko Paech*

■ Eckhard Grimmel Kreisläufe der Erde. Eine Einführung in die Geographie

Münster: LIT-Verlag, 2. Auflage 2004 (Reihe Geosystemanalysen, Band 1). 194 Seiten.

Das hier vorzustellende Buch von Eckhard

Grimmel „Kreisläufe der Erde. Eine Einführung in die Geographie“ stellt gewissermaßen die Neuauflage seines Rowohlt-Taschenbuchs „Kreisläufe und Kreislaufstörungen der Erde“ von 1993 dar. Dieses nun vorliegende Werk ist allerdings weit mehr als ein bloßes „Update“, ist es doch hinsichtlich Format, Umfang und Zahl der Abbildungen erheblich gewachsen und bezüglich des Inhalts an vielen Stellen stark überarbeitet und präzisiert worden. Das gilt insbesondere für Grimmels Ausführungen zur natur- und sozialgerechten Verwaltung von Grundflächen und Rohstoffquellen sowie zur Neuorganisation des deutschen Finanzsystems in Anlehnung an die „Natürliche Wirtschaftsordnung“ Silvio Gesells.

Darüber hinaus stellt das Buch den Auftakt einer von Grimmel herausgegebenen Reihe „Geosystemanalysen“ dar. Das Geosystem lässt sich dabei gemäß dem Selbstverständnis der Geographie nur mittels ganzheitlicher Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen den Geosphären hinreichend analysieren. Analog zu der Publikation von 1993 spielen denn auch – der Titel verrät es schon – die „Kreisläufe der Erde“ eine dominierende Rolle, welche die Leitlinien für eine nachhaltige und sozialverträgliche Nutzung der Erde liefern. Zudem möchte das Buch durch eine mosaikartige Auswertung der Erkenntnisse der geowissenschaftlich relevanten Disziplinen mit dazu beitragen, dem „fachwidrigen Spezialisierungstrend in der Geographie“ entgegen zu steuern, so der Autor. Diese doch recht ambitionierte Aufgabe, die selbst nach Auffassung von Grimmel „eigentlich gar nicht lösbar ist“ (S. 7), bewältigt der Verfasser m. E. nach aber hervorragend, weshalb das Buch den Lesern dieser Zeitschrift – auch den Nicht-Geowissenschaftlern unter ihnen – sehr empfohlen werden kann.

Wie schon in dem Vorgängerbuch geht Grimmel dabei „von außen nach innen“ vor, d. h. beginnend mit der Kosmosphäre, über Atmo-, Hydro-, Litho-, Bio- und Pedosphäre. Er endet mit der (vermeintlichen) „Krone der Schöpfung“, mit dem Menschen (Anthroposphäre). Bereits im Vorwort wird der Leser darauf aufmerksam gemacht, dass sich das Buch nicht in der Reproduktion „herrschender Lehrmeinungen“ erschöpfen möchte. Ziel des Werkes von Grimmel ist es somit,

der Mehrheitsauffassung der „so genannten Fachwelt“, die „zahlreiche Opportunisten“ (S. 8) hervorgebracht hat, gezielt wissenschaftlich begründete und gut nachvollziehbare Antithesen gegenüber zu stellen.

Hierbei geht Grimmel nach der Prämisse vor, dass eine Theorie erst dann Beweiskraft erlangt, wenn sie sämtliche Phänomene zur Kenntnis nimmt und logisch einwandfrei erklären kann (S. 86). Der Autor nimmt die Aufgabe der „Wissenschaft als dynamischer Prozess der Wahrheitssuche“ sehr ernst (S. 95) und weist zahlreiche Widersprüche und Ungereimtheiten der „herrschenden“ Lehre nach. Besonders augenfällig wird dies in den Buchkapiteln „CO₂ – ein Klimagift?“ (Kap. 2.3), bei den Ausführungen zur „Plattentektonik“ (4.1), „Erdexpansion“ (Kap. 4.2), zum „Kernbrennstoffkreislauf“ (Kap. 4.6) sowie zur „Endlagerung“ radioaktiver Abfälle (Kap. 4.7) – letzteres ist ein Thema, das Grimmel bekanntlich seit jeher wissenschaftlich sehr beschäftigt.

Breiten Raum nehmen Grimmels Ausführungen im Schlusskapitel (Kap. 7) zur Rolle des Menschen im System der Geosphären ein (Anthroposphäre). Der Autor spürt dem „stammesgeschichtlichen Erbe menschlicher Unvernunft“ (Eibl-Eibesfeld) nach und kommt u. a. zu dem Ergebnis, dass die gegenwärtige Eigentumsverwaltung von Grundflächen und Rohstoffquellen wie auch die Organisation des Finanzwesens (Bankensektor) gleichermaßen wenig sozial- und naturgerecht sind. Grimmel liegt am Herzen, dass eine Reformierung des Grundflächen- und Rohstoffrechts nur in Kombination mit einem geänderten Geld- bzw. Kreditinstitutssystem wird grundlegend – in diesem Sinne „nachhaltig“ – bewerkstelligt werden können.

In dem Abschnitt „Geld – wie ein kranker Kreislauf saniert werden kann“ (Kap. 7.3) widmet sich Grimmel u. a. dem „Phänomen“ des Zusammenspiels zwischen Deutscher Bundesbank bzw. Europäischer Zentralbank und den nationalen privaten Geschäftsbanken. Er fordert – basierend auf der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ – dass Geldschöpfung, Geldmengenregulierung und Geldumlaufsicherung hoheitliche (d. h. staatliche) Aufgaben sind und bleiben müssen, ebenso wie

eine Verstaatlichung der Grundflächen und Rohstoffquellen von Grimmel befürwortet wird (Überführung in Gemeineigentum; zukünftige Nutzung der Flächen ausschließlich auf der Basis von Pachtrechten; Vergabe von Rohstoffförderrechten durch eine überstaatliche Institution am Beispiel der „Internationalen Meeresbodenbehörde“).

Um dieses Ziel zu erreichen, unterbreitet der Autor einen Vorschlag zur Novellierung des Artikels 15 unseres Grundgesetzes (S. 173), der prinzipiell heute schon die Überführung von Grund, Boden und Naturschätzen in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft durch einfaches Gesetz erlaubt. Eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel dürfe indes auf keinen Fall durchgeführt werden (a. a. O.). Schließlich plädiert Grimmel für eine Ergänzung der „Verfassung für Europa“ um detaillierte Regelungen in Bezug auf ein „Europäisches Währungsamt“, das in Anlehnung an Silvio Gesells Reichswährungsamt umfangreiche währungspolitische Kompetenzen wie Geldschöpfung, Geldmengenregulierung, Geldumlaufsicherung, Spargeldannahme, Kreditgeldvergabe, Geldüberweisung und Wechselkursregulierung erhalten sollte (S. 184 f.). Der Privatbankensektor wäre nach diesen Vorstellungen von Grimmel zukünftig entbehrlich.

Insbesondere diese These, also die von Grimmel geforderte Gleichzeitigkeit von Grundflächen-, Rohstoff- und Geldrechtsreform, unterstreicht den originellen wissenschaftlichen Ansatz dieses Buches, macht die Publikation zu einer Art „Geosystemanalyse aus freiwirtschaftlicher Perspektive“ und stellt für die Leser eine Gewinn bringende intellektuelle Horizonterweiterung dar.

Fabian Thiel

Volker Freystedt und Eric Bihl Equilibrismus – Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht

München: Signum Verlag, 2005. 335 Seiten.

„Unsere Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein“, schrieb Sir Peter Ustinov in seinem Geleitwort zum vorliegenden Buch und betont deshalb die Notwendigkeit, dass mündige Bürger/innen einen „Gleichgewichtssinn“ ausbilden.

Ähnlich der Entwicklung des Gleichgewichtssinns bei Kindern, die nach mehrfachem Hinfallen den aufrechten Gang erlernen, sollen Erwachsene einen sozialen Gleichgewichtssinn ausbilden, um die Wirtschaft wieder in ihr Gleichgewicht zu bringen und sie in die komplexen Fließgleichgewichte der Natur einzubetten. Freystedt und Bihl sprechen deshalb vom „Equilibrismus“. Wichtig ist ihnen der über spezielle Anliegen vieler Non-Profit-Organisationen hinausgehende und sie verbindende ganzheitliche Blick auf eine zukünftige Welt im Gleichgewicht. Bewusst sprechen sie dabei nicht mehr von einer „natürlichen Wirtschaftsordnung“, sondern von einer „nachhaltigen Wirtschaftsordnung“ – was sich in Zukunft als sehr sinnvolle Sprachregelung erweisen könnte.

Das Buch von Freystedt und Bihl ist leicht lesbar und allgemeinverständlich geschrieben. Die Diagnose der gegenwärtigen Wirtschaft und Politik orientiert sich über weite Strecken an den Analysen von Helmut Creutz und an Studien von Peter Kafka. Eingängig sind Vergleiche wie derjenige der biblischen Sintflut mit dem gegenwärtigen Übermaß an globaler Liquidität als der „größten Flut seit Noah“. (S. 54) Sehr anregend ist auch der nächste Teil über die Gewinnung von Rohstoffen und Energie aus Pflanzen. Der Gedankenhorizont reicht von den regenerativen Energien und anderen „mittleren Technologien“ (E.F. Schumacher) bis hin zur Reaktivierung von Wüstenrändern. Da die Themenbereiche Energie, Rohstoffe und auch Mobilität bislang viel zu wenig im Kontext der Boden- und Geldthematik durchdacht wurden, erweist sich dieser Teil des Buches hoffentlich als Anstoß, Vernachlässigtes nachzuholen.

Die Reform der Geld- und Bodenordnung wird gemäß einem Vorschlag von Helmut Creutz in ein steuerpolitisches Konzept integriert und außerdem mit Überlegungen zur Kranken- und Rentenversicherung verbunden. Aus dem Teil über „sozialpolitische und soziokulturelle Reformen“ (207–286) seien hier besonders die Überlegungen über die Vereinten Nationen, ein Weltbürgerrecht und den Internationalen Strafgerichtshof hervorgehoben. Trotz aller machtpolitisch bedingten Defizite sehen Freystedt und Bihl darin reformier-

bare Instrumente einer zukünftigen Weltinnenpolitik. Reformbedürftig ist jedoch keineswegs nur der UN-Sicherheitsrat, sondern die UN brauchen ein neues Selbstverständnis als Institution der Schaffung eines sozialen Friedens innerhalb ihrer Mitgliedsländer. Ihr Sicherheitsbegriff wäre um „ökonomisch und ökologisch bedingte Friedensgefährdungen zu erweitern“. (226) Hilfreich könnte bei einer solchen Neuorientierung die Beachtung der ökonomisch motivierten Zweifel sein, die Silvio Gesell schon in den 1920er Jahren an der Funktionsweise des damaligen Völkerbunds geäußert hat. Einer reformierten UN auf der globalen Ebene stellen Freystedt und Bihl gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ein dezentralisiertes, nicht mehr von einem anonymen Geld beherrschtes Netzwerk von Regionen gegenüber, das sie in Anlehnung an Eric Hobsbawm von separatistischer Kleinstaaterei unterscheiden.

Bei aller Entschiedenheit ihrer Kritik an der etablierten Wirtschafts- und Sozialpolitik folgen Freystedt und Bihl dem klugen Prinzip, „im Stil asiatischer Verteidigungstechniken das Bisherige nicht anzugreifen, sondern es zu umtänzeln und ins Leere laufen zu lassen“. (327) So bleibt es – ohne Vorwürfe zum Beispiel an die politische Führung Chinas – bei dem tiefen Bedauern, dass das ehemals kommunistische China gegenwärtig eine große historische Chance verpasst, ein anderes Lebensmodell zu suchen und der Welt vorzuleben statt in rasantem Tempo den unsozialen und umweltfeindlichen Kapitalismus des Westens zu übernehmen. (295) In diesem Zusammenhang werden auch „Grundbedingungen für einen Modellversuch“ formuliert. (295ff) Wo und wann er stattfinden könnte, lassen die Autoren aber noch offen, solange die finanziellen und organisatorischen Grundlagen dafür nicht geschaffen sind. Vielleicht könnten die UN, die vor Jahrzehnten vielfach am Prozess der Entkolonialisierung mitwirkten, in Zukunft einmal einen solchen Modellversuch begleiten.

Werner Onken

VERANSTALTUNGEN

■ Elementar-Seminare

Das Seminar für freiheitliche Ordnung in Boll veranstaltet zu den folgenden Themen einen Zyklus von Elementarseminaren: Das Geld im Kreislauf der Volkswirtschaft / Arbeit und Kapital im Unternehmen – Strukturen von gestern für Unternehmen von morgen? / Marktwirtschaft ohne Kapitalismus / Vergessener Faktor Boden – Wenn die Rohstoffe knapp werden / Metamorphosen des Generationenvertrags / Die Zukunft des Bildungswesens – frei von staatlicher Bürokratie und privatem Kommerz / Der Bildungsgutschein – ein Schritt zu pädagogischer Freiheit und Vielfalt / Der Staat – Ordnungsfaktor oder Arena des Interessenkampfes? / Kultur, Staat und Wirtschaft als Entfaltungsräume des Menschen.

Nähere Auskünfte und Anmeldungen:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll
 Fon: 07164 – 35 73 | Fax: 07164 – 70 34
 eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

■ 29. – 30. April 2006

Die globalen Ressourcen und das Weltklima

38. Mündener Gespräche in der Reinhardswaldschule in Fuldata-Simmershausen bei Kassel mit Beiträgen von Prof. Dr. Dirk Löhr, Fritz Andres Prof. Dr. Udo Ernst Simonis (angefragt) u.a.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Ekkehard Lindner, Behrensener Str. 18,
 37186 Moringen | Fon: 05503 – 80 53 89
 eMail: SG.Lindner@t-online.de
 www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

■ 25. – 28. Mai 2006

Zerstört das Geld die Gemeinschaften? Bodenordnung – Generationenvertrag – Unternehmensverfassung

11. CGW-/INWO-Tagung im Gästehaus des Karmelitenklosters in Birkenwerder bei Berlin mit Beiträgen von Fritz Andres, Dr. Gerhardus Lang u.a.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel
 Fon: 04451 – 8 57 14 und 95 64 80 (mit AB)
 eMail: redaktion-onken@web.de
 Internet: www.sozialoekonomie.info

■ 23. – 25. Juni 2006

Wie weiter wirtschaften? – Positionen, Projekte, Perspektiven

Tagung der Evangelischen Akademie Boll in Kooperation mit den Christen für gerechte Wirtschaftsordnung mit Beiträgen von Dipl.-Pol. Heiko Kastner, Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher u.a. sowie zahlreichen Workshops.

Nähere Informationen und Auskünfte:

Sekretariat der Ev. Akademie | Albrecht Esche
 Akademieweg 11, 73087 Boll
 eMail: info@ev-akademie-boll.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dipl.-Kfm. Ralf Becker

Kasernenstr. 36, 52064 Aachen

Dipl.-Kfm. Thomas Betz

Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

Helmut Creutz

Monheimsallee 99, 52062 Aachen

Dipl.-Pol. Heiko Kastner

Hasebrinkstr. 24, 49716 Meppen

Prof. Dr. Dirk Löhr

Riottestr. 14, 66606 St. Wendel

Dr. Christopher Mensching

Christopher.mensching@web.de

Dr. habil. Niko Paech

c/o Carl-von-Ossietzky-Universität Fakultät II
 Ammerländer Heerstr. 114-118,
 26129 Oldenburg

Prof. Dr. Gerhard Senft

c/o Wirtschaftsuniversität
 Augasse 2-6, A – 1090 Wien

Dr. Fabian Thiel

Schönaich-Carolath-Str. 13, 25336 Elmshorn